



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	I
Tabellenverzeichnis.....	II
1. Einleitung.....	1
2. Klärung von Begrifflichkeiten.....	4
2.1 Bildung.....	4
2.2 Erwachsenenbildung.....	6
2.3 Politik.....	10
2.4 Politische Erwachsenenbildung.....	13
3. Zeithistorischer Zugang zur politischen Erwachsenenbildung.....	15
3.1 Der Beginn der Erwachsenenbildung in Deutschland 1800-1933.....	16
3.2 Erwachsenenbildung in der NS-Diktatur und Reeducation.....	20
3.3 Die 1950-70 Jahre: Modernisierung und Ausbau der Erwachsenenbildung.....	23
3.3.1 Realistische Wende.....	25
3.3.2 Didaktische Wende.....	27
3.3.3 Reflexive Wende.....	28
3.4 Verrechtlichung.....	30
3.4.1 Gesetzliche Entwicklung auf Landesebene.....	31
3.4.2 Beutelsbacher Konsens 1976.....	32
3.4.3 Bundesurlaubsgesetz.....	33
3.5 Von 1980 bis heute.....	34
4. Politische Bildung heute.....	36
4.1 Anbieter politischer Bildung.....	38
4.1.1 Parteiliche Stiftungen.....	39
4.1.2 Gewerkschaften.....	40
4.1.3 Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung.....	42
4.1.4 Landeszentralen für politische Bildung.....	44
4.1.5 Volkshochschulen.....	45
4.2 Aktuelle politische Herausforderungen.....	47
4.2.1 Migration.....	48
4.2.2 Populismus.....	49
4.3 Bildungsfinanzierung und Fundamentalismus des Marktes.....	50
4.4 Volkshochschulangebot Politik / Gesellschaft / Umwelt.....	55
5. Digitalisierung und Medienkompetenz in der Volkshochschule.....	58
5.1 VHS 2.0.....	59
5.1.1 VHS-MOOCs (Massive Open Online Course).....	59
5.1.2 VHS-Cloud.....	61
5.1.3 Erweiterte Lernwelten e.V.....	62
5.2 Funkkolleg.....	63
6. Fazit.....	65
Literaturverzeichnis.....	71
Eidesstattliche Erklärung.....	80

Abkürzungsverzeichnis

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
AfD	Alternative für Deutschland
AKW	Atomkraftwerk
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands
CDU	Christlich Demokratische Union
DIE	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
DIFF	Deutsches Institut für Fernstudien
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DQR	Deutscher Qualifikationsrahmen
eLw	erweiterte Lernwelten
EQR	Europäischer Qualifikationsrahmen
FDP	Freie Demokratische Partei
GVV	Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung
GWE	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
HVHS	Heimvolkshochschule
MC	Multiple-Choice
NGOs	Nichtregierungsorganisationen
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
PAS	Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UDSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UE	Unterrichtseinheit (45 min)
VHS	Volkshochschule
WRV	Weimarer Reichsverfassung

Tabellenverzeichnis

	Seite
Abb. 1: Weiterbildung in der Europäischen Begriffswelt	37
Abb. 2 Verhältnis VHS Kursangebot Politik / Gesellschaft / Umwelt zum Gesamtangebot innerhalb der Länder.	56
Abb. 3 Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Sonderauswertung der VHS-Daten BRD zu Kursen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Fachgebiet 'Politik' 2006 – 2015.	57

1. Einleitung

Die Neue Medien¹ sind unser täglicher Begleiter geworden. Nicht nur zu Hause auf dem Sofa, sondern auch unterwegs, sind wir nicht nur immer erreichbar, sondern auch in der Lage, gewünschte Informationen – solange das Datenvolumen es zulässt – abzurufen. Auch politische Inhalte sind gefragt, gerade zu Ereignissen wie Terroranschläge und anstehenden Wahlen sind Antworten aus dem Smartphone sehr begehrt. Leider wird unser Informationsdrang auch ausgenutzt und so häufen sich die Warnungen vor Desinformationen (Fake News), genauso wie die Tipps und Tricks wie man diese Desinformationen erkennt. Fraglich ist, welchen Preis wir wirklich für diese kostenlosen und immer zugänglichen Informationen zahlen und welchen Nutzen die politische Bildung aus dieser Entwicklung ziehen kann. Diese „drahtlose“ Gesellschaft ist symbolisch für die Endortung, oder Ortlosigkeit, welche von uns Besitz ergriffen hat. Geld hat einen transzendentalen Charakter bekommen, wird es doch digital verschoben und gehandelt.² Es scheint, als ob es möglich ist, dass alles digitalisiert wird. Selbst der arbeitende Mensch, welcher von zu Hause arbeitet, ist Teil der digitalen Welt und verschickt sein Produktionskapital als Einsen und Nullen an andere, ebenfalls digitale Unterhändler. Es wird m. E. eine Entfremdung von Bindung von uns verlangt, welche nicht nur die Bindung an einen festen und dauerhaften Arbeitsplatz betrifft, sondern auch an Produkte und deren Lieferanten wie Amazon, Heim und Familie. Ob diese Entwicklung gut oder schlecht ist, soll hier keine Beachtung finden, aber das, was aus ihr erwächst ist ein wesentlicher Bestandteil der politischen Bildung – Orientierung. Dadurch, dass wir losgelöst von Bindungen sind, – oder sein sollen – sind wir orientierungslos und müssen uns neu finden, uns neue Partner suchen, welche unsere Interessen unterstützen, denn die alten Partner, wie Parteien – welche vor allem auf dem Land einen Generationsvertrag hegten – oder die Institution der Kirche, müssen nicht mehr diejenigen sein, welche die Aufgabe weiterhin übernehmen können. Als Schlagwort hierzu ist der, in den 80er Jahren auftretende Begriff der Individualisierung zu nennen, welcher u. a. auch die Enttra-

1 Medien sind kognitive und kommunikative Werkzeug um Informationen zu verarbeiten, speichern und zu übermitteln. Der Begriff der neuen Medien ist der sich stetig weiterentwickelnden Computertechnologien geschuldet und der wachsenden Möglichkeiten im Vergleich zu traditionellen Medien. Vgl. Petko, Dominik, Einführung in die Mediendidaktik. Lehren und Lernen mit Digitalen Medien, Weinheim 2004, S. 21.

2 Vgl. Negt, in: Hufer, Klaus-Peter; Lange, Dirk, Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. 2016, S. 11.

ditionalisierung meint.³ Diese Suche setzt voraus, dass die Fähigkeit besteht, die richtigen Fragen zu stellen und die vielen Informationen, welche täglich geliefert werden mit Sinnbezügen und Lebensbedeutung in Verbindung zu bringen. Europa ist groß und voller unterschiedlichster Ideologien, Bewegungen und Rechtssystemen. Dieses Europa erfordert Gemeinsamkeitsgefühl und eine aktive Beteiligung seiner Bewohner. Politische Bildungsarbeit ist ein wichtiges Instrument auf diesem Weg und zum Erhalt der Demokratie und sollte für alle Schichten zugänglich sein, auch abseits von Smartphones und Tablets, aber nicht abgeschottet von ihnen. Vernetzung ist gerade im Zusammenhang mit einem gemeinsamen Europa ein wichtiges Instrument, denn „[...] [P]olitische Inhalte verflüchtigen sich zunehmend aus klassischen Foren in neue Bereiche und unterliegen bisweilen den – auch auf sie abfärbenden – Trends der Schnelllebigkeit, [...] und der Neigung zu punktuellen Lösungen auf Kosten der Kontinuität und Weitsicht.“⁴

Politische Bildung beinhaltet jedoch nicht nur die Weitergabe von Wissen, sondern hat auch die Aufgabe einen mündigen, politischen Bürger zu schaffen, ihn zu befähigen und zu ermutigen, sich aktiv ins politische Leben einzumischen, der Tradition der Aufklärung folgend, Urteilsfähigkeit zu entwickeln. Adorno beschreibt die Aufgabe der Erwachsenenbildung ebenfalls in Anlehnung an die Aufklärung und spricht ihr die Fähigkeit zu, dass sie „[...] den Menschentypus, der auf sie und auf den sie eingestimmt ist, so aufhellen, daß er den gegenwärtigen Bedingungen als Avantgarde gewachsen sich zeigt.“⁵ Dieses soll dabei „[N]icht mit der Gebärde der „Umerziehung“, sondern nur durch denkende gemeinsame Arbeit und Selbstbesinnung [...]“⁶ geschehen.

Die Pluralität der politischen Erwachsenenbildung ist eine Notwendigkeit, nicht nur aus demokratischen Gesichtspunkten, sondern auch um Teilnehmer zu aktivieren. Denn es wird nicht unbedingt nach – so Hufer – „neutraler Politik“ gesucht, sondern nach Trägern, deren Ideologie zum eigenen System passt und dadurch attraktiv sind.⁷

Wer sich mit politischer Bildung näher beschäftigt, der wird über Titel wie z. B. den von

3 Vgl. Petersen, Jendrik, Historische Grundlagen und Perspektiven der beruflichen Weiterbildung. Studienbrief EB1310 des Master-Fernstudiengangs der TU Kaiserslautern. Unveröffentlichtes Manuskript. 2. Auflage. Kaiserslautern 2015, S.36.

4 Kalina, Andreas, Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Sankt Augustin 2014, S. 20.

5 Adorno, Theodor, Aufklärung ohne Phrasen. Zum Deutschen Volkshochschultag 1956 – Ersatz für das „Studium Generale“, Frankfurt a. M. 1956, S. 1, in: <http://www.zeit.de/1956/41/aufklaerung-ohne-phrasen>.

6 Ebd., S. 2.

7 Vgl. Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 8.

Hufer, „Politische Erwachsenenbildung. Ein Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin“ stolpern und sich auch inhaltlich damit konfrontiert sehen, dass sich die Fachwelt über die Vernachlässigung der Disziplin einig ist, denn nicht nur im Angebotssektor, sondern auch in Fachkreisen fehlt es an wissenschaftlichen Experten, es ist, so Bremer, nicht das „Top-Thema“⁸. Auch im Bundestag kommt die genuine politische Bildung nur selten auf die Agenda. Dort wird sie zwar als eine demokratieermöglichende, -konsolidierende Disziplin hervorgehoben, im gleichem Atemzug wird sie aber ihres genuinen Charakters beraubt und „verzahnt“ mit Angeboten, welche dem hervorgehobenen Ziel, der dauerhaften Beschäftigungs- und Wettbewerbsfähigkeit dienen.⁹

Die Erwachsenenbildung und die politische Bildung sind ein wichtiges Element einer Demokratie, weil es eben nicht nur um individuelle Findung, sondern um Orientierung mündiger Bürger geht, was ein konstitutives Element einer lebendigen, funktionierenden Demokratie ist.

Die Volkshochschulen sind einer der größten Anbieter für Weiterbildung, bieten ein breit aufgestelltes Programm mit verschiedenen Fachbereichen und Schwerpunkten, u. a. der politischen Bildung und sind somit ein wichtiges Element in der Erwachsenenbildung. Ziel dieser Arbeit ist es, die aktuelle Problematik und den Stellenwert politischer Bildung herauszuarbeiten. Kernfragen dieser Arbeit sind:

- Sind Volkshochschulen noch in der Lage – vor dem Hintergrund einer sich stärker ausprägenden medialen Demokratie – Menschen abseits von „big data“ zu erreichen?
- Welchen Einfluss haben die zunehmende Finanzschwäche der Kommunen und der sich daraus ergebende „Sparzwang“ auf Angebote zur politischen Bildung?
- Gibt es einen Rückgang an Angeboten zur politischen Bildung bzw. kann davon zu Recht gesprochen werden?
- Insofern ein negativer Trend erkennbar, wie kann dem entgegengewirkt werden?

In dieser Arbeit wird ein besonderes Augenmerk auf das Land Nordrhein-Westfalen ge-

8 Bremer, Helmut, Zugänge zur politischen Erwachsenenbildung. Milieupräferenzen und Mechanismen der Selektivität, in: Hessische Blätter für Volksbildung 04/2010. Politische Bildung, S. 346-359, Bielefeld 2010, S. 326.

9 Vgl. Kalina, Andreas, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 128.

legt. Zu Gunsten der Lesbarkeit verwendet die Autorin ausschließlich das generische Maskulinum.

Diese Arbeit teilt sich in vier Blöcke auf. Der erste Teil beschäftigt sich mit der Hinführung zum Thema, dem wissenschaftlichen Forschungsstand und der Abgrenzung der Begrifflichkeiten. Im zweiten Teil der Arbeit geht es um den zeithistorischen Zugang, das heißt, um die Entwicklungsgeschichte der politischen Bildung in Deutschland. In diesem Teil wird bereits deutlich werden, welche enge Verflechtung es zwischen der Entstehung von Volkshochschulen und politischer Bildung gibt. Im dritten Teil geht die Autorin auf die politische Bildung von heute ein, die verschiedenen Anbieter und aktuelle Trends, aber auch auf Probleme und Herausforderungen. Der vierte Teil der Arbeit beschäftigt sich mit möglichen strategischen Konzeptionen und Digitalisierung, um ein breiteres Angebot für politische Bildung entwickeln und umsetzen zu können. Die Arbeit endet mit dem Fazit.

2. Klärung von Begrifflichkeiten

Um zu verstehen womit sich diese Arbeit, aber auch die Anbieter und Förderer politischer Erwachsenenbildung beschäftigen, ist es wichtig, den Begriff der politischen Erwachsenenbildung aufzuschlüsseln. Es ist zu klären, was Bildung ist und was politische Bildung im Speziellen ist – in diesem Zusammenhang kommt man um die Namensschöpferin, die Politikwissenschaft nicht herum – und im weiteren was ein Erwachsener und dementsprechend Erwachsenenbildung ist. Politische Bildung ist ein Teil der allgemeinen Erwachsenenbildung. Dass die diesbezüglichen Anforderungen an die politische Bildung umfangreich sind, wird noch zu zeigen sein.

2.1 Bildung

Wenn von Bildung gesprochen wird, scheint ganz klar was damit gemeint ist, oder doch nicht? Bildung ist ein Begriff, der in seiner Weite nicht zu fassen scheint und immer wieder Gegenstand von Diskussionen wird, welche interdisziplinär, international und systemübergreifend in Gesellschaft und Politik geführt wurden und werden. In fast allen Bereichen ist er zu finden, wird neu interpretiert, für undefinierbar und unpraktisch er-

klärt, durch andere Begrifflichkeiten, wie dem des Lernens ersetzt, nur um am Ende doch wieder in Erscheinung zu treten – natürlich neu und unter anderen Gesichtspunkten definiert.¹⁰

Der Bildungsbegriff wurde erstmals zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgegriffen und verknüpfte zwei Bedeutungsaspekte, den Besitz von Bildungsgütern und den Vorgang von Vermittlung und Selbst-Aneignung.¹¹ Der Bildungsbegriff wurde vor allem durch Neuhumanisten wie Wilhelm von Humboldt, Pestalozzi und Kant geprägt.¹² Letzter schrieb dazu: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“¹³ Immanuel Kant verfasste diese Worte 1784 und noch immer treffen sie den Kern dessen, was Bildung versucht zu sein; der Weg aus der Unmündigkeit. Wenn von Bildung gesprochen wird, dann geht es, folgt man klassischen Bildungstheorien, um Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung und die Auseinandersetzung mit der Welt. Bildung ist damit ein Gegenkonzept zu Erziehung,¹⁴ bzw. sollte als Ergebnis am Ende des Erziehungsprozesses stehen.¹⁵ Bildung kann aber nicht diktiert oder anerzogen werden, Erziehung verschafft dem Individuum lediglich die Möglichkeiten dazu, einen „Ausweg“ aus seiner Unmündigkeit zu finden.¹⁶ Bildung impliziert aber nicht nur ein „[...] fragendes

10 Schultz, Erhard, „Bildung“, in: Arnold, Rolf, Nolda, Sigrid, Nuissl, Ekkehard, Wörterbuch Erwachsenenbildung, 2., überarb. Aufl., in : http://www.wb-erwachsenenbildung.de/online-woerterbuch/?title=Bildung&tx_buhutbedulexicon_main%5Bentry%5D=25&tx_buhutbedulexicon_main%5Baction%5D=show&tx_buhutbedulexicon_main%5Bcontroller%5D=Lexicon&cHash=0eebc282271f0e662818c6f50f12da9d, 27.06.2017.

11 Vgl. Weißeno, Georg, Hufer, Klaus-Peter u. A., Bildung, in: Wörterbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts 2007, S. 39.

12 Vgl. Ebd.

13 Immanuel Kant, Was ist Aufklärung? Ausgewählte kleiner Schriften, Cassirer, Ernst, Brand, Horst, Hamburg 1999, S. 20-22.

14 Schultz, „Bildung“, in: Arnold, u. A., Wörterbuch Erwachsenenbildung, in: http://www.wb-erwachsenenbildung.de/online-woerterbuch/?title=Bildung&tx_buhutbedulexicon_main%5Bentry%5D=25&tx_buhutbedulexicon_main%5Baction%5D=show&tx_buhutbedulexicon_main%5Bcontroller%5D=Lexicon&cHash=0eebc282271f0e662818c6f50f12da9d, 27.06.2017.

15 Vgl. Oeftering, Tonio, das Politische als Kern der politischen Bildung. Hannah Arendts Beitrag zur Didaktik des politischen Unterrichts, Schwalbach/Ts 2013, S. 42.

16 Vgl. Immanuel Kant, Was ist Aufklärung? Ausgewählte kleiner Schriften, Cassirer, Ernst, Brand, Horst, Hamburg 1999, 20-22.

Denken [...]“¹⁷, sondern auch den Mut zur Mitgestaltung und Veränderung und bedarf dabei keinen Nützlichkeitsabwägungen,¹⁸ wie es z. B. in der Ausbildung der Fall ist, denn der Ausbildungsbegriff beinhaltet ein ökonomisches Verwertungsinteresse und ist eher ein Unterpunkt der Bildung, bzw. ein Teil der Erziehung.¹⁹ Der Deutsche Bildungsrat definierte 1966 einen gebildeten Menschen als jemanden, „[...] der in ständigen Bemühung lebt, sich selbst, die Gesellschaft und die Welt zu verstehen und diesem Verständnis gemäß zu leben.“²⁰ Das Ziel der Bildung sah der Ausschuss darin, „[...] jeden Einzelnen zu individuellem und gesellschaftlichem Leben zu befähigen, sowohl zur Wahrnehmung seiner Rechte als auch zu Erfüllung seiner Pflichten.“²¹ Wenige Jahre später verzichtete die Bund-Länder-Konferenz ganz auf eine Definition von Bildung.²² Wie bereits erwähnt, ist die Frage „Was ist Bildung“ nicht einfach und m. E. nicht abschließend zu klären.

Bildung, so scheint es, befindet sich im stetigen Wandel und es bedarf m. E. der stetigen Neuinterpretation, da auch die Welt sich im stetigen Wandel befindet und Bildung an die jeweilige Zeit und ihre Vorstellungen, Ziele und Visionen gebunden ist. Diese Tatsache zwingt die Autorin zu einer stark verkürzten Darstellung des Bildungsbegriffes, ohne Zweifel ließe sich eine umfassende Arbeit über dieses Thema verfassen. Für den Bereich der politischen Bildung steht das Verständnis für die Gesellschaft, für die Wahrnehmung von Rechten und die Erfüllung von Pflichten im Fokus, an erster Stelle steht jedoch eine aktive Zivilgesellschaft durch Heranbildung mündiger Citizens.

2.2 Erwachsenenbildung

Erwachsenenbildung ist ein historisch gewachsenes, pädagogisches Feld, welches in seiner Anfangszeit hauptsächlich als Arbeiterbildung, später als Volksbildung bezeichnet wurde. Der Begriff der Erwachsenenbildung entstand in den 20er Jahren und markiert einen Wendepunkt, da für die Erwachsenenbildung nicht mehr die Entwicklung einer

17 Lederer, Bernd, "Bildung": was sie war, ist, sein sollte. Zur Bestimmung eines strittigen Begriffs ; Fortführung der Diskussion, Baltmannsweiler 2013.

18 Vgl. Weißen, Georg, Hufer, Klaus-Peter u. A., Bildung, in: Wörterbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts 2007, S. 39.

19 Vgl. ebd., S. 43.

20 Ebd., S. 40.

21 Ebd., S. 40.

22 Vgl. Ebd., S. 41.

einheitlichen Nation – Volksbildung durch Volksbildung²³ – im Vordergrund stand, sondern die Bildung von Erwachsenen.²⁴ Für die Begriffsbestimmung wäre es notwendig eine Definition für das *Erwachsensein* zu finden. Was ein Erwachsener ist, ist aber nicht nur abhängig von biologischen Aspekten, sondern auch von kulturellen und traditionellen Einflüssen und m. E. auch von der Selbstwahrnehmung des Individuums. Diese vielen verschiedenen Blickrichtungen machen eine zentrale und allgemeingültige Definition des Erwachsenen schwierig.

Starre Lebensläufe sind nicht länger en vogue – waren es vielleicht auch noch nie.²⁵ Der moderne Erwachsene muss wandelbar sein. „Plastizität, Selbstentwicklungsfähigkeit sowie dauernde Rekonstruktion und Neuschreibung des eigenen Lebenslaufs ersetzen das statische, festgefügte Erwachsenenbild und entsprechen damit der gesellschaftlichen Zumutung, flexibel, mobil, anpassungsfähig und stets lernbereit zu reagieren.“²⁶ Robert Bly spricht von einer Kultur, geprägt von „Halberwachsenen“²⁷, ohne Anhaltspunkt, wann das Ziel des Erwachsenseins erreicht ist.²⁸

Auch die Herkunft des Subjekts beeinflusst den Eintritt ins Erwachsenenalter. Die finanziellen Mittel einer Gesellschaft bestimmen die Rolle (Kind/Jugendlicher/Erwachsener) die ein Subjekt einnimmt, das heißt, eine von Armut geprägte Gesellschaft „lässt“ das Subjekt schneller heranwachsen und damit erwachsen werden, im Sinne von Verantwortung übernehmen/ für den Lebensunterhalt aufkommen.²⁹ Kurz gesagt, die „[...] historische und gesellschaftliche Relativität von Erwachsensein [...]“³⁰ muss Beachtung finden. Eine Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, ob es überhaupt möglich ist, den genauen Zeitpunkt des Erwachsenseins zu bestimmen und ob es ein *Erwachsensein* als feste, universale Größe überhaupt gibt. Bly spricht von einem „Halberwachsenen“³¹, und Lempp von einer „fortwirkende[n] Kindlichkeit“³². Heißt das, dass

23 Vgl. Steinbach, Peter, historische Grundlagen der politischen Bildung, in: Sander, Wolfgang, Steinbach, Peter, politische Bildung in Deutschland. Profile, Personen, Institutionen, Bonn 2014, S. 19.

24 Faulstich, Peter, Zeuner, Christine, Faulstich, Andresen, Sabine (Hg.), Erwachsenenbildung, Weinheim 2010, S.14.

25 Vgl. Arnold, Rolf, Porträts und Konzeptionen zur Erwachsenenbildung, Kaiserslautern 2015, S. 134 ff.

26 Kade in: Seitter, Wolfgang, Geschichte der Erwachsenenbildung. Eine Einführung. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Bielefeld 2007, S. 140.

27 Bly, in: Arnold, Porträts und Konzeptionen, S. 136.

28 Vgl. Arnold, Porträts und Konzeptionen, S. 136.

29 Vgl. ebd., S. 137 ff.

30 Ebd.

31 Arnold, Porträts und Konzeptionen, S. 136.

32 Kind, in: Arnold, Porträts und Konzeptionen, S. 136.

es den Erwachsenen, so wie er sich uns darstellt, gar nicht gibt? Sind wir, die, die sich für erwachsen halten, zur Hälfte, oder sogar mehr, noch Kinder? Oder macht genau das den Unterschied, das 'Fühlen als'. Fragt man Luhmann, so wird er – Systemtheorie bzw. dem Differenzkonzept folgend, mit Nein antworten, denn die Leitdifferenz, welche Unterscheidungen in den Systemen möglich macht, kennt keine 'Halbbegrifflichkeiten', sondern nur schwarz oder weiß, groß oder klein, Kind oder Erwachsener.³³ Die meisten Vorgänge in unserer Gesellschaft setzen 18 Jahre fest: Führerschein, Eheschließung, Alkoholerwerb, Geschäftsfähigkeit. Die Erwachsenenbildung setzt dort an, wo die Regel-schulzeit beendet ist und lässt sich dementsprechend nicht auf ein bestimmtes Alter festlegen, sondern ist abhängig von der schulischen Laufbahn des jeweiligen Menschen und der Bereitschaft zur Weiterbildung.³⁴

Arnold hingegen spricht davon, die Leitintegration stärker in den Blick zu nehmen und folgt damit einem entwicklungstheoretischen Konzept, welches die Möglichkeit einer Inkorporation der Kindlichkeit in das Erwachsensein nicht ausschließt³⁵, einer machbaren „[...] Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit [...]“³⁶.

Wenden wir uns also ab von der Vorstellung eines vordefinierten Erwachsenen und sprechen über das, womit sich die Erwachsenenbildung beschäftigt, bzw. was sie prägt. Heute sind ihre Ziele die persönliche Entfaltung, politische Handlungsfähigkeit und berufliche Kompetenz.³⁷ Dazu werden Themenfelder angeboten, wie z. B. Sprachen, Grundbildung, berufliche Weiterbildung und Politik. Die Erwachsenenbildung wird durch die verschiedensten Institutionen angeboten, wie z. B. Kirchen, Stiftungen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, kommerzielle Anbieter und Volkshochschulen, welche den größten Teil der Angebote auf dem Weiterbildungsmarkt stellen.³⁸ Seit den 1970er Jahren, bzw. seit dem „Strukturplan für das Bildungswesen“ des Deutschen Bildungsrates, wird im Zusammenhang mit Erwachsenenbildung hauptsächlich von Weiterbildung gesprochen. Weiterbildung als Begriff beschreibt dabei die Kontinuität und

33 Vgl. Arnold, Porträts und Konzeptionen, S. VII, S. 136.

34 Vgl. Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission - Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart 1970, S. 197.

35 Vgl. Arnold, Porträts und Konzeptionen, S. 137.

36 Honig, in: Arnold, Porträts und Konzeptionen, S. 137.

37 Vgl. § 3 Abs. (1) Erstes Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz -WBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.04.2000, geändert durch Gesetz vom 15.02.2005.

38 Vgl. Faulstich, Peter, Zeuner, Christine, Faulstich, Andresen, Sabine (Hg.), Erwachsenenbildung, Weinheim 2010, S. 15.

die Spannweite des Lernens nach der allgemeinen Schulbildung (Schulpflicht).³⁹ Die Autorin bezieht sich, wenn sie von Erwachsenen spricht, auf diese Eingrenzung. Die Idee des lebenslangen Lernens, welche seit den 1990 Jahren in Deutschland stärkere Berücksichtigung findet, hat dabei erheblichen Einfluss auf die Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Das lebenslange Lernen beschreibt die Tatsache, „[...] dass der Vorgang des Lernens während der gesamten Lebensspanne stattfindet [...]“⁴⁰ und damit „[...] eine zentrale Grundfunktion des menschlichen Lebens“⁴¹ beschreibt.⁴² Damit rückt die Forschung von der Annahme ab, dass Lernen lediglich bis zu einem zu bestimmenden Zeitpunkt möglich ist.⁴³ Durch ihren Charakter und ihre Spannweite hat die Erwachsenenbildung eine große Adressatengruppe und eine große Angebotsvielfalt. Sie ist ein anerkannter und selbständiger Bereich der Bildung und wird als vierte Säule des Bildungssystems beschrieben, unterscheidet sich jedoch von den drei anderen – Schul-, Berufsausbildungs- und Hochschulwesen – durch ihre erweiterten Zugangsmöglichkeiten. Anders als bei den ersten drei, soll die Erwachsenenbildung für jedermann zugänglich sein, ihre Finanzierung ist jedoch nur für Teilbereiche über Gesetze abgesichert. Daher ist Erwachsenenbildung auch immer abhängig von den jeweils aktuellen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.⁴⁴ Die Idee des lebenslangen Lernens – wie auch die der gesamten Erwachsenenbildung – ist nicht alleine aufgrund eines Bedürfnisses zur Förderung des Individuums entstanden, sondern zum großen Teil aus ökonomischen Gesichtspunkten und dem Wunsch nach besserer Nutzung des Humankapitals. So forderte die Europäische Union ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, ihre Bildungssysteme so auszubauen, dass sie auf internationaler Ebene wettbewerbsfähig sind.⁴⁵ Selbstverständlich gibt es auch Kritik am Konzept des lebenslangen Lernens, z. B. dass das Lernen zur Lebenslast wird⁴⁶, da sich der Druck auf die Arbeitnehmer immer stärker

39 Vgl. Faulstich u. A., Erwachsenenbildung, S.12 ff.

40 Pätzold, Henning „Lebenslanges Lernen“, in: Arnold u. A., Wörterbuch Erwachsenenbildung, in : http://www.wb-erwachsenenbildung.de/online-woerterbuch/?title=Bildung&tx_buhutbedulexicon_main%5Bentry%5D=25&tx_buhutbedulexicon_main%5D=show&tx_buhutbedulexicon_main%5Bcontroller%5D=Lexicon&cHash=0eebc282271f0e662818c6f50f12da9d , 06.09.2017.

41 Dohlmen, in: Pätzold, Henning „Lebenslanges Lernen“, in: Arnold, Nolda, Nuissl, Wörterbuch Erwachsenenbildung, 06.09.2017.

42 Vgl. Pätzold, Henning „Lebenslanges Lernen“, in: Arnold, Nolda, Nuissl, Wörterbuch Erwachsenenbildung, 06.09.2017.

43 Vgl. ebd.

44 Vgl. Faulstich, u. A., Erwachsenenbildung, S.13.

45 Vgl. ebd.

46 Vgl. Holzapfel, in: Arnold, Porträts und Konzeptionen, S. 53.

auswirkt. Da stellt sich die Frage, wie freiwillig und selbstgesteuert Erwachsenenbildung im Rahmen des lebenslangen Lernens überhaupt noch sein kann. Allerdings ging es zu Beginn der Bildung Erwachsener vor allem darum, fehlende allgemeine Bildung auszugleichen und politisch zu bilden, um sich auch auf dieser Ebene für die eigenen Interessen einsetzen zu können. Erwachsenenbildung ist aus dem Wunsch nach politischer Bildung und Mitgestaltung entstanden, der Angst vor totalitären Herrschaften und durch ökonomische Anreize, welche die berufliche Weiterbildung bot und bietet.⁴⁷ Um die historische und aktuelle Relevanz von politischer Erwachsenenbildung und ihrer Tragweite zu verstehen, ist es nötig ihre Entstehungsgeschichte genauer zu betrachten. Im Kapitel 3 soll deutlich werden, was politische Erwachsenenbildung ist, welche gesellschaftliche Aufgabe sie übernimmt, welche Adressaten angesprochen wurden und werden.

2.3 Politik

„Politik ist die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlicher verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen.“⁴⁸

Diese Definition von Politik spiegelt nur einen Minimalkonsens wieder, welcher einen normativen, ideellen Anspruch geschuldet ist, denn die eine Definition von dem was Politik ist, gibt es nicht und sie trifft auch nicht auf alle Herrschaftsformen zu. Viele haben sich mit der Begriffsdefinition beschäftigt, angefangen in der Antike mit Aristoteles, über Machiavelli und Weber, bis hin zu Luhmann und vielen anderen, jedoch kann keine als allgemein Definition und dauerhaft gültig gesehen werden.⁴⁹ Selbst die Politikwissenschaft hat sich von der Vorstellung einer allgemeingültigen Definition verabschiedet und ist dazu übergegangen eine Vielzahl von Politikbegriffen zu formulieren. Diese Begriffe sind unterschiedlich systematisiert. Sie unterscheidet zwischen „[...] weiten und engen, formalen und stärker inhaltlichen Politikbegriffen, zwischen zweckorientierten, mittellorientierten und problemorientierten sowie zwischen gouvernementalen, normativen, konfliktorientierten Politikbegriffen usw.“⁵⁰ Die so entstehenden Politikbegriffe

47 Vgl. Faulstich, u. A., Erwachsenenbildung, S. 15.

48 Meyer, Thomas, Was ist Politik? Opladen 2003, S. 41.

49 Vgl. Meyer, Thomas, Was ist Politik?, S. 42.

50 Massing, Peter, in: Weißeno, Georg, Hufer, Klaus-Peter u. A., *Politik*, in: Wörterbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts 2007, S. 282.

werden dann, je nach Fragestellung und Hintergrund, als Arbeitsgrundlage herangezogen, sie sind also mehr Arbeitsbegriffe als wirkliche Definitionen.⁵¹ Bei allen definitiven Grenzen ist es jedoch wichtig, ein grundsätzliches Verständnis von dem zu haben, was Politik ist, wie sie sich z. B. von der Wirtschaft und dem Recht usw. abgrenzt (Materialobjekt / Formalobjekt).⁵² „Als Materialobjekt kann Politik alles sein, erst als Formalobjekt – unter einer leitenden Perspektive – kristallisiert sie sich jeweils aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit heraus.“⁵³ Diese „gesellschaftliche Wirklichkeit“ gibt m. E. schon einen Eindruck über die Wandlungsfähigkeit von Politik. Ändert sich die Gesellschaft, so ändert sich auch das Verständnis von und für Politik. Sie ist also der Vergangenheit, Gegenwart und auch der Zukunft unterworfen. Am deutlichsten drückt sich das was als Politik verstanden wird, in den Politik-Modellen „Politics-Dimension“ und Politikzyklus aus. Das Dimension-Modell umfasst drei Dimensionen:

- Polity : Ordnungsrahmen⁵⁴ welcher die Bedingungen für politisches Handeln angibt
- Policy : Handlungsprogramme zur Lösung politisch definierter Probleme entwickeln
- Politics: Durchsetzung der ausgewählten Handlungsprogramme durch Konsens- oder Kompromissfindung, in den meisten Fällen jedoch durch Mehrheitsbildung und den Einsatz verschiedener Machtressourcen⁵⁵

Der Politikzyklus beschreibt Politik „[...] als eine prinzipiell endlose Kette von Versuchen der Bearbeitung von gesellschaftlichen Gegenwarts- und Zukunftsproblemen.“⁵⁶ Dieser Zyklus hat die folgenden Phasen: Problem erkennen und sich danach damit auseinander zu setzen, Entscheidung treffen, Reaktion und Weiterführung, Problem verändern oder beenden. Dieser Zyklus ist gesellschaftlichen Restriktionen und Einschränkungen unterlegen und damit ähnlich dem Dimensionen-Modell.⁵⁷ Beide Modelle drücken aus, was im allgemeinen mit Politik assoziiert wird: verschiedene Interessen

51 Vgl. Massing, in: Weißeno, Georg, Hufer, Klaus-Peter u. A., *Politik*, in: Wörterbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts 2007, S. 283.

52 Vgl. ebd.

53 Sutor, in: Hufer, u. A., *Politik*, in: Wörterbuch politische Bildung, S. 284.

54 Ordnungsrahmen: z. B. Verfassungen, Rechtssystem, zwischenstaatliche Abkommen und Völkerrecht aber auch die Kultur und Wertüberzeugungen. Vgl. Massing, in: Weißeno, Hufer, u. A., *Politik*, in: Wörterbuch politische Bildung, S. 287.

55 Vgl. ebd., S. 287.

56 Massing, in: ebd., S. 287.

57 Vgl. ebd., S. 288.

und Interessengruppen, Macht und Machtpotentiale, um politische Entscheidungen durchzusetzen, Konflikte, welche durch die verschiedenen Interessengruppen und ihre differierenden Interessen entstehen, aber auch ein gesellschaftlicher Konsens, also ein Weg, welcher gemeinsam eingeschlagen wird, um diese Konflikte zu lösen. Auch Grundrechte und allgemeine Ziele, sowie die Wertvorstellungen einer Gesellschaft und das Gemeinwohl sind Teil der Entscheidungsfindung.⁵⁸ Die Autorin folgt dem Zyklusmodell. Leider ist es nicht möglich Politik wirklich zu fassen, im Zusammenhang mit Politik wird in der Wissenschaft auch gerne von Entgrenzung gesprochen. Gemeint ist damit, dass sich die Grenzen, welche Politik gegenüber Wirtschaft, Medien und Recht abgrenzten, vermischen. Greven schreibt dazu: „Politik ist heute nicht mehr mit dem klassischen Staatsbegriff und seiner hoheitlichen Verwaltung gleichzusetzen oder engzuführen. Sie findet auf vielen Ebenen in vielen Formen, teils unter Mitwirkung staatlicher Organe, teils in Übertragung „hoheitlicher“ Rechte und Ansprüche an gesellschaftliche Organe, teils gänzlich außerhalb des staatlichen Bereichs im engeren Sinne statt. „[...] [D]ie behauptete Dominanz des Politischen, die es rechtfertigt, von einer politischen Gesellschaft zu sprechen, resultiert nicht aus einer hierarchischen Struktur der Gesellschaft, an deren Spitze der „Staat“ bzw. ein „politisches System“ regiert, sondern aus der Beobachtung, daß die funktional notwendige Entscheidung über die Geltung von Normen und auch die legitime Verteilung von Gütern heute in einem vielfältig aufgefächerten gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß stattfindet.“⁵⁹ Nicht jeder ist direkt an diesen Prozessen beteiligt, aber jeder Einzelne hat die Möglichkeit ein aktives Mitglied in diesem politischen Gefüge zu sein und Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Wie bereits dargestellt, ist Politik ein breites Feld oder wie Greven sagt, „vielfältig aufgefächert“⁶⁰, welches von verschiedensten Einflüssen immer wieder neu gestaltet wird. Möglichkeiten dazu bieten nicht mehr nur politische Parteien und Lobbygruppen, sondern auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie z. B. Human Right Watch, Greenpeace, BUND und amnesty international, um nur die Bekanntesten zu nennen. Diese Organisationen, wie auch andere, bieten die Möglichkeit, sich aktiv als mündiger Bürger einzubringen und dadurch – als Gruppe – Einfluss auf politische Entschei-

58 Vgl. Weißeno, Hufer, u. A., *Politik*, in: Wörterbuch politische Bildung, S. 288 ff.

59 Greven, Michael, Kontingenz und Dezision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft, Wiesbaden 2000, S. 99 ff.

60 Ebd., S. 99 ff.

dungsprozesse nehmen zu können.⁶¹ Um politisch Einfluss nehmen zu können, ist es aber notwendig die eigene Gesellschaft, ihr Rechtssystem, ihre Werte und Normen zu kennen und zu verstehen, wie Politik gemacht wird. An dieser Stelle setzt die politische Bildung an, sie soll mündige Bürger hervorbringen, welche politischen Einfluss nehmen wollen, denn nur so kann Demokratie bestehen. „Eine der größten Sorge moderner Demokratien ist die Entfremdung der Bürger von politischen Entscheidungsprozessen. In diesem Zusammenhang bildet die Zivilgesellschaft, wie andernorts auch, ein wichtiges Element des demokratischen Prozesses.“⁶² Kompromissbildung durch Mehrheitsbildung (Politics) setzt auch voraus, dass Mehrheiten sich politisch artikulieren können, dazu benötigt Sie politische Bildung.

2.4 Politische Erwachsenenbildung

Politische Bildungsarbeit ist Orientierungsarbeit. Sie will mündige und autonome Bürger erschaffen, ihnen dabei helfen, einen Überblick über die Wirren des politischen Modells zu finden.⁶³ Mündigkeit bezeichnet dabei die Fähigkeit zum eigenen Denken, die Loslösung von Vorurteilen, das kritische Hinterfragen und Reflektieren und die Distanz zur eigenen Zeit. Autonomie meint die Fähigkeit eigenverantwortlich, selbstständig und kompetent Verantwortung zu übernehmen. Durch diese Fähigkeiten ist das Individuum in der Lage, die ihm gegebenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zu akzeptieren und sich aktiv für Veränderung einzusetzen.⁶⁴ Also „[d]ie Befähigung zur aktiven Wahrnehmung der Bürgerrolle durch Entwicklung eines demokratischen politischen Bewusstseins.“⁶⁵ Durch diesen Kontext erhält die politische Bildung ihren normativen, vom Individuum herrührenden Bezugspunkt.⁶⁶ Die politische Erwachsenenbildung und ihre Angebote sind, wie schon die Politik an sich, abhängig von den verschiedenen Einflüssen, welche das Alltagsleben aus der Wirtschaft, dem Rechtswesen usw. heraus be-

61 Vgl. Verhaltenskodex für die Bürgerbeteiligung im Entscheidungsprozess. Verabschiedet durch die Konferenz der NGOs (internationale Nichtregierungsorganisationen) bei der Tagung am 01.10.2009, in: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/06/n113_verhaltenskodex.pdf, 19.10.2017.

62 Ebd.

63 Vgl. Weißeno, Georg, Politik besser verstehen. Neue Wege der politischen Bildung, Wiesbaden 2005, S.20.

64 Vgl. ebd.

65 Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk, Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung. Wiesbaden: 2007, S. 146.

66 Vgl. ebd.

einflussen, daher ist sie eine Multivariable im Bezug auf ihre Bezugswissenschaften. Zu ihnen zählen natürliche Politikwissenschaft und Didaktik, sowie die Erziehungswissenschaften und die Pädagogik, aber auch die Sozialwissenschaften, Geschichtswissenschaften, Kulturwissenschaft, Ökonomie, Rechtswissenschaft, Technik und die Naturwissenschaften.⁶⁷ Bei all der Vielfalt der Bezugswissenschaften ist es dennoch so, dass die eigentliche Didaktik der politischen Bildung nur wenig wissenschaftliche Begleitung findet, „[d]ie Zahl der einschlägigen Professuren steht gegenüber der professoralen Politikdidaktik in einem Verhältnis von vielleicht 1:40.“⁶⁸ Das spiegelt sich auch in der Ausbildung der hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter wieder, von denen höchstens ein Viertel oder weniger Politikwissenschaften studiert haben.⁶⁹ Diese Konstellationen erklären den mikrodidaktischen Charakter der politischen Bildung und einen minimalen Einfluss der Wissenschaft auf die Praxis der Erwachsenenbildung.⁷⁰ Bezieht man die treibenden Kräfte der politischen Erwachsenenbildung seit den 1970er Jahren mit ein, so sind es vor allem Erziehungswissenschaftler und Soziologen – ausgeschlossen davon ist Borinski, welcher Rechts- und Staatswissenschaften studierte und lehrte – wie Negt, Tietgens, Ahlheimer, Siebert, Strunk und Meuerle.⁷¹ Aber auch Marx, Horkheimer, Adorno, Marcuse und Habermas haben einen erheblichen Einfluss auf die politische Bildung genommen, ist ihr Kern doch die kritische Theorie. „Aufklärung in emanzipatorischer Absicht, d. h. im Interesse zunehmender Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen, setzt klare Erkenntnis sozialer Tatbestände, das Durchbrechen von Verschleierungen und Ideologien voraus; politische Bildung beinhaltet also immer zugleich Erkenntnis- und Ideologiekritik, sowie die Orientierung über gesellschaftliche und politische Herrschaftsordnungen.“⁷²

67 Vgl. Hufer, Klaus-Peter, Wo steht die Wissenschaft von der politischen Bildung?- Eine Disziplin zwischen Politikwissenschaft, Soziologie und Erwachsenenbildung, in: Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung, Politische Bildung als Wissenschaft. Bilanz und Perspektive, Band 1, Schwalbach 2016, S. 46.

68 Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S.8.

69 Vgl. Hufer, Wo steht die Wissenschaft von der politischen Bildung?, S. 47.

70 Vgl. ebd.

71 Vgl. ebd.

72 Schmiederers, Rolf, in: Sander, Steinbach, Politische Bildung in Deutschland, S. 72.

3. Zeithistorischer Zugang zur politischen Erwachsenenbildung

Um den Charakter von dem was politische Bildung ist und ihren Stellenwert für unsere heutige Gesellschaft zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick in die Vergangenheit, in die Entstehungsgeschichte von politischer Bildung zu werfen. Diese Geschichte ist eigentlich die der Erwachsenenbildung und sie geht einher mit der Gründung vieler Bildungsorganisationen, wie z. B. die der Volkshochschulen. Ihre Geschichte beginnt in der konstitutionellen Monarchie des deutschen Kaiserreichs, führt uns durch den ersten Weltkrieg, die parlamentarisch-pluralistische Weimarer Republik, durch eine Diktatur und den zweiten Weltkrieg, durch zwei neu entstandene Republiken und einem geteilten Deutschland, mit Völkertrennung und ihre Wiedervereinigung und in ein neues Europa.⁷³ Diese verschiedenen Systeme und Weltanschauungen haben nicht nur ihre jeweilige Zeit geprägt, sondern auch die Pädagogen, welche ihrerseits die politische Bildung prägten und auch heute noch prägen. Der Rückblick bis in die Zeit des Kaiserreiches wurde gewählt, da sie ein breites Spektrum von Bemühungen im Bereich der Erwachsenenbildung bot, welches durch einen Aufschwung aufklärerischer Einflüsse angetrieben wurde. Damals wie heute, unverändert von den sich ändernden Lebensbedingungen, ging und geht es um die, [...] qualifizierte Arbeitsbewältigung, kulturelle Selbstfindung, [und] gesellschaftliche Mitgestaltung[...].⁷⁴

Die nachfolgende Zeitreise in die Geschichte der Erwachsenenbildung kann nur Ausschnitte in die Entwicklungsgeschichte bieten, zumal der historiographische Kenntnisstand im Bereich der Erwachsenenpädagogik sehr bescheiden ausfällt, auch wenn das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) sich seit mehr als 50 Jahren mit der Erwachsenenbildung beschäftigt, historische Dokumente, sammelt, Nachlässe öffentlich zugänglich macht und u. a. dadurch die Forschung im Feld der Erwachsenenbildung unterstützt.⁷⁵

73 Vgl. Steinbach, Peter, historische Grundlagen der politischen Bildung, in: Sander, Steinbach, politische Bildung in Deutschland, S. 18.

74 Tietgens, Hans, Geschichte der Erwachsenenbildung, in: Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung, S. 25.

75 Vgl. Tippelt, Rudolf, in: Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung. Eine Einführung. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Bielefeld 2007, S. 10 ff.

3.1 Der Beginn der Erwachsenenbildung in Deutschland 1800-1933

Der Beginn der für uns relevanten Erwachsenenbildung entstand in Deutschland um 1800 als Reaktion auf ökonomische Veränderungen die beginnende Industrialisierung, ein aufklärerisches Menschenbild und dem zunehmenden Wunsch nach Einflussnahme und Demokratisierung.⁷⁶ Die frühen Anfänge der Volksbildung, in der Zeit bürgerlicher Revolutionen dienten der „[...] Hervorhebung des Bürgers durch planvolle Erziehung[.]“⁷⁷. Ende des 18. Jahrhunderts ging es um die Anhebung des bürgerlichen Bildungsniveaus und deren Partizipation, bevor sie im Laufe des nächsten Jahrhunderts durch eine chauvinistische Sichtweise geprägt wurde – Erziehung von Untertanen zur Dynastietreue.⁷⁸⁷⁹ In der Zeit des Vormärzes – der Zeit vor der deutschen Revolution, welche geprägt war von Unversöhnlichkeit und Misstrauen – bildeten sich Handwerker - und Arbeiterbildungsvereine heraus, welche die Bildung zum Zweck hatten, aber auch die Selbsthilfe und Solidarität und damit zu einem Klassenbewusstsein der Arbeiter beitrug.⁸⁰ Natürlich ging es dabei auch um Geselligkeit, die Interessen aber waren abhängig von den unterschiedlichen Klassen und Gruppierungen (Arbeiter, Bürgertum, Konfessionen).⁸¹ Es gab 1860 ca. 225 solcher Vereine, viele davon wurden später Teil von sozialdemokratischen Parteien wie die SPD und der ADAV.⁸² Damals wie heute gehörte die Katholische Kirche zu den großen Anbietern von Volksbildung, 1890 wurde der Volksverein für das katholische Deutschland gegründet, welcher Bildungs- und Schulungsarbeit für katholische Erwachsene anbot und der fast 800.000 Mitglieder für sich verbuchen konnte. Die Lehrinhalte waren an das normative Weltbild der katholischen Kirche gebunden, befasste sich aber auch mit der Staatsbürgerkunde. Die größte Vereinigung der Welt, welche sich der Bildung Erwachsener verschrieben hatte, war die 1871 gegründete Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung (GVV). Sie organisiert 1911

76 Vgl. Olbrich, Joseph, Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, Opladen 2001, S. 23 ff.

77 Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung von der Aufklärung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 25.

78 Vgl. ebd.

79 Vgl. Steinbach, historische Grundlagen der politischen Bildung, in: Sander, Steinbach, politische Bildung in Deutschland, S. 19.

80 Vgl. Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 25.

81 Vgl. Hufer, Klaus-Peter, Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin, Bielefeld 2016, S. 26.

82 Vgl. Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 25.

beispielsweise 7.979 körperschaftliche, meist autonome Vereine mit 5.698 privaten Mitgliedern.⁸³ Im Vergleich dazu gibt es heute 905 Volkshochschulen mit 3.028 regionalen Außenstellen.⁸⁴ Der GVV hatte sich zum Zweck gemacht „der städtischen und ländlichen Bevölkerung [...] dauernd Bildungsstoff und Bildungsmittel zuzuführen, um sie in höherem Grade zu befähigen, ihre Aufgaben im Staat, in Gemeinde und Gesellschaft zu verstehen und zu bewältigen“⁸⁵, da Bildung an den staatlichen Volksschulen nur im Kindesalter stattfand.⁸⁶ Der GVV organisierte dazu zahlreiche Vorträge, welche vor einem großen Publikum stattfanden⁸⁷ und kümmerte sich um die systematische Gründung von Volksbibliotheken.⁸⁸ „Objekt der Volksbildungsbibliothek ist nicht das Buch, sondern der Mensch. Nicht Bücherverwaltung, sondern Menschenförderung – das ist hier die Aufgabe.“⁸⁹ Ziel dabei war es auch, die oben erwähnten Klassenunterschiede zu überwinden und eine innere Einheit des Volkes zu ermöglichen.⁹⁰ Politische und theologische Themenfelder wurde bei der GVV jedoch ausgeklammert, um nicht den Vorwurf der Indoktrination zu erwecken.⁹¹ Der von der GVV verfolgte Ansatz wurde später als „Alte Richtung“ bezeichnet.⁹²

Die „Neue Richtung“, welche sich bereits vor dem ersten Weltkrieg herauskristallisierte und in der Weimarer Republik weiter wuchs, gierte nach Einheit. Ihr Leitsatz war: „Volkbildung durch Volksbildung“⁹³. Diese ganzheitliche Leitidee ist m. E. der Haltlosigkeit, Zwietracht und Bindungslosigkeit, welche die Bevölkerung ergriffen hatte, geschuldet. Die Hetze Bismarcks gegen Sozialdemokraten, Linksliberale und Katholiken hatten die inneren Gegensätze der Bevölkerung angefeuert und somit ein Milieu des

83 Vgl. Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 26.

84 Vgl. Dachverband der Volkshochschulen, in: <https://www.dvv-vhs.de/der-verband/volkshochschulen/>, 21.07.2017.

85 Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 26.

86 Vgl. Hufer, Klaus-Peter, Politische Erwachsenenbildung, S. 26.

87 Vgl. Schmidt, Anette, 75 Jahre Volkshochschule Jena. 1919 bis 1994 ; Grußworte, Zur Geschichte der Volkshochschule Jena und Thüringen, Erinnerungen. 1. Aufl. Rudolstadt: Hain-Verl., 1994, S. 118.

88 Vgl. Arnold, Rolf, Nolda, Sigrid, Nuissl, Ekkehard, Wörterbuch Erwachsenenbildung, 2. Aufl. Heilbronn 2010, S. 127.

89 Röhrig 1991, in: Schmidt, Anette, 75 Jahre Volkshochschule Jena. 1919 bis 1994 ; Grußworte, Zur Geschichte der Volkshochschule Jena und Thüringen, Erinnerungen. 1. Aufl. Rudolstadt, 1994, S. 11.

90 Vgl. Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 26.

91 Vgl. Schmidt, Anette, 75 Jahre Volkshochschule Jena, S. 118.

92 Vgl. Arnold, Nolda, Nuissl, Wörterbuch Erwachsenenbildung, 2. Aufl. Heilbronn 2010, S. 127.

93 Olbrich, Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, S. 205.

Misstrauens und Feindseligkeit geschaffen.⁹⁴ Die „Neue Richtung“ drückt den Wunsch der Bevölkerung nach Eintracht und Mündigkeit aus und wendet sich dadurch ab vom Individuum, was oft zu Kritik führte und als Rückschritt in die Vergangenheit gesehen wurde. Gay beschrieb es als „Hunger nach Ganzheit“. „Die vielfältigen Empfindungen und Reaktionen, die ich Hunger nach Ganzheit genannt habe, erweisen sich bei näherer Betrachtung als eine mächtige Regression, die einer großen Angst entsprang: der Angst vor Modernität. „Die abstrakten Begriffe [...] Volk, Führer, Organismus, Reich, Entscheidung, Gemeinschaft [...] offenbaren ein verzweifelter Verlangen nach Verwurzelung und Gemeinschaft [...].“⁹⁵ Inhaltlich wollte die neue Richtung weg von dem bloßen Vortragswesen der alten Richtung und hin zu Kleingruppen in denen Dozenten und Teilnehmer auf Augenhöhe miteinander agierten⁹⁶ und wo politische und soziale Gegensätze in gemeinsamen Gesprächen und Diskussionen überwunden werden konnten.⁹⁷ „Der extensive Volksbildner sieht sich wie die Bäuerin im Hühnerhof von einer Masse offener Schnäbel – je mehr desto besser – umgeben, die, ihrem edlen Bildungsdrange folgend, von ihm ihre Brocken erwarten. Er selber steht mit dem Bildungsfutternapf in der Mitte und verteilt seinen Karl May, Goethe, [...] usw. Daß die gehorsamen Schnäbel ihre Speise unverdaut wieder ausspeien und weglaufen [...].“⁹⁸ Die schnelle Entwicklung der Neuen Richtung wird in der Literatur oft als „Volkshochschulbewegung“ bezeichnet. Erwähnung fand die Volkshochschule auch in der Weimarer Verfassung: „Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.“⁹⁹ Somit stellt die Weimarer Republik eine Zäsur dar.¹⁰⁰ Die Erwachsenenbildung hatte somit Verfassungsrang bekommen und diese neue Unterstützung brachte 1922 853 Volkshochschulen hervor, 1917 waren es gerade einmal 18.¹⁰¹

94 Vgl. Steinbach, historische Grundlagen der politischen Bildung, in: Sander, Steinbach, politische Bildung in Deutschland, S. 19.

95 Gay, Peter, die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit 1918-1933, Frankfurt/M. 1970, S. 231.

96 Vgl. Schmidt, Anette, 75 Jahre Volkshochschule Jena. 1919 bis 1994 ; Grußworte, Zur Geschichte der Volkshochschule Jena und Thüringen, Erinnerungen. 1. Aufl. Rudolstadt: Hain-Verl., 1994, S. 120 ff.

97 Vgl. Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung von der Aufklärung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 27.

98 Herriegel, Hermann, Der Stand der Volksbildungsfrage, in: Blätter der Volkshochschule Thüringen Nr. 5 (1923/24), S. 45.

99 Art. 148 Abs. 4, Verfassung des Deutschen Reichs (WRV) vom 11.08.1919, in: <http://www.verfassungen.de/de/de19-33/verf19-i.htm>, 23.09.17.

100 Vgl. Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 27.

101 Vgl. ebd.

Rosenstock, Leiter der „Akademie der Arbeit“ beantwortete seine Frage nach der Art der neuen Bildung, wie folgt: „Durch sie soll ein Volk gebildet werden, das den Glauben an seine Regierer oder seine Erzieher oder an beide verloren hat, das im Glauben und im Wissen getrennt ist. Fabrikdirektor und Arbeiter, Bauer und Professor brauchen heute eine einheitliche, ihnen gemeinsame Bildung. Ausdruck dieser Bedürfnisse ist das neue Gebilde der Volkshochschule“¹⁰². Dieses Zitat macht wieder den Wunsch nach Zusammengehörigkeit und Verbundenheit deutlich, hebt aber auch hervor, welche – fast utopischen – Zielvorstellungen mit der Volkshochschule, aber auch mit der Erwachsenenbildung an sich verbunden wurden. Die Volkshochschulen (VHS) und Heimvolkshochschulen (HVHS) teilten sich den „Bildungsmarkt“, auch weiterhin mit der Kirche, Gewerkschaften und politischen Parteien.¹⁰³ „Überall war nun die Rede von einer Zeitwende, von Erneuerung aller Verhältnisse, von einem neuen humanen Sozialismus. Es war bald zu sehen, daß durch die Änderung der Institutionen und der Machtverteilung auch jetzt eine innere Wandlung von oben her nicht zu erwarten war. Die Hoffnung richtete sich nun auf genossenschaftliches Wirken, auf Selbstverwaltung von unten, auf Zellenbildung, Gemeinschaften; sie sollten durch Erziehungsbewegungen und Bildungsarbeit inspiriert werden.“¹⁰⁴

Das Programm war nicht durchweg politisch, vielmehr großes kulturelles Angebot von Bildungsangeboten, von Bibliotheken hin zu Volksbühnen, Film, Radio uvm.¹⁰⁵ Das durch die Pluralität der Anbieter und Angebote eine einheitliche Repräsentation von Interessenwahrnehmungen verhindert wurde, wie Hufer kritisiert, mag stimmen, ob das ein wirkliches Problem zu dieser Zeit der „Uneinigkeit“ war, ist m. E. zu bezweifeln,¹⁰⁶ schließlich zeigte sich spätestens 1923, im Zusammenspiel mit Wirtschaftskrise und Inflation, dass es nicht möglich war, alle Schichten des Volkes unter dem Bildungsaspekt zu vereinen, denn die sozialen und ökonomischen Unterschiede waren zu groß.¹⁰⁷

Für bloße politische Bildung gab es – zumindest in den 1920 Jahren – nur wenige An-

102 Rosenstock, in: Oppermann, Detlef, Röhrig, Paul, 75 Jahre Volkshochschule. Vom schwierigen Weg zur Humanität, Demokratie und sozialen Verantwortung. (Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung). Bad Heilbronn 1995, S. 15.

103 Vgl. Hufer, Politische Erwachsenenbildung, S. 28.

104 Flitner, in: Oppermann, Röhrig, 75 Jahre Volkshochschule, S. 15.

105 Vgl. Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 28.

106 Vgl. Hufer, Politische Erwachsenenbildung, S. 28.

107 Vgl. Olbrich, Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, S. 139, S. 214.

bieter, wie die Hochschule für Politik und das politische Kolleg in Berlin und einige staatliche Wirtschaftsschulen. Die arbeiterbildenden Heimvolkshochschulen können dieser Gruppe ebenfalls zugerechnet werden.¹⁰⁸ 1927 gründete sich der Reichsverband der Volkshochschulen. VHS und HVHS hatte sich dabei eine „Freie Volksbildung“ auf die Fahnen geschrieben und verfolgten politisch neutrale Unterrichtsstrukturen, welche zwar anregte über politische Themen zu diskutieren, jedoch im multiperspektiven und kontroversen Rahmen. Es war eine professionelle Distanz zu politischen, konfessionellen u. a. Strömungen/Bewegungen zu wahren, ohne dabei unpolitisch zu sein.¹⁰⁹ Andere Einrichtungen – etwa drei Viertel – vertraten durchaus eine klare weltanschauliche Richtung, dazu gehörte z. B. Anbieter der katholischen Kirche oder auch Arbeiterbewegungen, bei denen es entweder um den individuellen Aufstieg oder den Klassenkampf ging. Ciupke formulierte folgende, durch aus disparate Generalmotive der einzelnen Anbieter: „der Kirche dienen, der Klasse dienen, dem Volk dienen, der Rasse dienen, oder dem Einzelnen und der Demokratie verpflichtet sein.“¹¹⁰

3.2 Erwachsenenbildung in der NS-Diktatur und Reeducation

Die Zeit der NS-Diktatur kann als eine eigenständige Phase der Erwachsenenbildung gesehen werden, da in dieser Zeit versucht wurde, die Erwachsenenbildung der Ideologie des Regimes, dem Staat und der Partei institutionell und organisatorisch vollständig unterzuordnen und eine einheitliche Denkweise zu indoktrinieren.¹¹¹ Viele Einrichtungen wurden geschlossen, da sie, wie beispielsweise die Heimvolkshochschulen, eine Gegenposition zu dem sich aggressiv profilierenden Nationalsozialismus einnahmen. Auch Abendvolkshochschulen wurden aufgelöst oder lösten sich selbst auf.¹¹² Die Volkshochschule München wurde beispielsweise von den Nationalsozialisten in die „nationale Bildungsstätte des deutschen Volkes“ umgewandelt. Wie ihr ging es allen übriggebliebenen Volkshochschulen, welche jetzt als Volksbildungsstätten bezeichnet wurden.¹¹³ Die neue Aufgabe der Volkshochschulen war es nicht länger „[...]

108 Vgl. Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 28.

109 Vgl. ebd., ff.

110 Ebd., S. 29.

111 Vgl. Olbricht, Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, S. 24.

112 Vgl. ebd., S. 149.

113 Vgl. Hufer, Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin, S. 29.

das Wissen um des Wissens willen [einer] möglichst breiten Volksschicht[en] in aufklärerischer Weise nahe[zu]bringen [...]“¹¹⁴ sondern um die [...] Willensbildung des deutschen Volkes zu fördern. Dies geschieht dadurch, dass der Wille zur Wehrhaftigkeit, zur völkischen Selbstbehauptung, zum Bekenntnis von Blut und Boden und zur Einordnung in die Volksgemeinschaft gestärkt wird.“¹¹⁵ Diese Zeit war frei von dem Gedanken der Aufklärung und unparteiischer politischen Bildung und doch besaß auch diese Phase Relevanz für die Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung. Ihr verdankt sie ihre Verankerung in meist zivilgesellschaftlicher Trägerschaft und das Wissen über ihre Notwendigkeit, wie auch die Gefahren, welche sie bedrohen.¹¹⁶ Die NS-Zeit kann als „Ruhephase“ in der Entwicklung der Erwachsenenbildung und der realistischen Wende gesehen werden, Fritz Blättner schrieb dazu 1959: „Das Jahr 1933 beendete das Bemühen, 1945 wurde die Arbeit neu begonnen.“¹¹⁷

Nach Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes übernahmen USA, UDSSR, Frankreich und England die Regierungsgewalt in Deutschland am 08.05.1945. Ein Ziel der Alliierten war es, die deutsche Bevölkerung durch Demokratisierung zu entnazifizieren. Die Demokratisierung sollte durch die "vier E's" durchgeführt werden: Entwaffnung, Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Entkartellisierung.¹¹⁸ Reeducation / Educational-Reconstruction¹¹⁹ sollte die institutionelle-organisatorische Demokratisierung und Entnazifizierung vorantreiben.¹²⁰ Reeducation meint dabei die politische Umerziehung, während Educational-Reconstruction die Unterstützung eines neuen, demokratischen Bildungssystems bedeutet.¹²¹ Mittel dazu war es „tätige Helfer für die demokratische Erziehung Deutschlands heranzubilden, indem der erwachsenen Bevölkerung die neuesten sozialen, politischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse allgemein zugänglich gemacht werden“¹²². Der einzelne Lerner sollte dabei in den

114 Wolgast, in: Hufer, Politische Erwachsenenbildung, S. 29.

115 Ebd.

116 Vgl. Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 29.

117 Blättner, in: Olbricht, Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, S. 217.

118 Vgl. Rahner, Mechtild, "Tout est neuf ici, tout est à recommencer... ". Die Rezeption des französischen Existentialismus im kulturellen Feld Westdeutschlands (1945- 1949), 1993, S. 69 ff.

119 Vgl. Gierke, Willi, Loeber-Pautsch, Uta, Die pluralen Strukturen der Erwachsenenbildung. Zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Niedersachsen ; 1947 – 1960, Oldenburg 2000, S. 78.

120 Vgl. Rahner, "Tout est neuf ici, tout est à recommencer... ", S. 70.

121 Vgl. Siebert, Horst, in: Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung, S. 60.

122 Wilson, in: Hufer, Lange, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S.33.

Mittelpunkt gestellt werden, um sich aus der Masse befreien zu können.¹²³ Diese Absicht sollte durch eine flächendeckende Gründung von Erwachsenenbildungseinrichtungen, wie die der Volkshochschule / Heimvolkshochschule durchgesetzt werden. Dass ein besonderes Augenmerk auf die Volkshochschulen gelegt wurde, lag wohl daran, dass sie bereits vor dem zweiten Weltkrieg weit verbreitet gewesen waren, und wie bereits erwähnt, während der Naziregierung die meisten von ihnen geschlossen wurden oder aufgegeben haben, was sie m. E. als unkritisch im Bezug auf die geplante Demokratisierung erscheinen lassen musste.¹²⁴ Diese Entwicklung war allerdings durch den Wiederaufbau behindert, nicht nur Städte und die Industrie mussten wieder aufgebaut werden, sondern auch die parteiliche und gewerkschaftliche Landschaft.¹²⁵ Außerdem hatten die Volkshochschulen ganz banale Probleme wie die Lehrmittelbeschaffung, Papierknappheit und die Aktivierung von geeignetem Lehrpersonal.¹²⁶ Auch die Autonomie gegenüber dem Staat und die Konkurrenz mit den gewerkschaftlichen Verbänden stellte eine Herausforderung dar. Letztere wurde durch die Gründung der Sonderabteilungen „Arbeit und Leben“ der VHS und dem Deutschen Gewerkschaftsbund bewältigt, welche für die berufliche, politische und allgemeinen „Arbeitnehmerbildung“ verantwortlich waren.¹²⁷ In den sowjetisch besetzten Zonen wurde die Erwachsenenbildung weiterhin systemtreu weitergeführt, auch wenn diese nicht mehr unter nationalsozialistischen Vorzeichen, sondern unter dem Gesichtspunkten des Sowjetregimes stattfand. Die Aufgabe des dortigen Bildungswesens war es, „[...] auf Grundlage des Marxismus-Leninismus in allen Unterrichtsfächern die fortschrittlichen Ergebnisse der Wissenschaft, insbesondere der Sowjetwissenschaft, zu vermitteln.“¹²⁸ In der SBZ waren auch die Volkshochschulen Teil des staatlichen Bildungssystems und sollten „[...] die sozialistische Umerziehung forcieren, 2. einen zweiten Bildungsweg für junge Arbeiter und Bauern anbieten und 3. eine betriebsnahe berufliche Ausbildung organisieren.“¹²⁹

123 Vgl. Borinski, in: Hufer, Lange, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S.34.

124 Vgl. Siebert, in: Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung, S. 60.

125 Vgl. Gierke, Die plurale Strukturen der Erwachsenenbildung, S. 78 ff.

126 Vgl. Siebert, in: Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung, S. 60.

127 Vgl. ebd., S. 61.

128 Magedant, Udo, in: Sander, Steinbach, Politische Bildung in Deutschland, S. 47.

129 Siebert, in: Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung, S. 62.

3.3 Die 1950-70 Jahre: Modernisierung und Ausbau der Erwachsenenbildung

Wie schon zu Beginn der Erwachsenenbildung, beeinflussten die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen auch nach der Reedukation maßgeblich die Entwicklung der Erwachsenenbildung, aber auch – in Wechselwirkung – die Gesellschaft. Es gab viele Wendepunkte, was Aufgaben und Funktionen, aber auch rechtliche Absicherung der Erwachsenenbildung anging, welche neu diskutiert und formiert werden musste. Einen einfachen Zeitstrahl für diese Zeit darzustellen ist leider nicht oder nur sehr grob möglich, da die Übergänge meist fließend, oder sogar parallel abliefen.

Mitte der 60er Jahre, im Kontext der allgemeinen bildungsreformerischen Erneuerungsbestrebungen, kam es innerhalb der Erwachsenenbildung erneut zu einem Institutionalisierungsschub. Die Erwachsenenbildung sollte zur vierten Säule des öffentlichen Bildungswesen werden, welche durch ihren Aufbau flexible Angebote für nachschulische Lernbedürfnisse und Bedarfe bereitstellen konnte.¹³⁰ Im Rahmen dieser Entwicklung war das Gutachten „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“ von besonderer Bedeutung, da es die seit 20 Jahren geführten Diskussionen über die Aufgaben und Ziele, sowie Standorte klärte. „Das Gutachten gipfelt in sehr konkreten Forderungen an Bund, Länder und Gemeinden über die verstärkte Förderung für Volkshochschulen und Volksbüchereien.“¹³¹ Hellmut Becker schrieb 1960 einen sehr enthusiastischen Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ zum Erscheinen des Gutachtens, „[d]ie Menschen der säkularisierten Welt, die nicht mehr von ständischen Gliederungen und ständischer Sitte gehalten sind, bedürfen der fortlaufenden Orientierung, um sich in der modernen Welt behaupten zu können und um nicht beliebig manipulierbare Masse zu werden. [...]. Die Notwendigkeit des Ausbaues der Erwachsenenbildung ist ein Weltproblem, es ergibt sich aus der Situation der Gesellschaft und der geistigen Situation einer Zeit, in der letzten Endes jeder mit den großen Problemen von der Atombombe bis zur künstlichen Herstellung von Leben fertig werden muß“.¹³² Diese Aussage spiegelt m. E. sehr deutlich wieder, welche Stellung die Erwachsenenbildung zu der Zeit hatte, aber auch die Erwartungen die an sie gerichtet war – sie sollte nichts geringeres bewälti-

¹³⁰ Vgl. Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung, S. 27.

¹³¹ Becker, Helmut, Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik. Das Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Die Zeit 1960, S. 1, in: <http://www.zeit.de/1960/15/erwachsenenbildung-in-der-bundesrepublik>, 09.09.2017.

¹³² Ebd.

gen als „Weltprobleme“. Der Ausschuss schrieb dem Gutachten die Aufgabe zu, der Erwachsenenbildung zu mehr Würdigung und Unterstützung zu verhelfen. Die Eingliederung in das öffentliche Bildungswesen setzte eine feste Institutionalisierung voraus, ausreichend staatliche und kommunale Zuwendungen, sowie geeignete Räumlichkeiten und qualifizierte Mitarbeiter.¹³³ Die Volkshochschule rückte dabei ins institutionelle Zentrum dieses Teilsystems – wie aus der Aussage Beckers bereits hervorgegangen ist – des öffentlichen Bildungswesens. Hintergrund dabei war es „gesellschaftliche Ansprüche wie ‚Recht auf Bildung‘, Aufhebung struktureller Benachteiligungen‘ oder, Ausschöpfung von Begabungsreserven‘ auch im Erwachsenenalter umzusetzen.“¹³⁴ Die Aufmerksamkeit und Anerkennung, welche der Erwachsenenbildung in dieser Zeit zukam, führte auch dazu, dass ein nachhaltiger quantitativer Ausbau dieser Institutionen stattfand, was vor allem den Volkshochschulen erhebliche Förderungen zuteil werden ließ.¹³⁵ Allgemein waren die 1970 Jahre gekennzeichnet von einem kontinuierlichen Ausbau des Weiterbildungssektors, zur Befähigung der Menschen, mit den Entwicklungen Schritt zu halten, was durch die verschiedenen Erwachsenen-/Weiterbildungsgesetze der Länder unterstützt wurde. 1970 wurde der Strukturplan des deutschen Bildungsrates veröffentlicht, welcher ebenfalls die Relevanz der Bildung Erwachsener hervorzuheben versuchte. Ihre Entwicklungs- bzw. Reformperspektiven sollten zum Ausdruck bringen, dass Weiterbildung eine notwendige und lebenslange Ergänzung aller Erstausbildungen ist. Der Weiterbildung – Erwachsenenbildung wurde der Weiterbildung untergeordnet – wurde dabei die Aufgabe zugeschrieben, die wirtschaftliche Entwicklung positiv zu beeinflussen¹³⁶ und somit unmittelbar an die Arbeitsmarkterfordernisse zweckgebunden.¹³⁷ Durch den Anspruch einer gemeinsamen Erwachsenenbildung (Politik/Wirtschaft) kamen auch Weiterbildungsanbieter auf den Markt, welche an Betriebe, bzw. Unternehmen und ihre Verbände, gebunden waren, aber auch andere Anbieter eroberten den Markt.¹³⁸ Neben öffentlichen und betrieblichen Anbietern, gab es noch private und vereinsrechtlich organisierte Subsidiaritäten und bewegungsgebundene Bildungsarbeit.¹³⁹

133 Vgl. Kasper, Heinz Peter, Zur Verrechtlichung in der Weiterbildung. Untersuchungen über historische und aktuelle Problemlagen der Kodifizierung, Duisburg 2006, S. 32.

134 Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung, S. 27.

135 Vgl. Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung, S. 27.

136 Vgl. Kasper, Heinz Peter, Zur Verrechtlichung in der Weiterbildung, S. 34.

137 Vgl. ebd.

138 Vgl. Hufer, Politische Erwachsenenbildung, S. 129.

139 Vgl. ebd.

Diese neuen sozialen Bewegungen wandten sich gegen die Bevorzugung der öffentlichen Bildungsanbieter und den weiteren Ausbau dieses Bereichs, sowie die Propaganda einer „[...] lebenslänglichen Belehrung [...]“¹⁴⁰. Insbesondere Friedens-, Frauen- und Umweltbewegungen und das ihnen innewohnende subjektive Politikverständnis – „das Persönliche ist politisch“ – prägten diese Bildungsanbieter, welche in Form von sozio-kulturellen Zentren, Bildungswerken, -werkstätten und -läden auftraten.¹⁴¹ Besondere Erwähnung gebührt in diesem Zusammenhang der gelungenen Protestaktion 1975 „Nai hämm'r gsait“ gegen ein geplantes AKW in Wyhl, auf dessen Bauplatz nach den Protesten die Volkshochschule Wyhler Wald entstanden ist.¹⁴² Das Konzept einer lebensweltlich-gebundenen Bildungsarbeit wurde zur Konkurrenz zur institutionalisierten Erwachsenenbildung und bediente die Bedürfnisse einer breiten Basis, was sie – durch neue Forschungskonzepte gestützt – zu einer konkurrenzfähigen Bildungsalternative und einer neuen Bildungsinfrastruktur führte.¹⁴³

3.3.1 Realistische Wende

Die Realistische Wende nahm ihren Anfang 1931-33 und war Ergebnis der Widerstände zwischen Anhängern der Alten und Neuen Richtung.¹⁴⁴ Die erste „Realistische Wende“ bezieht sich darauf, dass die Erwachsenenbildung in der Realität ihrer Zeit ankommen muss, bzw. Anknüpfungspunkte an die Berufsbildung zu schaffen hat und somit einen stärkeren Akzent auf Weiterbildung zu legen; es kann von einer Trennung von Fach- und Allgemeinwissen gesprochen werden.¹⁴⁵ Die Neue Richtung wendet sich von einem abstrakten, ideologischen Bildungsbegriff ab und fokussiert eine berufspraktische Sachbezogenheit. 1931 setzten sich Vertreter der Volksbildung (Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung und der Reichsverband der Volkshochschulen)¹⁴⁶ in Prerow an der Ostsee zusammen, um sich über die Grundsätze, Ziele und Form der

140 Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung, S. 28.

141 Vgl. Sander, Steinbach, Politische Bildung in Deutschland, S. 128.

142 Vgl. Mayer, Axel, Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e. V. Regionalverband Südlicher Oberrhein, in: <http://www.bund-rvso.de/akw-bauplatzbesetzung-wyhl.html>, 18.12.2017.

143 Vgl. Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung, S. 28 ff.

144 Vgl. Nuissl, Ekkehard, in: Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung/ Weiterbildung, S. 329.

145 Vgl. Oppermann, Röhrig, 75 Jahre Volkshochschule, S. 38.

146 Vgl. Heuer, Klaus, Realistische Wende in der Erwachsenenbildung - Prerower Formel (1931), in: <https://www.die-bonn.de/zeitzeichen/prerowerformel.aspx>, 26.09.2017.

Abendvolkshochschule zu beraten. Dieses Treffen kann als Anfang der ersten realistischen Wende gesehen werden. In der dort entstandenen Prerower Formel wurde u. a. festgelegt, „[D]as Bildungsziel ergibt sich aus der Notwendigkeit der verantwortlichen Mitarbeit aller am staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Gegenwart. Die erzieherische Wirkung der Abendvolkshochschule liegt in der Klärung und Vertiefung der Erfahrungen, der Vermittlung gesicherter Tatsachen, der Anleitung zu selbständigem Denken und der Übung gestaltender Kräfte“¹⁴⁷. Die Abendvolkshochschule wurde dabei definiert „[...] als eine an den Lebenserfahrungen der Besucher anknüpfende „unterrichtsmäßige Form der Erwachsenenbildung“, die vor allem auf Absolventen der Volks- und Berufsschule ziele. Damit war man aus den säkularisierten Heilsvermutungen, die viele den Volkshochschulen aufbürdeten, in die Realität zurückgekehrt.“¹⁴⁸

Unterbrochen durch die NS-Diktatur wurde die realistische Wende in den 1950er Jahren weitergeführt. Die Angst vor technologischen und wirtschaftlichem Rückstand stellte Modernisierung und Qualifizierung und damit Anpassungsqualifizierung in den Vordergrund. Es wurden enorme Finanzmittel für die Erwachsenenbildung freigesetzt, aber auch ökonomische Effizienz von der Erwachsenenbildung erwartet.¹⁴⁹ Auch ging es um abschlussbezogene Bildungsangebote, welche längerfristig und systematisch geplant wurden und moderne erziehungswissenschaftliche Tendenzen beinhaltete, beispielsweise die lerntheoretische Didaktik, Unterrichtstechnologie und Curriculumforschung.¹⁵⁰ Auch die Lehrgangsdauer veränderte sich auffällig,¹⁵¹ sowie die Einbeziehung der neuerlichen Technologien in den Unterricht, um den Umgang mit ihnen und ihren Nutzen in der Praxis zu vermitteln.¹⁵²

Diese Entwicklungsphase der Erwachsenenbildung war auch die Geburtsstunde des Bildungsbegriffes des lebenslangen Lernens. „Gebildet im Sinne der Erwachsenenbildung wird jeder, der in der ständigen Bemühung lebt, sich selbst, die Gesellschaft und die

147 Henning, in: Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 31.

148 Langewiesche, Dieter, Erwachsenenbildung; in: Langewiesche, Dieter/Tenorth, Heinz-Elmar: Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte Band V 1918-1945, München 1989, S. 344.

149 Vgl. Hufer, Politische Erwachsenenbildung – zur Geschichte ihrer Ideen und Konjunkturen nach 1945, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S.35.

150 Vgl. Siebert, in: Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung, S. 67.

151 Vgl. ebd., S. 68.

152 Vgl. Lerch, Sebastian, Lebenskunst lernen?: Lebenslanges Lernen aus subjektwissenschaftlicher Sicht, Bielefeld 2010, S. 82.

Welt zu verstehen und diesem Verständnis gemäß zu handeln.“¹⁵³ Ein Schlagwort der realistischen Wende war „Emanzipation“ und meinte damit, dass Bildung kritisch sein musste. Der Arbeiterbildung wurde besondere Beachtung geschenkt, wie z. B. durch die Einführung eines bezahlten Bildungsurlaubs.

Fritz Borinski kritisierte: „Die Erwachsenenbildung erfüllt für ihn ihren Zweck, wenn sie die größtmögliche Chance für ein allgemeines Weiterlernen gibt und erfolgreich dazu beiträgt, daß die Bundesrepublik in der Konkurrenz der modernen Industriestaaten nicht zurückbleibt.“¹⁵⁴ Diese Entwicklung endete Ende der 1960er Jahre und machte den Weg frei für eine „[...] emanzipatorisch orientierte[n] und auf Demokratisierung der Gesellschaft hinzielende[n] Position der Erwachsenenbildung“¹⁵⁵. Diese kritisierte nicht nur die Volkshochschulen, welche durch Ökonomisierung der Bildung deutlich an Zuwachs gewonnen hatten und sich dem Vorwurf der Bevorzugung der Mittelschicht ausgesetzt sahen, sondern auch die Gewerkschaften, deren Weiterbildung immer noch als Funktionärsschulung mit gewerkschafts- und sozialpolitischen Themenschwerpunkt geführt wurden.¹⁵⁶ Angetrieben wurde diese durch Studentenbewegungen und Sozialwissenschaftler, u. a. in pädagogischen Leitungsfunktionen.¹⁵⁷

3.3.2 Didaktische Wende

Die Didaktische Wende Anfang der 1950er Jahre kann als „[...] Geburtsstunde der Politikdidaktik als Wissenschaftsdisziplin [...]“¹⁵⁸ gesehen werden. Kommunikations- und Informationstechniken veränderten immer stärker das private und berufliche Leben. Die didaktische Wende, oder auch instrumentelle Wende¹⁵⁹, sollte durch die Weiterbildung die Menschen, mit gemeinschaftlicher Hilfe aus Wirtschaft und Politik, an diese veränderten Bedingungen anpassen¹⁶⁰ und dadurch technologische Innovationen weiter

153 Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, in: Sander, Steinbach, Politische Bildung in Deutschland, S. 125 ff.

154 Borinski, in: Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung, S. 195.

155 Cube, in: Ciupke, Blicke auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung, in: Hufer, Lange, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 32.

156 Vgl. Hufer, in: Sander, Steinbach, Politische Bildung in Deutschland, S. 125 ff.

157 Vgl. Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 34.

158 Henkenborg, Peter, in: Sander, Wolfgang, Steinbach, Peter, Politische Bildung in Deutschland, S. 64.

159 Instrumentarium: Umschulungskonzepte, Aktionsprogramme und Modellversuche um die Bundesrepublik weiterhin Marktfähig zu halten. Vgl. Hufer, Klaus-Peter, politische Erwachsenenbildung, S. 33.

160 Vgl. ebd., S. 33.

vorantreiben.¹⁶¹ Politische Didaktik bezieht sich dabei auf die wissenschaftliche Belegbarkeit von politischen Bildungsinhalten und die Auswahl und Strukturierung dieser Inhalte, sowie in welcher Lehr- und Lernform sie stattfinden soll.¹⁶² Durch die Einbeziehung der Sozialwissenschaften bekam die politische Bildung einen Realitätsbezug, welcher ermöglichte, „[...] das Elementare der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erfragen.“¹⁶³ Das heißt – auch für die aktuelle politische Bildung – Fragen an die „Realität“ zu stellen, um diese abzubilden und damit zu klären, welche Einflüsse auf die individuelle Existenz des Menschen einwirken. Wie in der Einleitung schon angesprochen, geht es auch um Fragen, wie z. B. die, nach der Entortung der Gesellschaft und was diese für den Menschen und seine Existenz bedeuten. Bei Wolfgang Hilligen geht es in diesem Zusammenhang um die Bedeutung von Schlüsselproblemen und ihre Bedeutung für das Jetzt und die Zukunft, Walter Gagel bezeichnete dies als „Diagnose von Krisensymptomen“¹⁶⁴. Durch die Entdeckung von Schlüsselproblemen und ihrer Analyse, ist es dem Individuum möglich Lösungen zu finden.¹⁶⁵ Diese Entwicklung bestätigt noch einmal bereits getroffene Aussagen dazu, dass die Politik sowie die politische Bildung in ihrer Definition an die jeweilige Zeit, ihre gesellschaftlichen Strukturen und Herrschaftsverhältnisse (kritische Theorie) gebunden ist und somit einer steten, wissenschaftlichen Zuwendung bedarf.¹⁶⁶

3.3.3 Reflexive Wende

Die reflexive Wende entstand aus der Herausforderung, welche sich in der realistischen Wende herausgebildet hatten. Erwachsenenbildung hatte nicht länger nur humanistisch/aufklärerische Funktionen, sondern auch ökonomische, bzw., sozial- und arbeitsmarkbezogene Interessen, welche sie bedienen musste. Dieses führte dazu, dass Erwachsenenbildung – oder besser Weiterbildung, denn das war der neue Terminus – Barrieren errichtet hatte, welche sie zur einer Exklusive für die Mittelschicht machte.¹⁶⁷

Ausgeschlossen waren vor allem un- und angelernte Kräfte, sowie Erwachsene ohne hö-

161 Vgl. Hufer, in: Sander, Steinbach, Politische Bildung in Deutschland, S. 129.

162 Vgl. ebd., S. 64.

163 Fischer, Kurt Gerhard, in: Henkenborg, Peter, in: Sander, Steinbach, Politische Bildung in Deutschland, S. 66.

164 Gagel, Walter, in: Henkenborg, Peter, in: Sander, Steinbach, Politische Bildung in Deutschland, S. 70.

165 Vgl. Henkenborg, Peter, in: Sander, Steinbach, Politische Bildung in Deutschland, S. 71.

166 Vgl. ebd., S. 71 ff.

167 Vgl. Siebert, Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung, S. 68.

heren Bildungsabschluss. Eine Konsequenz daraus war, dass Bildungsplanung nur dann erfolgreich möglich war, wenn Teilnehmerinteressen, -motivation und -barrieren vorab erfragt und mit in die Planung einbezogen wurden.¹⁶⁸ Eine der umfangreichsten Studien dazu war die „Göttinger Studie“ von Strzelewicz, „Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein“ (1966). Ziel der Studie war es, Zusammenhänge von Schichtzugehörigkeit, Bildungsverständnis und Weiterbildungsbeteiligung herzustellen, zwei Ergebnisse daraus lauteten:¹⁶⁹

- „1. Die Weiterbildungsbeteiligung erwies sich als primär abhängig vom Schulbildungsniveau, so dass sich tendenziell durch Erwachsenenbildung die soziale Bildungsschere weiter öffnete.
2. Von den Einrichtungen der Erwachsenenbildung wurden weniger humanistische Bildungsangebote als praktisch verwertbare und karriererelevante Qualifizierungsangebote erwartet.“¹⁷⁰

Als Konsequenz aus den Ergebnissen sollte das Konzept von zweckfreier Bildung hin zur zertifizierten Kursangeboten ausgebaut werden, was auch das Konzept der Volkshochschulen zwangsweise perturbierte.¹⁷¹ Der Adressat rückt in den Mittelpunkt des Interesses. Der Adressat konnte durch die Milieuforschung besser "in seinem Milieu¹⁷² [...] entdeckt werden [...].“¹⁷³ Leitbegriffe in dieser Entwicklungsphase sind dementsprechend „Subjektivität, Alltag, Alltagswissen, Lebenswelt, Lebensweltorientierung, Deutungsmuster, Selbstkonzept.“¹⁷⁴ Planungskonzepte und Reformimpulse der reflexive Wende waren u. a.: der Strukturplan für das Bildungswesen 1970, der Bildungsgesamtplan 1973 und der Strukturplan Weiterbildung des deutschen Bildungsrates 1975.¹⁷⁵ In diesem Zusammenhang muss explizit auf die Rolle des Erwachsenen als Lerner hingewiesen werden. Wurde lange Zeit angenommen, dass die

168 Vgl. Nuissl, Ekkehard, 50 Jahre für die Erwachsenenbildung. Das DIE – Werden und Wirken eines wissenschaftlichen Service-Instituts, Bielefeld 2008, S. 28 ff.

169 Vgl. ebd., S.29.

170 Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung, S. 68.

171 Vgl. Nuissl, 50 Jahre für die Erwachsenenbildung, S. 30.

172 Der Milieubegriff ersetzt das Klassen- oder Schichtmodell, da festgestellt wurde, dass die westliche Industriegesellschaft nicht in zwei, drei hierarchische Gruppen gegliedert werden kann und der Milieu-Begriff die Pluralität der Gesellschaft besser zur Gliederung geeignet ist. Vgl. Hufer, Klaus-Peter, Politische Erwachsenenbildung, S. 35.

173 Schach, Andreas, Maß und Mitte. Weiterbildung - soziokulturelle und erkenntnistheoretische Reflexionen, Münster 2013, S. 186.

174 Sander, Steinbach, Politische Bildung in Deutschland, S. 129.

175 Vgl. Otto, Volker, Volkshochschule, in: Horn, Klaus-Peter, Kemnitz, Heidemarie u. A., Klinkhardt-Lexikon Erziehungswissenschaft. (KLE), Bad Heilbrunn 2012, S. 381.

Lernfähigkeit Erwachsener im Alter abnimmt, so fanden Forscher wie Edmund Harke und Hans Löwe in ihren psychologischen Untersuchungen 1966/70 heraus, dass die Lernfähigkeit Erwachsener im Alter vor allem durch soziokulturelle¹⁷⁶ Bedingungsfaktoren geprägt wird.¹⁷⁷ Lernklima und eine permanente Lernaktivität begünstigen dabei die Lernfähigkeit. Diese Aussage bekräftigt die Theorie des lebenslangen Lernens, führt aber auch dazu, dass das Lernen auch im Alter noch verlangt werden kann und zur gesellschaftlichen Anforderung wird.¹⁷⁸ Für den „Strukturplan für das Bildungswesen“ des Deutschen Bildungsrates waren diese Erkenntnisse Treibstoff, unterstützten sie doch die Bemühungen, die Weiterbildung nahtlos an die Jugendbildung anzuknüpfen.¹⁷⁹

3.4 Verrechtlichung

Die 1970er Jahre bedeuteten für die Erwachsenenbildung, genau wie das Jahrzehnt zuvor, einen enormen Aufschwung, aber auch die gesetzliche Verankerung. 1970 wurden drei Gesetze verabschiedet; in Hessen, in Niedersachsen und im Saarland. Die beiden letzteren hatten sich für eine pluralistische Lösung entschieden, das heißt, dass öffentliche und freie Träger gleich gefördert wurden, solange sie vergleichbare Leistungen anboten, in Hessen gab es diese Förderung für freie Träger nicht. Den drei Ländern folgten – ausgenommen Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin – Bremen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit einem Erwachsenenbildungsgesetz, was eine flächendeckende Professionalisierung und Institutionalisierung der Erwachsenenbildung zur Folge hatte.¹⁸⁰ Die somit geförderten Einrichtungen profitierten von der neugewonnenen Planungs- und Finanzierungssicherheit und einer Aufwertung der Erwachsenenbildung. Nebenwirkungen gab es allerdings durch die formulierten Förderungsbedingungen. Wenn auch die Autonomie der Anbieter nicht in Frage

176 Soziokulturelle Faktoren meinen Einflüsse, welche während unserer Erziehung und unserer gesamten Lebensspanne auf uns einwirken. Diese Faktoren kommen aus unserem Kulturkreis (Recht, Religion, Staatsform), aus der weiteren Umwelt bei gleichem Kulturkreis (Volks- und Gruppenzugehörigkeit, Sozialschicht, Gruppenzugehörigkeit, wie deren Traditionen und Werte) und der engeren Umwelt (Familie, Schule, Freunde). Vgl. Prändl, Ingeborg, in: <http://entwicklung.pscho-wissen.net/was-beinflusst-die-entwicklung/soziokulturelle-faktoren/index.html>, 15.09.2017.

177 Vgl. Schröder, Andreas, Change Management pädagogischer Institutionen. Wandlungsprozesse in Einrichtungen der Evangelischen Erwachsenenbildung, Opladen, 2004, S. 132.

178 Vgl. ebd., S. 132.

179 Vgl. ebd.

180 Vgl. Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung, S. 70 ff.

gestellt wurde, so mussten die Programmangebote – sollten sie förderungsfähig sein – zu den vorgegebenen Modalitäten passen, was zu einer „Verstetigung“ der Programmangebote führte. Grund dafür war, dass Angebote, welche nicht den Vorgaben entsprachen, gelegentlich vernachlässigt wurden, das traf vor allem neue, innovative Angebote und Angebote, welche integrativ oder kooperativ geplant wurden zu.¹⁸¹ Im 1970 erschienenen Bildungsbericht wurde der Weiterbildung eine zentrale Rolle eingeräumt. Der zur selben Zeit erschienene Strukturplan des deutschen Bildungsrates machte die Weiterbildung zum vierten (Quartären) Bereich des Bildungswesens, wobei Weiterbildung als Qualifizierungslernen verstanden wurde und der Effizienz und Verwertbarkeit dienen sollte, um mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten zu können.¹⁸² Die gesetzliche Entwicklung der Erwachsenenbildung bedingte auch eine zunehmende Bürokratisierung. 1973 wurden die erforderlichen Personalstrukturen und die zu erwarteten Kosten prognostiziert, was sich allerdings als überflüssig erwies, da die Institutionalisierung auf Grund der wirtschaftlichen Rezession scheiterte.¹⁸³

3.4.1 Gesetzliche Entwicklung auf Landesebene

In der BRD ist die Kultur- und Bildungspolitik Sache der einzelnen Bundesländer, was sich aus Art. 30 GG ergibt. Der Art. 30 sieht vor, dass - insofern es nicht gesondert geregelt ist, Regelungsbedarf in die Hoheit der Länder fällt. In den Landesgesetzen finden sich Aussagen zu den Zielen und den Aufgaben von Weiterbildung, Förderungsberechtigung (Kriterien für die Anerkennung, Trägerorganisationen, Regelungen der Koordination und Kooperation mit anderen Einrichtungen), die Modalitäten der finanziellen Förderung, wie z. B. Verwendungszweck und Bemessungsgrundlagen und die notwendigen Qualifikationen der Mitarbeiter in der Weiterbildung.¹⁸⁴

Weiterbildungseinrichtungen, welche durch parteinahe Stiftungen wie z. B.: Konrad-Adenauer Stiftung (CDU), Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90 die Grünen), Friedrich-Neumann-Stiftung (FDP) und Rosa Luxemburg (Die Linke) ins Leben gerufen wurden, werden nicht von den Erwachsenen-/ und Wei-

181 Vgl. Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung, S. 70 ff.

182 Vgl. Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 36.

183 Vgl. Tippelt, von Hippel, Handbuch Erwachsenenbildung, S. 70 ff.

184 Vgl. Hufer, Politische Erwachsenenbildung, S. 47, S. 62.

terbildungsgesetzen berücksichtigt. Sie finanzieren sich durch öffentliche Mittel, sowie durch Projektmittel, z. B. von Bundesministerien, da ihre Aufgabe in der Vermittlung politischer Bildung liegt und damit ein öffentliches Interesse darstellt.¹⁸⁵

3.4.2 Beutelsbacher Konsens 1976

Die Diskussionen um und die Polarisierung von politischer Bildung zwischen den großen Parteien, aber auch innerhalb der Wissenschaft hatte der politischen Bildung erheblichen Schaden zugefügt, jedoch auch dafür gesorgt, dass ein gemeinsames Grundverständnis darüber entstanden ist, was die Aufgaben und Möglichkeiten von Politikdidaktik sind und welchen Grundprinzipien Bildungsarbeit folgen sollte. Die Einigung auf nachfolgende Prinzipien kam auf der Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in Beutelsbach zu Stande.¹⁸⁶ Wurden diese zwar nie verabschiedet, so stießen sie doch auf breite Zustimmung in der Politikdidaktik und sind bis heute wirksam.¹⁸⁷ Die Prinzipien bilden nach Einschätzung von Sander, der einer Begrifflichkeit von Thomas Kuhn folgt, das bis heute gültige Paradigma in der Politikdidaktik,¹⁸⁸ und geben den einzelnen konkurrierenden Konzepten politischer Bildung genug Raum.¹⁸⁹

Elemente dieses Minimalkonsens sind:

- Überwältigungsverbot (keine Indoktrination)
- Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politikunterricht
- Befähigung der Schüler, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren.

¹⁸⁵ Vgl. Hufer, Politische Erwachsenenbildung, S. 62.

¹⁸⁶ Vgl. Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 264

¹⁸⁷ Vgl. Sander, Wolfgang, in: Politische Bildung als Wissenschaft. Bilanz und Perspektiven, Schriftenreihe der GPJE Band 1, Schwalbach 2016, S. 11.

¹⁸⁸ Vgl. Sander, in: Politische Bildung als Wissenschaft, S. 11.

¹⁸⁹ Vgl. Sutor, Bernhard, Politische Bildung im Streit um die „interkulturelle Gründung“ der Bundesrepublik Deutschland. Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre, in: Bundeszentrale für Politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament vom 11.11.2002, S. 24.

3.4.3 Bundesurlaubsgesetz

Bildungsurlaub meint die Freistellung von der Arbeit zu Weiterbildungszwecken unter Fortzahlung der Bezüge. Gleichbedeutend werden die Begriffe Bildungsfreistellung und Arbeitnehmerweiterbildung verwendet.¹⁹⁰ In 14 Bundesländern – in Bayern und Sachsen gibt es kein vergleichbares Gesetz – gibt es diese Gesetze, welche in der Regel Arbeitnehmer/-innen für fünf Tage im Jahr freistellen.¹⁹¹ Die Entstehung dieser Gesetze war der Entwicklung geschuldet, dass Erwachsene in ihrem Qualifizierungsstreben nicht nur durch entsprechende Rechtssicherungen unterstützt werden konnten, sondern werden mussten durch „[...] einklag-, und erzwingbares Recht“¹⁹². Vorangetrieben wurde diese Politik durch die sozial-liberalen Reformabsichten der 1970er Jahre.¹⁹³ Durch die Etablierung des Bildungsurlaubsgesetzes sollte auch das Prinzip des lebenslangen Lernens verbreitet werden, denn der Bildungsurlaub ermöglicht dem Erwachsenen eine jährlich wiederkehrende Förderung von Weiterbildung.¹⁹⁴ „Der Bildungsurlaub soll sich von der bisherigen Weiterbildungspraxis nicht nur dadurch unterscheiden, daß er allen Arbeitnehmern Lernchancen einräumt; er soll darüber hinaus mit dem Prinzip des lebenslangen Lernens institutionell ernst machen, indem er Weiterbildungsmöglichkeiten nicht auf Ausnahmesituationen beschränkt, sondern fortlaufend Jahr für Jahr eröffnet“¹⁹⁵ Kritik zu diesem einklagbaren Anspruch auf Bildung kam aus dem Lager der Arbeitgeber. Sie kritisierten dabei nicht nur, dass die Last der Finanzierung alleine auf Arbeitgeberseite sei, sondern auch, dass neben der beruflichen Qualifizierung auch die Möglichkeit der allgemeinen Qualifizierung möglich sei.¹⁹⁶ Auch die Möglichkeit Angebote zur politischen Bildung wahrzunehmen verursachte heftige Diskussionen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, welche erst 1988, durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bildungsurlaubsgesetz in Hessen und Nordrhein-Westfalen, zum Erliegen kamen.¹⁹⁷

190 Vgl. Buschmeyer, Hermann, Bildungsurlaub, in: Klaus-Peter Horn, u. A., Lexikon Erziehungswissenschaften, S. 191 ff.

191 Vgl. Eul-Gombert, Bernhard, in: http://www.bildungsurlaub.de/infos_bildungsurlaub-ein-ueberblick_17.html, 14.09.2017.

192 Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung S. 74.

193 Vgl. ebd.

194 Vgl. ebd., S. 75.

195 Boulboullé, in: Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung S. 75 ff.

196 Vgl. Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung S. 76.

197 Vgl. Hufer, Politische Erwachsenenbildung, S. 65.

3.5 Von 1980 bis heute

Die 1980er Jahre waren eine schwere Zeit für die Erwachsenenbildung. Auf Grund von Lehrerarbeitslosigkeit, Stellenabbau an Hochschulen, sowie das schwindende öffentliche Interesse an politischer Bildung. Der vormals überschwängliche Zustrom von Fördermitteln verebbte allmählich, was u. a. dazu führte, dass vor allem der Bereich der politischen Bildung abgebaut wurde. Gerrit Mambour spricht sogar von einer „existentiellen Krise“¹⁹⁸ der politischen Bildung, was seiner Ansicht nach durch die vorab geführten Diskussionen und Machtkämpfe zwischen den Christ- und Sozialdemokraten um bildungspolitische Inhalte bedingt wurde. Auch Walter Gagel fragte 1986 in einer Veröffentlichung „Stirbt die politische Didaktik aus?“¹⁹⁹ Um sich Kunden – nicht mehr Teilnehmer – zu sichern, setzte die Branche auf Qualitätssicherung, um ein möglichst hochwertig „wirkendes“ Produkt an den Kunden zu bringen. Kompetenz, Evaluation, Standard, Qualität und Wirkungsforschung, statt Emanzipation, Selbstbestimmung, Demokratisierung und Mündigkeit waren die neuen Schlagworte.²⁰⁰ Die Gesellschaft wurde als „Erlebnisgesellschaft“²⁰¹ titulierte, deren Ziele in erster Linie von Eudaimonie und Genuss gekennzeichnet waren.²⁰² Der Begriff der Erlebnisgesellschaft ist jedoch zu verallgemeinernd. Erlebnisgesellschaftliche Phasen gibt und gab es immer und diese umfassten und umfassen nicht die gesamte Gesellschaft, auch wenn die Wohlstandsexplosion, sinkende Arbeitszeiten bei steigenden Reallöhnen zwischen 1950 und 1994 einen starken Anstieg dieser gesellschaftlichen Entwicklung hervorrief. Warum das für die Erwachsenenbildung wichtig ist, liegt in den Auswirkungen, welche das Streben nach Spaß, Glück usw. auf die Angebote der Anbieter hatten.²⁰³ Die Erwachsenenbildung musste sich durch diese Entwicklung mit Marketingkonzepten auseinandersetzen, um ihre Angebote und ihr Lernumfeld attraktiver zu gestalten und marktfähig zu bleiben.²⁰⁴

198 Mambour, Gerrit, in: Sander, Steinbarch, politische Bildung in Deutschland, S. 96.

199 Sander, Wolfgang, Politikdidaktik heute – wo steht die Wissenschaft vom politischen Lernen? In: 2016): Politische Bildung als Wissenschaft. Bilanz und Perspektiven, Schriftenreihe der GPJE Band 1, Schwalbach, S. 10.

200 Vgl. Hufer, Klaus-Peter, in: Sander, Steinbarch, politische Bildung in Deutschland, S. 132.

201 Ebd. S. 131.

202 Vgl. Müller-Schneider, Thomas, Die Erlebnisgesellschaft – der kollektive Weg ins Glück?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, in: <http://www.bpb.de/apuz/25689/die-erlebnisgesellschaft-der-kollektive-weg-ins-glueck?p=all>, Bonn 2002, 17.09.2017.

203 Vgl. ebd.

204 Vgl. Hufer, in: Sander, Steinbach, politische Bildung in Deutschland, S. 131.

Auch wenn Eudaimonie ein wichtiges Merkmal dieser Zeit war, war es doch überschattet von der vorangegangenen Entwicklung. Leistung und Qualifikation standen immer noch im Vordergrund, Bildung war m. E. weiterhin ein wirtschaftliches Gut und die Bildungspolitik „[...] ein Monismus von Leistung, Leistungssteigerung und ein Kult des Leistungswillens [...], dem alles andere untergeordnet wird.“²⁰⁵

Der Legitimationsdruck, dem die Erwachsenenbildung unterworfen war und auch noch ist, machte es nötig, dass die Wirkung von Erwachsenenbildung bzw. politischer Bildung belegbar wurde. Bildung kann in ihrer Wirkung aber nicht ausreichend belegt werden. Kompetenz und Kompetenzorientierung wurden durch ihre Outputorientierung und dessen Messbarkeit zum geflügelten Wort in der Erwachsenenbildung. Der Druck kam nicht nur aus nationaler Politik und Wirtschaft, sondern auch aus der EU.²⁰⁶ Die Europäische Kommission entwarf einen Qualifikationsrahmen (EQR), in dem acht Referenzniveaus Lernergebnisse (Output) beschreiben, was das Individuum weiß, versteht und kann und dass international vergleichbar. Kompetenz wird im EQR im Sinne von Selbstständigkeit und der Fähigkeit von Verantwortungsübernahme beschrieben. Gliedert sich der EQR in drei Säulen (Wissen, Fertigkeiten, Kompetenzen), so ist der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR), welcher auf „Empfehlung“ der EU-Kommission entstanden ist, in vier Säulen (Wissen + Fertigkeiten + Sozialkompetenz + Selbstständigkeit), welche durch den Kompetenzbegriff umschlossen sind, gekennzeichnet und ist damit differenzierter als der EQR.²⁰⁷ Die Entstehung der Qualifikationsrahmen findet seine ökonomische Begründung in dem Streben der EU nach einem einheitlichen Wirtschaftsraum. Die Vergleichbarkeit der Abschlüsse, die in jedem EU-Mitgliedsland verschieden sind, ist dabei eine Voraussetzung um Hindernisse zu überwinden. In diesem Zusammenhang ist auch die Bolognaform zu nennen, die bereits dazu geführt hat, dass die Hochschulen grundlegend reformiert wurden.²⁰⁸ Leider bietet diese Arbeit nicht genug Raum für eine tiefer gehende Betrachtung der Entwicklung und Implementierung des DQR. Der Marktcharakter der Weiterbildung stößt auf Seiten der Erwachsenenbildung

205 Strunk, Gerhard, in: Sander, Steinbach, politische Bildung in Deutschland, S. 132.

206 Vgl. Hufer, in: Sander, Steinbach, politische Bildung in Deutschland, S. 133.

207 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung, DQR und EQR, in: <https://www.dqr.de/content/2323.php>, 17.09.2017.

208 Vgl. Grigat, Felix, Der Europäische und der Deutsche Qualifikationsrahmen. Was warum und zu welchem Zweck – Fragen und Antworten, in: <http://www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=6346>, 17.08.17.

auf starke Kritik. Während Dröll und Strunk der Meinung sind, dass durch diese Markt-orientierung die Bildungsdimension zu verschwinden droht, kritisiert Nuissl, dass die kapitalistischen Prinzipien und deren Einwirken auf die Erwachsenenbildung nicht mehr hinterfragt werden.

4. Politische Bildung heute

Der Trend von Weiterbildung zu sprechen anstatt von Erwachsenenbildung hat sich seit den 1980er Jahren auch auf europäischer Ebene erfolgreich etabliert. Dabei wird zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung unterschieden, auch wenn diese beiden Bereiche gerne zusammengefasst werden. Die Trennung dieser beiden Bereiche ergibt sich schon aus förderungsrechtlichen Gesichtspunkten, denn für berufliche Fortbildungen und Umschulungen, wie sie im Berufsbildungsgesetz geregelt sind, kommen die Fördergelder vom Bund, die allgemeine Weiterbildung wird von Landesmitteln finanziert.²⁰⁹ Die politische, wie auch die kulturelle Weiterbildung werden teilweise als eigenständiger Bereich oder als Bereich der allgemeinen Weiterbildung gesehen. Insgesamt ist eine starre Grenzziehung zwischen der beruflichen- und der allgemeinen Bildung nicht möglich und in vielen Ländergesetzen wird auch die Förderung der beruflichen Bildung mit eingeschlossen.²¹⁰ Seit den 1990er Jahren haben informelle Lernprozesse einen Bedeutungszuwachs in Politik und Wissenschaft erfahren, was sich auch auf EU-Ebene bemerkbar macht. Im Kontext des lebenslangen Lernens nimmt das informelle Lernen eine gleichberechtigte Stelle neben den organisierten Lernformen ein. Auf EU-Ebene wird das Lernen auf drei Ebenen unterschieden, zwischen formal, non-formal und informell. Nachfolgende Abbildung soll die Unterscheidung dieser Begriffstrios im Bezug auf Weiterbildung verdeutlichen.²¹¹

209 Vgl. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Trends der Weiterbildung. DIE-Trendanalyse 2014. Bielefeld 2014, S. 12.

210 Vgl. ebd.

211 Vgl. ebd.

	formale Bildung	non-formale Bildung	informelles Lernen
Weiterbildung	<ul style="list-style-type: none"> ○ Aufstiegsfortbildung wie Meisterlehrgänge oder Lehrgänge zum Fachwirt ○ Nachholen von Schulabschlüssen ○ weiterbildendes Studium (z.B. Master nach einer Phase der Berufstätigkeit) 	<ul style="list-style-type: none"> ○ Englischkurs an der Volkshochschule ○ innerbetriebliches Führungskräftetraining ○ Fahrschule ○ Tanzkurs 	<ul style="list-style-type: none"> ○ Selbstlernen am Computer, Lernen von Kollegen ○ Lesen eines Fachbuches
keine Weiterbildung	<ul style="list-style-type: none"> ○ Besuch einer allgemeinbildenden Schule oder Erststudium direkt nach der Schule 	<ul style="list-style-type: none"> ○ Nachhilfeunterricht für Schüler ○ außerschulische Jugendbildung ○ Tennisstunden für Kinder und Jugendliche 	<ul style="list-style-type: none"> ○ Selbstlernen am Computer von Kindern und Jugendlichen ○ Nachhilfe durch Eltern oder Geschwister

Abb. 1: Weiterbildung in der Europäischen Begriffswelt. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Trends der Weiterbildung. DIE-Trendanalyse 2014. Bielefeld 2014, S. 13.

Suggeriert die Tabelle auch eine klare Abgrenzbarkeit der Begrifflichkeiten, so täuscht dies. Wie schon die Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung in manchen Fällen schwer fällt, so ist dies auch hier der Fall. Zum einen, weil nicht klar definiert ist, was ein Erwachsener ist und somit eine klare Abgrenzung zum Jugendlichen fehlt, zum anderen, da nicht immer deutlich bestimmt werden kann, ab wann z. B. informelles Lernen am Arbeitsplatz zur non-formalen Bildung wird.²¹² Deutlicher wird diese Problematik, betrachtet man verschiedene Lernzentren, Museen, Bibliotheken oder das Internet. Diese Orte können von einer offenen Nutzergruppe besucht werden, die didaktischen Lernangebote sind dort individuell nutzbar und stellen dadurch eine Zwischenstufe, zwischen non-formalen und dem informellen Lernen dar. Blended Learning beschreibt ebenfalls ein medienbasiertes Lernangebot, grenzt sich allerdings durch seine Präsenzphasen ab und kann durch seinen Aufbau der formalen, oder non-formalen Bildung zugerechnet werden.²¹³ Erwachsenenbildung / Weiterbildung ist durch das Prinzip des lebenslangen Lernens und der Anerkennung des Lernens, außerhalb schulischer Einrichtungen und „nebenbei“, tief in den Alltag der Menschen vorgedrungen. Das damit Erwartungen an eine stetige Lernbereitschaft – auch zu Hause – einhergehen, ist m. E. ein Problem, was im schlimmsten Fall krank macht, da der Leistungsdruck zu groß wird. Günter Holzapfel spricht in diesem Zusammenhang vom lebenslangen Lernen als Le-

²¹² Vgl. DIE, Trends der Weiterbildung, S. 12.

²¹³ Vgl. ebd.

benslast.²¹⁴ Auf der anderen Seite werden dadurch Möglichkeiten geboten, Wissen, welches z. B. zwang frei durch Hobbies, soziale Tätigkeit oder andere freizeitliche Aktivitäten erlangt wird, anerkennen zu lassen. Die Nutzbarkeit dieser Fähigkeiten kann sich dabei auf das berufliche Leben auswirken, indem es finanzielle Vorteile bringt oder Aufstiegschancen bietet. Eine Neuorientierung kann dadurch ebenfalls ermöglicht werden, da Voraussetzungen erfüllt werden, welche vorher fehlten, um z. B. ein Studium aufzunehmen oder im Ausland tätig werden zu können.

4.1 Anbieter politischer Bildung

Politische Erwachsenenbildung ist, wie bereits erwähnt, plural verfasst, der Staat hat kein Monopol und somit gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Träger und Anbieter. Grundlage aller Angebote ist aber immer „[...] das Werte- und Demokratieverständnis der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes“²¹⁵. Politische Erwachsenenbildung ist fakultativ und findet meistens non-formal statt. Bei politischer Bildung geht es nicht um den Erwerb und die Anerkennung von Zertifikaten – auch wenn es den Anschein hat, als wenn es in der Erwachsenenbildung ausschließlich darum geht – schließt dieses allerdings nicht grundsätzlich aus, wenn sie z. B. in Form von berufs- oder kultureller (Weiter-)Bildung stattfindet. Angeboten werden solche Veranstaltungen zur politischen Bildung zum einen im institutionellen Bereich wie bei Gewerkschaften, Stiftungen und Volkshochschulen, sowie im informellen Bereich, z. B. in Verbänden und Vereinen, aber auch in sozialen Medien.²¹⁶

Freie Träger politischer Bildung nehmen den größten Teil der Aufgabe zur politischen Bildung wahr und sorgen für die gewollte Pluralität und einen nötigen Wettbewerb. Die in den Angeboten dieser Träger vermittelten Inhalte sind meist an die Interessen der jeweiligen Träger gebunden, der Staat setzt lediglich die Befolgung der freiheitlich demokratischen Grundordnung voraus und unterstützt die Arbeit der freien Träger durch finanzielle Förderung. Zum Kreis der Freien Träger gehören politische Stiftungen, Zivilgesellschaftliche / unternehmensverbundene Stiftungen, wie z. B. Robert Bosch Stif-

214 Vgl. Holzapfel, in: Arnold, Porträts und Konzeptionen, S. 53.

215 Bundesministerium des Inneren, politische Bildung, in:

http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Politische-Bildung/politische-bildung_node.html, 10.09.2017.

216 Vgl. Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 20.

tung, Gewerkschaften, Wohlfahrtseinrichtungen, Unternehmerverbände, Bildungswerke der Kirchen, Gemeinden, Landkreise und gemeinnützige Vereine.²¹⁷

4.1.1 Parteinahe Stiftungen

Parteinahe Stiftungen sind freie Träger, welche im Auftrag des Staates agieren, ideell ihren Parteien nahe stehen, aber finanziell, organisatorisch und rechtlich autonom agieren. Sie übernehmen Aufgaben im öffentlichen Interesse, welche vom Staat selbst nicht wahrgenommen werden können. Ihre Gründung war eine Lehre, welche aus den Ereignissen der Weimarer Republik (1918-1933) gezogen wurde. Damals war es den Parteien nicht gelungen eine demokratische Kultur zu erschaffen und den Nationalsozialismus zu verhindern. Die Stiftungen, welche nach Kriegsende 1945 gegründet wurden, sollten dazu beitragen, die junge Bundesrepublik und ihre Demokratie zu stabilisieren.²¹⁸ Daher rührt, dass zwischen den unterschiedlichen Stiftungen ein breiter Konsens bezüglich ihrer Aufgabe herrscht. Die Bürger sollen dazu angeregt werden, sich mit politischen Fragen auseinander zu setzen, Grundvoraussetzung ist dabei die politische Bildung. Auch die politische Forschung und Beratung ist eine gemeinsame Aufgabe dieser Stiftungen, dadurch soll ein Transfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft hergestellt werden.²¹⁹ Durch Stipendien (Begabtenförderung) werden wissenschaftlicher Nachwuchs und zukünftige Führungskräfte gefördert. Ziel dabei ist ein Veränderungswissen zu erarbeiten und umzusetzen. Der Staat ist nicht in der Lage, die Voraussetzung (z. B. Kultur, Gesellschaft) von der er lebt selbst zu garantieren. Die Stiftungen bzw. ihre politische Bildungsarbeit und Beratungstätigkeiten geben den Bürgern die Möglichkeit zur Orientierung, die Fähigkeit zum politischen Diskurs und die Grundlagen zum politischen Handeln und schaffen dadurch eine verwurzelte politische Kultur, ein stabiles Fundament für die Demokratie.²²⁰ Alle Stiftungen bieten spezielle Angebote für Akteure aus der Kommunalpolitik an, wie z. B. Seminare zum Thema Haushaltsrecht,

217 Vgl. Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 24 ff.

218 Massing, Peter, Politische Stiftungen, 2015, in: <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193401/politische-stiftungen?p=all>, 01.09.2017.

219 Vgl. Bredl, Patrick, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 253.

220 Dagger, Steffen, Greiner, Christoph, Leinert, Kirsten u. A., Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven, Wiesbaden 2004, S. 91 ff.

Bauleitplanung und Kommunalverfassung.²²¹ Die einzelnen Stiftungen haben festgeschriebene Leitlinien und eine klare Orientierung. Zudem haben sie ein großes Netzwerk in dem sie agieren, auch über nationale Grenzen hinaus. Dieses Netzwerk ist dem Ziel geschuldet, auch international den Ausbau demokratischer, rechtsstaatlicher und damit freiheitlicher Strukturen zu schaffen.²²² Ihre Bildungsangebote müssen für Jedermann zugänglich sein,²²³ ihre Studien und Untersuchungen veröffentlicht werden.²²⁴ Dieses, und die Rechenschaftspflicht unterscheidet sie von anderen Anbietern politischer Bildung.²²⁵

4.1.2 Gewerkschaften

Gewerkschaften haben in Deutschland Tradition und sind dadurch fest verankerte Institutionen der Weiterbildung. Nach dem zweiten Weltkrieg und der Teilung Deutschlands, entwickelten sich Gewerkschaften im Osten (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund FDGB) und Westen (Deutscher Gewerkschaftsbund DGB) in unterschiedliche Richtungen. Im Osten wurde der Gewerkschaftsbund zu einer zentralistischen Organisation, im Westen zum Dachverband von 16 autonomen Gewerkschaften.²²⁶ U. a. durch Rekrutierungsschwächen kam es bis 2010 immer wieder zu Fusionen, so das heute noch 8 Gewerkschaften zum DGB gehören, z. B. die Industriegewerkschaft Metall (IG-Metall) und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Daneben gibt es noch andere Gewerkschaften, wie der Deutsche Beamtenbund (DBB) und kleinere Gewerkschaften wie die Unabhängige Flugbegleiterorganisation (UFO), welche nicht dem DGB angehören.²²⁷ Nach der Wiedervereinigung löste sich der FDGB auf.²²⁸ Heute gehören Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Bildungsträger mit zur größten Gruppe von Bildungsanbietern in Deutschland. Ihre Zielgruppe sind Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertreter

221 Vgl. Bredl, Patrick, in: Hufer, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S. 256.

222 Vgl. ebd., S. 253.

223 Vgl. ebd., S. 255.

224 Vgl. Dagger, Greiner, u. A., Politikberatung in Deutschland, S. 95.

225 Vgl. ebd.

226 Vgl. Mielke, Siegfried, Rütters, Peter, Gewerkschaften, in: Andersen, Uwe, Wichard Woyke, Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 7., aktual. Aufl. Heidelberg 2013, in: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202034/gewerkschaften>, 01.09.2017.

227 Vgl. ebd.

228 Vgl. ebd.

/ Interessenvertreter aus Betrieben und Dienststellen²²⁹, ihre Angebote können aber auch von allen Interessierten wahrgenommen werden.²³⁰ Die Angebote richten sich danach, wie der Einzelne politisch verantwortlich zu handeln hat, um die Gesellschaft humaner zu gestalten, im Sinne eines sozial gerechteren Lebens.²³¹ Die Inhalte sollen dem Teilnehmer gesellschaftliche Theorien vermitteln und zugleich zu einem politischen Eigensinn anregen. Ihr Angebot, z. B. in Fachseminaren, behandelt meist fachliche und rechtliche Themen, welche in einem betriebs- und gesellschaftspolitischen Rahmen reflektiert werden.²³² Arbeit wird im umfassenden Sinn von der gewerkschaftlichen Bildung thematisiert, dabei geht es um die philosophische Frage nach dem Sinn der Arbeit, Probleme wie Arbeitsplatzverlust und die allgemeine Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsbedingungen. Aktuell aber vor allem um den Einfluss der Digitalisierung der Arbeitsprozesse und dessen Einfluss auf das arbeits- und gesellschaftspolitische Aufgabenverständnis.²³³ Aktuelle Beispiele von Seminartiteln: „Rechtspopulistische Positionen in der Gesellschaft und die Bedeutung der AfD für die Parteienlandschaft - Bestandsaufnahme und Perspektiven“²³⁴, oder „Alle Räder stehen still...“ - Streik als unverzichtbare Waffe (des Arbeitskampfes) oder Ärgernis auf Kosten der Bevölkerung?“²³⁵ Die politische Bildung spielt für die Gewerkschaften eine große Rolle, da auch sie im hohen Maße politisch sind und politisch agieren, z. B. durch ihre Vertreter in den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherung und durch ihr Recht auf Teilhabe an vorbereitenden Gesetzesinitiativen, wenn ihre Interessen sachlich davon betroffen sind.²³⁶ Im Arbeits- und Sozialrecht haben sie die Möglichkeit Einfluss zu nehmen, da Gewerkschafter auch als

229 Vgl. Mielke, Siegfried, Rütters, Peter, Gewerkschaften, in: Andersen, Uwe, Wichard Woyke, Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 7., aktual. Aufl. Heidelberg 2013, in: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202034/gewerkschaften>, 01.09.2017.

230 Vgl. <https://www.forum-politische-bildung.de/forum/wir-ueber-uns>, 01.09.2017.

231 Vgl. Ludwig, Joachim, Das lernende Subjekt in der politischen Bildung. Didaktische Vermittlungskonzepte in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, in: Dewe, Bernd, Erwachsenenbildung und Demokratie. Dokumentation der Jahrestagung 2002 der Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Bielefeld 2003, in: <http://www.die-bonn.de/id/495>, 2003, S.1.

232 Vgl. ebd.

233 Vgl. Bildungswerk Deutscher Gewerkschaftsbund, wir über uns, in: <https://www.dgb-bildungswerk-nrw.de/ueber-uns/politische-bildung/politische-bildung>, 02.09.2017.

234 Bildungswerk Deutscher Gewerkschaftsbund, Seminar, in: <https://www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/317463157>, 01.09.2017.

235 Ebd.

236 Vgl. Mielke, Rütters, Gewerkschaften, in: Andersen, Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, in: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202034/gewerkschaften>, 01.09.2017.

Beisitzer oder ehrenamtliche Richter an Sozial- und Arbeitsgerichten an der richterlichen Gestaltung dieser Gesetze beteiligt sind. Die Gewerkschaften ermöglichen politische Bildung und sind gleichzeitig politisches Instrument, dadurch werden die von ihnen angebotenen Lerninhalte zur politischen Bildung konkret und bekommen einen nutzbaren Wert, wenn der Teilnehmer sich aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einmischen möchte, z. B. in die Aushandlung von Tarifverträgen.²³⁷

Der DGB ist ein starker Kooperationspartner der Volkshochschulen, in NRW bereits seit 65 Jahren. Zusammen wurde der Verein Arbeit und Leben gegründet. Dieser Verein arbeitet lokal, regional und länderübergreifend. Seine Angebote zielen auf Förderung der „[...] sozialen und politischen Bildung[...] [...] auf gesellschaftliche Partizipation, Förderung sozialer Kompetenzen, vermitteln Fachkompetenzen für die Arbeit an gesellschaftlichen Aufgaben und das notwendige Wissen zur Wahrnehmung von Gestaltungs- und Schutzfunktionen für betriebliche Interessenvertretung.“²³⁸ Zusammen bietet er jährlich 1.300 Veranstaltungen an, mit einer Teilnehmerstärke von 24.500.²³⁹

Kooperationen sind für die politische Bildung sehr wichtig, sie erreichen ein größeres Publikum und die finanziellen Lasten verteilen sich auf mehrere Anbieter. Dies ist ein wichtiger Punkt, da, zumindest bei den Volkshochschulen, die Angebote für politische Bildung oftmals kostenfrei sind.

4.1.3 Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung

1952 wurde die Bundeszentrale für politische Bildung gegründet, um die Demokratie dadurch zu stabilisieren, ein politisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu etablieren, welches auf Demokratie, Toleranz und das gesellschaftliche Zusammenleben fußt.²⁴⁰ Sie ist dem Bundesministerium des Inneren als nicht rechtsfähige Bundesanstalt unterstellt.²⁴¹ Dabei soll eine Basis geschaffen werden, welche auf Toleranz, Pluralismus und

237 Vgl. Mielke, Rütters, Gewerkschaften, in: Andersen, Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, in: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202034/gewerkschaften>, 01.09.2017.

238 Arbeit und Leben NRW, in: <https://goo.gl/sgqfwn>, 18.10.2017.

239 Vgl. ebd.

240 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Leitbild der Bundeszentrale für politische Bildung 2003, in: <http://www.bpb.de/die-bpb/51248/leitbild-der-bpb>, 02.09.2017.

241 Vgl. BpB, Erlass über die Bundeszentrale für politische Bildung, in: http://www.bpb.de/die_bpb/2DUQ26,0,0,Erlass_%Fcber_die_Bundeszentrale_f_%Fcr_politische_Bildung.html, 10.09.2017.

Friedfertigkeit gründet. Um diese Basis zu erreichen gilt es, geschichtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu verdeutlichen und Prozesse verständlich zu machen, welche das Leben direkt beeinflussen, wie z.B. die Bereiche Politik, Kultur, Ökonomie und Ökologie. Erreicht werden soll dieses Ziel durch Bildungs- und Diskussionsangebote, zeitgeschichtliche und aktuelle Themen und die dazu gehörigen unterschiedlichen Positionen aus Politik, Wirtschaft und auch der Wissenschaft.²⁴² Pluralität in Angeboten und Positionen wird durch die verschiedenen Kooperationspartner, wie z. B. die Landeszentralen für politische Bildung, freie Träger politischer Bildung, Bildungsinstitutionen, Wissenschaft und Medien, aber auch dem Staat und der Politik hergestellt. Die Bundeszentrale agiert somit als „Schnittstelle“.²⁴³ Trotz ihrer Verbindung zu Staat und Politik arbeitet die Bundeszentrale überparteilich. Durch Kooperationen und die weite Vernetzung mit verschiedenen Einrichtungen, kann die Bundeszentrale relativ schnell auf aktuelle Geschehnisse reagieren und gibt dem Bürger die Möglichkeit, spezielle Anfragen zu stellen. Publikationen sind zum großen Teil online zugänglich, oder auf Bestellung, oftmals kostenlos oder zu geringen Preisen, erhältlich.²⁴⁴ Die Zielgruppe der Bundeszentrale umfasst grundsätzlich die gesamte Bevölkerung, vom Kindesalter bis ins Rentenalter. Spezifische Angebote, welche für die Interessen bestimmter Gruppen gestaltet wurden sind beispielsweise Lernangebote für Schüler im allgemeinen oder im speziellen für Multiplikatoren und Journalisten als stärker eingeschränkte Zielgruppe. Auch wissenschaftlich verwertbare Artikel bzw. Beiträge von Wissenschaftlern finden sich darunter.²⁴⁵

Eine genaue Übersicht über Angebote der Bundes- oder Landeszentrale liegt nicht vor. Eine Einschätzung des Stellenwerts dieser Organisation kann allerdings aus den finanziellen Aufwand gezogen werden, welche die Bundeszentrale aufbringt. So wurden alleine 2011 750.000 € für Veranstaltungen in Eigenregie aufgewendet, das ist ein Anteil von 27 % des Gesamtbudgets. 640.000 € (23 %) gingen als Unterstützung von Angeboten an freie Träger.²⁴⁶

242 Vgl. BpB, Leitbild 2003, in: <http://www.bpb.de/die-bpb/51248/leitbild-der-bpb>, 10.09.2017.

243 Vgl. ebd.

244 Vgl. ebd.

245 Vgl. BpB, Zielgruppe, in: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/zielgruppe/fuer-alle/>, 10.09.2017.

246 Vgl. Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 30.

4.1.4 Landeszentralen für politische Bildung

Die Landeszentralen für politische Bildung sind föderative Schwesterorganisationen der Bundeszentrale. Ihr Aufgabenspektrum ist ähnlich dem der Bundeszentrale, allerdings stehen ihnen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung. Zweimal im Jahr entscheidet eine Leiterkonferenz über die gemeinsame Arbeit der Landes- und Bundeszentrale.²⁴⁷

Landeszentralen für politische Bildung sehen sich als Bildungseinrichtung, welche sich der Aufgabe verschrieben haben politische Bildungsinhalte zu vermitteln und Demokratie zu fördern. Bis 2016 hatten alle Bundesländer, bis auf Niedersachsen eine Landeszentrale für politische Bildung. 2016, nach 12 Jahren ohne Landeszentrale, einigte sich der Niedersächsische Landtag einstimmig zur Neugründung einer Landeszentrale für politische Bildung. Grund für die Neugründung lag vermutlich im steigendem Rechtspopulismus und Wählerapathie.²⁴⁸ Ministerpräsident Stephan Weil sagte bei der Eröffnung: „Die Landeszentrale wird viele Akteure im Bildungsbereich miteinander vernetzen und engagiert mit dazu beitragen, Menschen in Niedersachsen dabei zu helfen, politische Prozesse und Zusammenhänge besser zu verstehen, sich besonnen fundierte Meinungen bilden zu können und immun zu werden gegen blinde Agitation von Extremisten“²⁴⁹.

Die Landeszentrale NRW hat ein Arbeitsmotto welches heißt „Demokratie leben“²⁵⁰, und möchte unter den Bewohnern NRWs, „[...] ein demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation [zu] fördern [...]“²⁵¹, indem sie Veranstaltungen, Publikationen und Online-Angebote, überparteilich und diskursiv plant und bereitstellt und die Bürger dadurch auf neue Mitwirkungsmöglichkeiten, welche Digitalisierung und Medialisierung bieten, aufmerksam macht und zu deren Nutzung sie aktivieren möchte. Sie unterstützt durch Fördermittel beispielsweise Mahn- und Gedenkstätten. Der Erhalt der De-

247 Vgl. Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 31.

248 Vgl. ebd.

249 Hannover.de, Neue Landeszentrale für politische Bildung eröffnet, in:

<https://www.hannover.de/Service/Presse-Medien/hannover.de/Aktuelles/Wirtschaft-Wissenschaft-2017/Neue-Landeszentrale-f%C3%BCr-politische-Bildung-er%C3%B6ffnet>, 10.09.2017.

250 Landeszentrale für politische Bildung, demokratie leben, Aufgaben und Ziele, in:

<https://www.politische-bildung.nrw.de/wir/ueberuns/aufgaben/index.html>, 10.09.2017.

251 Landeszentrale für politische Bildung, wir über uns, in: <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir/ueberuns/index.html>, 10.09.2017.

mokratie ist ihrer Meinung nach ein lebenslanger Prozess, welcher zivilgesellschaftliches Engagement erfordert.²⁵² Dafür unterstützt sie parteinahe Stiftungen, gewerkschaftliche sowie kirchliche Einrichtungen, Einrichtungen von Bürgerbewegungen und Initiativen, welche nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannt sind.²⁵³ Rechtlich ist die Landeszentrale NRW seit Juni 2017 dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW unterstellt. Ihre politische Bildungsarbeit zielt besonders auf junge Menschen und Multiplikatoren aus der schulischen und außerschulischen Weiterbildung.²⁵⁴ Kooperationspartner sind Verbände wie beispielsweise Volkshochschulen, Stiftungen und Institutionen, aber auch Bundes- und Landesministerien.²⁵⁵ Ein großes Projekt, was von Sep.- Okt. 2017 ging, ist, „Demokratie Leben – die Tour durch NRW“. Die momentanen politischen Spannungen sollen aufgegriffen und in persönlichen Gesprächen mit den Besuchern dieser Veranstaltung reflektiert und diskutiert werden. Diese Veranstaltung ist eine Werbeveranstaltung für Demokratie und Grundwerte, für ein harmonisches Zusammenleben und ein aktives Mitgestalten vor Ort.²⁵⁶

4.1.5 Volkshochschulen

Volkshochschulen waren immer ein Teil der Geschichte der Erwachsenenbildung und sie gehören auch heute noch zu den wichtigsten Akteuren im Weiterbildungsbereich. „Politische Bildung hat in der Arbeit der Volkshochschulen eine lange Tradition; sie war von Anfang an charakteristischer und unverzichtbarer Bestandteil ihrer Programme.“²⁵⁷ Nach eigenen Angaben stehen sie „[...] für das Recht auf Bildung, die Möglichkeit, lebenslang lernen zu können, und für Chancengerechtigkeit, kurz: für die Umsetzung des humanistischen Gedankenguts heute und in der Zukunft.“²⁵⁸ Rechtlich verankert sind die Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen im Weiterbildungsgesetz. Dort heißt es:

252 Vgl. Landeszentrale für politische Bildung, wir über uns, in: <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir/ueberuns/index.html>, 10.09.2017.

253 Vgl. Landeszentrale für politische Bildung, in: <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir/weiterbildung/index.html>, 23.09.2017.

254 Vgl. Landeszentrale für politische Bildung, wir - Arbeitsbereiche, in: <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir/ueberuns/arbeitsbereiche/veranstaltungen/index.html>, 10.09.2017.

255 Vgl.ebd.

256 Vgl. Landeszentrale für politische Bildung, in: <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir/projekte/demokratie-tour/index.html>, 10.09.2017.

257 Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.v., Reader politische Bildung an Volkshochschulen. Grundlagen und Praxisbeispiele, S. 14.

258 Deutscher Volkshochschul-Verband, <https://www.dvv-vhs.de/der-verband/volkshochschulen/>, 21.09.2017.

„Kreisfreie Städte, große kreisangehörige Städte und mittlere kreisangehörige Städte sind verpflichtet, Einrichtungen der Weiterbildung zu errichten und zu unterhalten.“²⁵⁹ Weiterbildungseinrichtungen sind definiert als solche, in denen „Lehrveranstaltungen zur Fortsetzung und Wiederaufnahme organisierten Lernens unabhängig vom Wechsel des pädagogischen Personals und der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geplant und durchgeführt werden.“²⁶⁰ „Die Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft von Gemeinden und Gemeindeverbänden gemäß Absatz 1 heißen Volkshochschulen.“²⁶¹

2015 gab es deutschlandweit 905 Volkshochschulen, welche Mitglieder in 16 VHS-Landeszentralen sind.²⁶² In NRW sind 130 Volkshochschulen in kommunaler und zwei in freier Trägerschaft. Sie, bzw. ihre Kommunen, sind Mitglieder im Landesverband der Volkshochschulen NRW e. V.. Dieser eingetragene Verein, gegründet 1947, vertritt die bildungspolitischen und finanziellen Interessen der einzelnen Volkshochschulen und fungiert als Zentrale für Zertifikatsprüfungen.²⁶³ Die Landesverbände sind wiederum unter dem Dach des Deutschen Volkshochschul-Verbands (DVV) zusammengefasst. Dieser Dachverband stellt Informations- und Beratungsmöglichkeiten für seine Mitglieder zu Verfügung, kümmert sich um die Mittelakquisition und die bildungs- und verbandspolitische Vertretung, z. B. in Form von Expertisen, Fachtagungen, Veröffentlichungen und Stellungnahmen zu Gesetzgebungen und Einzelfragen.²⁶⁴ Aus dem Deutschen Volkshochschul-Verband ging 1957 die „Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes“ (PAS) hervor. Diese kümmerte sich in den Anfangsjahren vor allem um die Qualität der Programmgestaltung und die Methoden und Qualifikationen der Dozenten.²⁶⁵ Ab den 1960er Jahren veröffentlicht sie Bände zur Theorie und Praxis von Erwachsenenbildung und gab erstmals eine Volkshochschul-Statistik raus, welche seitdem im Jahresrhythmus veröffentlicht wird und auf welche sich auch in die-

259 § 10 Abs. 1 Weiterbildungsgesetz (WbG) NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.4.2000, geändert durch Gesetz von 15.02.2005.

260 § 2 Abs. 2 Weiterbildungsgesetz WbG NRW.

261 § 10 Abs. 1 Weiterbildungsgesetz (WbG) NRW.

262 Vgl. Huntemann, Hella, Reichart, Elisabeth, Volkshochschul-Statistik: 54. Folge, Arbeitsjahr 2015, S.2 in: www.die-bonn.de/doks/2016-volkshochschule-statistik-01.pdf, 23.09.2017.

263 Vgl. VHS Landesverband Nordrhein-Westfalen, in: <http://www.vhs-nrw.de/der-landesverband/ueber-uns/>, 23.09.2017.

264 Vgl. DVV e.v., in: <https://www.dvv-vhs.de/der-verband/deutscher-volkshochschul-verband-dvv/>, 23.09.2017.

265 Vgl. Strzelewicz, Willy, 60 Jahre Expertise für Erwachsenenbildung, in: <https://www.die-bonn.de/institut/wir-ueber-uns/geschichte.aspx>, 23.09.2017.

ser Arbeit bezogen wird. In den 1990er Jahren ändert das PAS seinen Namen in „Deutsches Institut für Erwachsenenbildung“ (DIE) und seinen Forschungsschwerpunkt auf die „[...] Professionalisierung des Weiterbildungspersonals, Kompetenzmessung, Inklusion durch Weiterbildung sowie Organisationswandel und Strukturdaten zur Weiterbildung [...]“²⁶⁶.

Volkshochschulen sind in der Lage, eine breite Masse der Bevölkerung anzusprechen, da sie nicht nur in ihren Mutterhäusern arbeiten, sondern auch Außenstellen betreiben, welchen vor allen in den Flächenstaaten ein hoher Stellenwert zukommt. So kommen in Bayern z. B. Sechs Außenstellen auf eine VHS, in NRW ist der Durchschnitt größer eins.²⁶⁷ Insgesamt gibt es 3.038 regionale Außenstellen mit 592.603 Kursen und 16.476.874 Belegungen deutschlandweit.²⁶⁸ Die Volkshochschulen finanzieren sich zu 40% aus Teilnehmergebühren, zu 27% aus Zuschüssen der Kommunen, 14% kommen aus Landesmitteln und 19% aus Mitteln des Sozialgesetzbuch SGB Drittes Buch III und EU Mitteln.²⁶⁹

4.2 Aktuelle politische Herausforderungen

AfD (D), FPÖ (AU), Front National (F), Recht und Gerechtigkeit (PL), Volkspartei Unsere Solowakei (SK) – ein „Rechtsruck“ geht durch Europa.

Das Erstarken des Rechtspopulismus liegt, folgt man den Schlussfolgerungen von Dr. Kamil Marcinkiewicz (Forschung zu Wahl und Wahlsystemen / Universität Hamburg), vor allem am mangelnden Vertrauen der Bevölkerung in die etablierten Parteien und deren Politiker. Terroranschläge und Flüchtlingsströme, wie sie vor allem seit Ende 2015 unsere Politik beeinflussen, schüren die Ängste der Bevölkerung. Die Parteien am rechten Rand werden immer professioneller, die etablierten Parteien behaupten, es gäbe keine Alternativen und die Wähler reagieren darauf, indem sie randständige Parteien wählen, um sich für eine Alternative entscheiden zu können, so der Wissenschaftler.²⁷⁰ Der

266 Strzelewicz, Willy, 60 Jahre Expertise für Erwachsenenbildung, in: <https://www.die-bonn.de/institut/wir-ueber-uns/geschichte.aspx>, 23.09.2017.

267 Vgl. Huntemann, Reichart, Volkshochschul-Statistik, S. 17.

268 Vgl. ebd., S. 2.

269 Vgl. DVV, Volkshochschulen, in: <https://www.dvv-vhs.de/der-verband/volkshochschulen/>, 23.09.2017.

270 Vgl. Werner, Gisela, Interview mit Dr. Kamil Marcinkiewicz, 2016, in: <https://www.uni-hamburg.de/newsletter/mai-2016/warum-kommt-es-in-europa-zum-aktuellen-rechtsruck-herr->

betriebene Populismus führt zu einer Dichotomie von „wir“ und „die“. Klaus Ahlheimer stellte in seiner Festtagsrede zum 25. Jubiläum des Sächsischen Volkshochschulverbandes fest: „Und es sind gerade soziale Konflikte, Krisenerfahrungen und Angst vor dem Absturz, die den Hass gegen die Anderen und Fremden aktualisieren, generieren. Denn vorurteilsvolle Ethnisierung ist einerseits eine fatale, aber erklärbare Abwehrreaktion, ein Kompensationsversuch der »Beherrschten«, der ganz normalen Leute, der von den Wirkungen des Globalisierungsprozesses Irritierten, Betroffenen, Gebeutelten, denen allenthalben sozialer Abstieg, prekäre Arbeitsverhältnisse und Arbeitslosigkeit drohen.“²⁷¹ Er stellt fest, dass die Fremdenfeindlichkeit nicht alleine außen rechts zu suchen ist, sondern, erstarkt, in der Mitte der Gesellschaft.²⁷² Das Heute beschreibt er als eine Zeit der Gegenaufklärung.²⁷³ Belegt wird diese Aussage beispielsweise durch Unternehmungen des sogenannten Islamischen Staates und seine Bekehrungsversuche, nicht nur bei gebürtigen Muslimen oder durch das Parteiprogramm der AfD, welches nicht nur an der aktuellen Demokratie, sondern auch bspw. an der Gleichstellung von Mann und Frau und den Menschenrechten rüttelt. Nimmt man den Wahlausgang als verlässliche Zahl der Anhänger findet diese Ideologie zumindest bei 12 %²⁷⁴ der Wahlberechtigten Deutschen anklänge.

4.2.1 Migration

Ca. 20 % der deutschen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund, bei den Kindern liegt dieser Anteil bei fast 30 %.²⁷⁵ Migration und Flucht sind ein andauerndes Thema, mit welchem sich auch die politische Bildung auseinander setzen muss, um Integration zu ermöglichen und Gettoisierung zu vermeiden. Denn mit Migrationen steigt auch der Anteil verschiedener Milieus, also Wertvorstellungen und Lebensstilen, welche die

marcinkiewicz.html, 19.10.2017.

271 Ahlheimer, Klaus, die Idee der Volkshochschule und die politische Gegenwart. Vortrag anlässlich der Veranstaltung zum 25-jährigen Gründungsjubiläum des Sächsischen Volkshochschulverbandes am 1. Oktober 2015 in der Volkshochschule Radebeul, Chemnitz 2015, S. 15.

272 Vgl. ebd., S. 14.

273 Ebd., S. 12.

274 Vgl. Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Bundestagswahl 2017 Deutschland, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml>, 23.11.17.

275 Vgl. Goll, Thomas; Oberle, Monika; Rappenglück, Stefan, Herausforderung Migration: Perspektiven der politischen Bildung. GPJE-Band 2016. 1. Aufl. in: http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok_id/2142016;B:CIANDO, S. 7.

politische Bildung berücksichtigen muss, will sie erfolgreich sein.²⁷⁶

Gerade der Islam stellt eine besondere Herausforderung dar. Nicht nur durch einen stetig wachsenden Adressatenkreis, welcher sich als muslimisch bezeichnet, sondern ebenfalls durch das öffentliche Spannungsverhältnis, in welchem es um Fragen der Anerkennung und das Abbilden von Pluralität geht, den Umgang mit den negativen Seiten des Islams, wie Salafismus, Islamismus, Rekrutierung von Jugendlichen aus muslimisch und nichtmuslimisch geprägten Familien und deren Radikalisierung, aber auch antimuslimischer Rassismus, Rechtsextremismus, PEGIDA, AfD und andere.²⁷⁷ Diese Ressentiments erschweren gesamtgesellschaftliche Integrationsprozesse und fördern eine Einstellung der Differenzierung in „wir“ und „sie“ und ein Gefühl der Minderwertigkeit und Marginalisierung auf Seiten der muslimischen Migranten, was zu einer islamischen Defensivkultur und stärkerer Radikalisierung führen kann.²⁷⁸ Politische Bildung steht vor der Herausforderung das vorherrschende Wissensvakuum bezüglich muslimischer Glaubensformen zu füllen und die Bedeutung und den Stellenwert des westlichen Demokratieverständnisses zu fördern.²⁷⁹ Die Herausstellung kontroverser Positionen aus der muslimischen Gemeinschaft zu Themen wie z. B. dem Syrien-Konflikt, können ebenfalls eine Möglichkeit bieten, das vorurteilsbehaftete und antiquierte Bild des Islams zu irritieren und liberalen Positionen ein Forum zu bieten.²⁸⁰

4.2.2 Populismus

Die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2017 lag bei 72,4 %, was als positiv bewertet werden kann. Dass 1,47 Millionen Neuwähler die AfD wählten und sie dabei unterstützten, als drittstärkste Kraft in den Bundestag einzuziehen, ist als kritisch zu bewerten, wird der eher antidemokratische Inhalt des Parteiprogramms betrachtet. CDU und SPD haben das Feedback der Bevölkerung, für die letzten vier Jahre ihrer Regierungszeit bekommen, alleine bei der SPD wanderten 500.000 Wähler ab zur AfD.²⁸¹

276 Vgl. Goll, Oberle, Herausforderung Migration: Perspektiven der politischen Bildung. GPJE-Band 2016. 1. Aufl. in: http://ebooks.ciendo.com/book/index.cfm/bok_id/2142016;B:CIANDO, S. 7., S. 37.

277 Vgl. ebd., S. 44.

278 Vgl. ebd., S. 45.

279 Vgl. ebd.

280 Vgl. ebd., S. 46.

281 Vgl. Blickle, Paul, u. A., Merkel-Enttäuschte und Nichtwähler mach die AfD stark, in: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/wahlverhalten-bundestagswahl-wahlbeteiligung-wahlerwanderung>, 19.10.2017.

Durch die westlichen Demokratien zieht sich eine soziale Konfliktlinie, in der es auf der einen Seite um die weitere Öffnung der Nationalstaaten geht, auf der anderen um die Bekämpfung der Globalisierung. Flüchtlinge, Migranten und Asylsuchende werden dabei nicht nur zum Sündenbock der unzufriedenen Mittelschicht und der rechten Szene, sondern auch zum Instrument der Politik. Spätestens seit dem Präsidentschaftswahlkampf Donald Trumps ist der Populismus in Deutschland populär und wurde z. B. von der AfD als Wahlkampfmittel reichlich ausgeschöpft. Populismus arbeitet vor allem mit Komplexitätsreduktion und der Dramatisierung der politischen Lage, sowie opportunistisch geprägter, volksnaher, oft auch demagogischer Vorgehensweisen und Eindeutigkeitsangeboten. Ziel dabei ist es eine möglichst breite Masse für sich einzunehmen.²⁸² Der politischen Bildung kommt in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, den Menschen, welche sich nicht gehört fühlen von „denen da oben“ eine Alternative zum (rechts-)Populismus anzubieten.²⁸³ Hanne Wurzel sagte dazu auf der Konferenz der Bundeszentrale für politische Bildung *Populismus, politische Kultur und politische Bildung*: „Es ist unsere Pflicht, diffusen Ängsten und politikverdrossenen Kommentaren immer wieder zu begegnen, sie zu entlarven und das Gespräch darüber zu suchen.“²⁸⁴

4.3 Bildungsfinanzierung und Fundamentalismus des Marktes

Um valide Aussagen über die Finanzierung von Erwachsenenbildung (allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildung) in den einzelnen Ländern zu treffen, hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GWE) für das Jahr 2014 die Max-Träger-Stiftung beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, welches eine Bestandsaufnahme der für dieses Jahr aktuellen Finanzierung der allgemeinen Erwachsenenbildung der Länder vornehmen sollte.²⁸⁵ Hintergrund für diese Erhebung ist die These, einer seit 1980 systematischen Reduzierung der finanziellen Mittel für diesen Bereich. Diese Entwicklung betraf nicht alle Bundesländer im gleichen Maße, ein Nachweis für diese Aussage ist schwierig, denn es fehlt an vergleichbaren Zahlenmaterial zur Finanzierung der Erwach-

282 Vgl. Populismus, in: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Populismus>, 31.10.2017.

283 Vgl. Wurzel, Hanne, Eröffnungsrede zur Konferenz "Populismus, politische Kultur und politische Bildung" am 25. April 2016 in Kassel. 2016, in: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/224598/eroeffnungsrede>, 31.10.2017.

284 Vgl. ebd..

285 Jaich, Finanzierung der gesetzlich geregelten Erwachsenenbildung durch die Bundesländer, 2015, in: https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Weiterbildung/Finanzierung/GEW_Broschuere_52847_Finanzierung_Web.pdf, 31.10.2017, S. 7.

senenbildung in allen Bundesländern.²⁸⁶ „Die Finanzierung von Weiterbildung ist wenig transparent und beinhaltet eine ganze Reihe von Finanzierungsquellen und -arten. Einige Klarheit wird nur in wenigen Bereichen wie bspw. bei den Volkshochschulen erreicht“²⁸⁷, so Faulstich. Ein Vergleich der Ausgaben für Bildung wird auch dadurch erschwert, dass es unterschiedliche Bildungsgesetze in den Ländern gibt und Weiterbildungsangebote (zweiter Bildungsweg), so fällt z. B. der Erwerb von schulischen Abschlüssen, welche nach Eintritt ins Berufsleben an staatlichen Schulen nachgeholt werden, nicht unter die Erwachsenenbildung. Findet das gleiche Angebot an öffentlich geförderten Erwachsenenbildungseinrichtungen statt, wird es der Erwachsenenbildung zugerechnet.²⁸⁸ Vor diesem Hintergrund sind die Finanzierungsaufschlüsselungen der Erwachsenenbildung mit dem Wissen zu interpretieren, dass sie u. U. Finanzierungsmöglichkeiten ausklammern oder fälschlicherweise mit einbeziehen.²⁸⁹

Der Finanzierungsanteil den Länder und Kommunen an der Erwachsenenbildung haben, ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Betrachtet man die Finanzierung genau, so teilt sich diese auf Land, Kommunen, Teilnehmer und Förderungen nach den Sozialen Gesetzbüchern II und III, so wie ESF-Förderprogrammen auf.²⁹⁰ Insgesamt bewegt sich das Finanzvolumen der Erwachsenenbildung zwischen vier und 100 Millionen Euro, je nach Berechnungsgrundlage.²⁹¹ Die Statistik für 2015 zeigt welche Unterschiede es in der Verteilung der Finanzlast in den einzelnen Bundesländern gibt. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg liegt der Anteil der Kommunalen Finanzierung bei 0 % (35,6 % Land), in Bremen allerdings bei 37,8 % (8,3 % Land). In Nordrhein-Westfalen bei 33,6 % (19,7 % Land), in Niedersachsen bei 17,4 % (13,4 % Land) und in Sachsen-Anhalt bei 40,2 % (13,4 % Land).²⁹² Die größte Finanzierungslast liegt bei den Kommunen, mit ca. 60 %.²⁹³ Haushaltssicherung bedeutet für die von der Kommune abhängige Volkshochschule u. U. enorme Einsparungsmaßnahmen. Die VHS Bochum traf die Haushaltssicherung 2014 bspw. sehr. Durch Renteneintritte freigewordene Stellen durften nicht neu besetzt werden, das Angebot musste reduziert werden, ein Teilprodukt

286 Vgl. Jaich, Finanzierung, S. 7.

287 Faulstich, Vespermann, in: Jaich, Finanzierung, S. 9.

288 Vgl. ebd., S. 12.

289 Vgl. ebd. S. 15.

290 Vgl. ebd., S. 56.

291 Vgl. Jaich, Finanzierung, S. 55.

292 Vgl. Huntemann, Reichart, Volkshochschul-Statistik, S. 22.

293 Vgl. ebd., S. 10.

"Arbeit & Leben" wurde sogar ganz aufgegeben. Auch angemietete Räumlichkeiten mussten gekündigt werden und die Kursentgelte wurden angehoben.²⁹⁴ Diese Einsparungsmaßnahmen verändern die Arbeit der Volkshochschulen langfristig, da einerseits die Einsparungsmaßnahmen über Jahre hinweg laufen, u. a. dadurch, dass das reduzierte Angebot an Kursen, aber auch an Räumlichkeiten einen Imageschaden hervorbringen kann. Der DVV ist sich der Gefahren für die Volkshochschulen bewusst, bereits 2011 schrieb er: „Aufgrund der stetigen Senkung der öffentlichen Zuschüsse besteht [...] die große Gefahr, dass Volkshochschulen an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit gedrängt werden oder nicht mehr als öffentliche, gemeinwohlorientierte Weiterbildungseinrichtungen erkennbar sein werden.“²⁹⁵

Solide und übersichtliche Zahlen zu der Differenz zwischen kommunaler Finanzierung und Landesfinanzierung bietet nur die Volkshochschul-Statik, und diese kann nur einen Teil der Weiterbildungsfinanzierung abbilden. In fast allen Bundesländern ist die Finanzierungsbeitrag der Länder stark unter der der Kommunen. Die Entwicklung hin zur stärkeren Belastung der Kommunen hat Einfluss auf die Angebote in den einzelnen Ländern, da Angebote dadurch an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommunen geknüpft sind.²⁹⁶ Die VHS Hamburg hatte auf diese Entwicklung bereits 1989 reagiert, damals wurde die VHS von ihrem Leiter Ekkehard Nuissl auf einen Landesbetrieb umgestellt, um der Abhängigkeit von Kommunen und Finanzierungswillkür zu entgehen. „Die Philosophie für die neue Rechtsform ist recht schlicht: Die Volkshochschule soll ein großes Maß an wirtschaftlicher Selbstständigkeit erhalten, um pädagogische Entscheidungen unabhängiger von generellen und damit der Sache häufig unangemessenen staatlichen Haushaltsvorgaben treffen zu können. Und sie soll an über die staatlichen Zuschüsse hinausgehenden zusätzlichen Einnahmen interessiert werden, indem ihr diese zur eigenverantwortlichen Verwendung überlassen bleiben.“²⁹⁷ Das Gutachten der Max-Träger-Stiftung von 2014 hatte die These belegt, dass die Finanzierung der Erwachsenenbildung zurückgegangen ist, in NRW fiel der Weiterbildungsetat bspw. zwischen

294 Vgl. Stadt Bochum, Haushaltsplan 2014. Entwurf. Haushaltssicherungskonzept, S. 357 ff., in: [https://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/vwContentByKey/W299Q8XZ526BOCMDE/\\$FILE/HHPlanEntwurf%202014%20Band%204%20HSK.pdf](https://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/vwContentByKey/W299Q8XZ526BOCMDE/$FILE/HHPlanEntwurf%202014%20Band%204%20HSK.pdf), 19.01.2018.

295 Schlutz, Erhard, Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung, Bonn 2011, S. 24.

296 Vgl. Jaich, Finanzierung, S. 56.

297 Nuissl, in: Siewert, Regina, Oppermann, Detlef, Bildung, Demokratie und sozialer Frieden – 75 Jahre Hamburger Volkshochschule, in: Oppermann, Detlef, Röhrig, Paul, 75 Jahre Volkshochschule, Vom schwierigen Weg zur Humanität. Demokratie und sozialen Verantwortung, Bad Heilbrunn 1995, S. 63.

2011 und 2014 von 0,54 %, auf 0,48 %.²⁹⁸ Auch die Faktensammlung der Konrad-Adenauer Stiftung zum Stand der politischen Bildung musste feststellen, dass – zumindest für den Erhebungszeitraum 1998-2013 – die Ermessensmittel²⁹⁹ für Weiterbildung in NRW stark gesunken sind, von 14,8 Millionen auf 9,2 Millionen, wobei der Tiefpunkt 2010 bei 6,9 Millionen Euro lag.³⁰⁰ Die Ermessensmittel für politische Bildung sanken dementsprechend von 5,8 Millionen, auf 4,6 Millionen Euro. Im Vergleich mit den gesamten Ermessensmitteln für Weiterbildung hat die politische Bildung, trotz aller Verluste gewonnen, so ist ihr Anteil, welcher 1998 bei 38,9 %, 2013 auf 49,7% gestiegen.³⁰¹ Diese positive Entwicklung verliert sich allerdings recht schnell wieder, nimmt man die Zahlen der gesamten Förderung – Weiterbildungsgesetz plus Ermessensmitteln für die Weiterbildung – zusammen, dann fällt auf, dass die politische Bildung sei 1998 bis 2013 insgesamt 20,7 % verloren hat.³⁰² 2017 waren 4.642.500 € Ermessensmittel für den Zweck politischer Bildung veranschlagt worden, das sind ca. 31 % (15.004.770 €) der Ermessensmittel.³⁰³ Die Expertenkommission „Finanzierung lebenslangen Lernens“, welche bis 2004 tätig war, hatte den Auftrag, ein tragfähiges Gesamtkonzept zur Finanzierung des lebenslangen Lernens zu erstellen. In die Finanzierung sollte über das berufliche Lernen hinaus – die Phase nach der Erstausbildung – auch allgemeine, kulturelle / politische Lernangebote mit einschließen. Für die Überlegungen zur Finanzierung wurde auch auf bereits in den Ländern praktizierte – und bewährte Instrumente zurückgegriffen.³⁰⁴ Ein Ergebnis der Kommission war: „Bundesländer und Kommunen sollen wie bislang eine flächendeckende Grundversorgung mit Angeboten allgemeiner, politi-

298 Vgl. Bellenberg, Gabriele, Reintjes, Christian, Bildungspolitik in NRW. Bochumer Memorandum 2010-2015, Eine Zwischenbilanz, Essen 2014, S. 21.

299 Ermessensmittel sind „[...] Projektgelder und Zuschüsse, auf deren Basis u.a. die Landesorganisationen der Weiterbildung mitfinanziert werden, Regionalkonferenzen abgehalten und Projekte finanziell gefördert werden, mit denen ein innovativer Beitrag des lebensbegleitenden Lernens im Sinne des WbG geleistet werden soll.“ DIE, Lernende fördern – Strukturen stützen. Evaluation der Wirksamkeit der Weiterbildungsmittel des Weiterbildungsgesetzes (WbG) Nordrhein-Westfalen im Auftrag des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen in: <https://www.die-bonn.de/doks/2011-evaluation-weiterbildungsgesetz-nrw-01.pdf>, 18.12.2017.

300 Vgl. Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 120.

301 Vgl. ebd.

302 Vgl. Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 120.

303 Vgl. Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen, Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen, in: <http://www.haushalt.fm.nrw.de/daten/hh2017.ges/daten/pdf/2017/hh05/kapB20.pdf>, 03.12.2017.

304 Vgl. Bosch, Gerhard, Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens, Der Weg in die Zukunft, Bielefeld 2004, S. 5.

scher und kultureller Weiterbildung gewährleisten. [...] Länder und Kommunen sollen sich auf einen bestimmten Prozentsatz ihres Haushalts verständigen, der jährlich für die Förderung der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung zur Verfügung gestellt wird.“³⁰⁵ Das GEW fordert in diesem Zusammenhang die Festlegung auf 1 % des Bildungsetats für die allgemeine Erwachsenenbildung.³⁰⁶ In NRW (Stand 2016) wurde die Anhebung des Etats nicht erreicht, trotzdem stieg der Etat von 105 (2015) auf 112 (2016) Millionen Euro, 143 Millionen Euro fehlen zu einem Prozent³⁰⁷, Bundesweit sind es 600 Millionen Euro.³⁰⁸

Die politische Bildung wird als Teil der Erwachsenenbildung gesehen und ist damit Abhängig von dem Bildungsetat und der Verteilung in den jeweiligen Bildungseinrichtungen und dem Stellenwert, den man ihr dort zurechnet. Zudem sind Angebote der politischen Bildung meistens kostenlos, zumindest selten kostendeckend und somit werden Angebote, wie bspw. Integrationskurse attraktiver, da diese zusätzlich von Bund und EU stärker gefördert werden, als es bei politischer Bildung der Fall ist. Das soll nicht heißen, dass es keine spezifische Förderung für Angebote zur politischen Bildung gibt. Das Land NRW förderte bspw. 2015 40 Einrichtungen der politischen Bildung mit 4,3 Millionen Euro, welche 7.863 Veranstaltung anboten. Die Förderung setzte sich aus Mitteln des Weiterbildungsgesetzes NRW (67,8 %), Projektgeldern der Landeszentrale für politische Bildung (28,8 %) und weiteren Leistungen (3,0 %) zusammen. Als problematisch erachte ich, dass nur Einrichtungen gefördert wurden, welche mindestens 75 % ihrer Angebote im Bereich der politischen Bildung haben.³⁰⁹ Betrachtet man in diesem Zusammenhang den Anteil der Kurse nach Programmbereichen in den Volkshochschulen (bundesweit), so kommt dem Fachbereich Politik, Gesellschaft, Umwelt lediglich ein Anteil von 6,6 % zu. Im Bereich der Einzelveranstaltungen kam er immerhin auf 45,1 % und bei Studienfahrten auf 62,9 %, jedoch weit weg von der Berechtigung zu Förderung.³¹⁰

305 Expertenkommission, Der Weg in die Zukunft, S. 8.

306 Vgl. Jaich, Finanzierung, S. 8.

307 Vgl. Bellenberg, Gabriele, Reintjes, Christian, Bochumer Memorandum. Bilanz eines Jahrzehnts, Essen 2017, S. 38.

308 Vgl. Jaich, Finanzierung, S. 56.

309 Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Demokratie leben. Berichtsjahr 2015, S. 5 ff.

310 Vgl. Huntemann, Reichart, Volkshochschul-Statistik, S. 67, S. 73, S. 74.

Die Europäische Union (EU) ist zum relevanten Ko-Financier von politischer Bildung geworden. „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ist ein Programm welches darauf abzielt, Bürger anzuregen, sich aktiv an Einigungsprozessen auf europäischer Ebene zu beteiligen, den interkulturellen Dialog zu fördern und eine europäische Identität zu entwickeln. Dieses Programm läuft noch bis 2020 und ist mit 229 Millionen Euro durch die EU finanziert. Ein weiteres Projekt ist der Europäischen Sozialfonds (ESF), welcher der Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen dient. Ziel ist, Arbeitsplätze zu schaffen, Menschen zu qualifizieren und den Anteil benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt zu reduzieren. Die Förderung, ist sie auch eher arbeitsmarktspezifisch, deckt ebenfalls Maßnahmen der allgemeinen und politischen Bildung ab.³¹¹ Der Anteil von EU-Fördermitteln in den Haushalten der Volkshochschulen weist eine erhebliche Differenz auf, so liegt er in Hamburg bei 0% und in Thüringen bei 17,5%. In NRW liegt er bei 12,4 %.³¹² Eine weitere Fördermaßnahme findet unter dem Label „Lebenslanges Lernen“ statt, welche u. a. Maßnahmen zur politischen Bildung fördert. Bei diesem Projekt geht es um den europäischen Austausch von Lernenden und Lehrenden und die Zusammenarbeit von europäischen Bildungseinrichtungen.³¹³ Es gibt noch weitere Projekte auf die hier nicht weiter eingegangen wird.

4.4 Volkshochschulangebot Politik / Gesellschaft / Umwelt

Anmerkungen zur Datenlage. Die nachfolgenden Daten wurden vom DIE aus den übermittelten Daten von 898 Volkshochschulen (99,2%) ermittelt. In neun Fällen musste auf Daten des Berichtsjahres 2014 zurückgegriffen werden, da keine aktuellen Übermittlungen vorlagen. Komplette Datensätze zum aktuellen Berichtsbogen kamen von 98,2% der Volkshochschulen.³¹⁴ Die Tabelle zeigt eine Auflistung des gesamten Kursangebots aller Volkshochschulen und der einzelnen Länder, die Anteil an den Kursangeboten für den Bereich Politik, Gesellschaft und Umwelt am Gesamtangebot für das Bundesgebiet haben und den Anteil den dieser Bereich im Gesamtangebot der einzelnen Länder einnimmt. Bayern und Mecklenburg-Vorpommern wurden ausgewählt, da sie die Tabelle mit den gesamten Kursangeboten anführen, bzw. das Schlusslicht bilden. NRW wurde

311 Vgl. Kalina, Andreas, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 114.

312 Vgl. Huntemann, Reichart, Volkshochschul-Statistik, S. 21.

313 Vgl. Kalina, Andreas, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 115.

314 Vgl. Vgl. Huntemann, Reichart, Volkshochschul-Statistik, S. 14.

gewählt, da sich diese Arbeit schwerpunktmäßig auf NRW konzentriert. Die Daten über Einwohnerzahlen (Stand 2015) und finanzielle Mittel dienen als Übersicht und zur Einordnung zur Bevölkerungsdichte des jeweiligen Bundeslandes und die pro Kopffinanzierung. Diese Übersicht wurde gewählt, um das Verhältnis von Angeboten zur politischen Bildung zu dem gesamten Weiterbildungsangebot der Volkshochschulen, aufgeschlüsselt auf Bund und Länder, zu verdeutlichen.

	Bundesweit	NRW	Bayern	Mecklenburg-Vorpommern
Einwohner ³¹⁵	ca. 82 Mio.	ca. 17,8 Mio.	ca. 12,8 Mio.	ca. 1,6 Mio.
Anzahl VHS	898	130	190	8
Finanzvolumen in Tausend Euro	1.091.231	236.702	188.521	10.585
Kursangebote insgesamt	16.756.209	3.036.329	2.984.600	178.668
Anteil der Kursangebote der Länder am Gesamtangebot	-	(18,1 %)	(18 %)	(1,1 %)
Kursangebote Politik/Gesellschaft/Umwelt	785.245	118.202	167.738	3.212
Verhältnis Kursangebote Politik/Gesellschaft/Umwelt zum Gesamtangebot (Bund)	4,7 %	0,7 %	1,0 %	0,0 %
Anteil Kursangebot Politik/Gesellschaft/Umwelt am Gesamtangebot des jeweiligen Landes	-	3,9 %	5,6 %	1,8 %

Abb. 2: Verhältnis VHS Kursangebot Politik / Gesellschaft / Umwelt zum Gesamtangebot innerhalb der Länder. Vgl. Tabelle 1 + 22, in: Huntemann, Volkshochschul-Statistik: 54. Folge, Arbeitsjahr 2015, in: www.die-bonn.de/doks/2016-volkshochschule-statistik-01.pdf, 18.01.2018.

315 Vgl. Statista, Bevölkerung - Einwohnerzahl der Bundesländer in Deutschland am 31. Dezember 2016, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/71085/umfrage/verteilung-der-einwohnerzahl-nach-bundeslaendern/>, 12.01.18

Abb. 3 zeigt eine Auflistung der genuinen Politik-Kurse an allen deutschen VHS zwischen 2006-2015, unterteilt in Kurse, Unterrichtsstunden und Belegungen. Diese Tabelle wurde gewählt, um darstellen, wie sich genuine politische Angebote in dieser Zeit entwickelt haben und ob sich daraus ein Trend erkennen lässt.

Berichtsjahr	Kurse	Unterrichtsstunden	Belegungen
2006	1.890	44.295	36.121
2007	1.939	42.085	34.902
2008	1.853	41.695	35.921
2009	1.925	42.117	37.316
2010	2.031	42.071	37.076
2011	2.165	43.638	38.070
2012	1.953	39.881	37.116
2013	1.835	35.848	32.238
2014	1.756	37.775	32.078
2015	1.930	44.606	34.816

Abb. 3: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Sonderauswertung der VHS-Daten BRD zu Kursen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Fachgebiet 'Politik' 2006 – 2015.

Bei dem Vergleich der Unterrichtsangebote der Länder fällt auf, dass der Anteil des Bereichs Politik/Gesellschaft/ Umwelt einen sehr geringen Teil am Gesamtangebot der Länder, aber auch am Bundesanteil einnimmt. Der Anteil der Kurse pro Einwohner weicht zwischen den einzelnen Bundesländern stark ab. Während der Bundesdurchschnitt bei 0,2 Kursen pro Einwohner liegt, ist Bayern mit 0,23 Kursen über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 0,11 Kursen am Ende dieser Tabelle. NRW bildet hier mit 0,17 Kursen das Mittelfeld, ebenfalls unter dem bundesdeutschen Durchschnitt liegend. Diese Verteilung findet sich auch in der Ausgabenverteilung pro Einwohner wieder. Der Bundesdurchschnitt liegt hier bei 13,44 €, Bayern liegt über dem Durchschnitt mit 14,85 € pro Einwohner, während Mecklenburg-Vorpommern auch hier wieder das Schlusslicht bildet, mit 6,62 € pro Einwohner. NRW liegt nah am Durchschnitt mit 13,42 € pro Einwohner.³¹⁶ Insgesamt sind die Angebote für den Bereich Politik/Gesellschaft/Umwelt zwischen 2014/15 um 4,1 % gesunken,

³¹⁶ Vgl. Huntemann, Reichart, Volkshochschul-Statistik, S. 21 ff.

während der Sprachenbereich 18,5 % zugelegt hat.³¹⁷

Der Durchschnitt der angebotenen Kurse zum Thema Politik als genuines Fach liegt bei 1.927,7 Kursen, die Werte der letzten 10 Jahre in diesem Bereich sind demnach konstant, mit geringen Abweichungen. Auch die Unterrichtsstunden sind in diesem Zeitraum, bis auf die Jahre 12-14 kaum vom Durchschnittswert (41401,1 UE) abgewichen, allerdings ist die Zahl der Belegungen seit 2013 stark zurückgegangen, der Durchschnitt liegt hier bei 35.565,4 Belegungen.

Diese Zahlen spiegeln nur die Angebote der Volkshochschulen wieder und können nicht die tatsächliche Bandbreite von Angeboten zur politischen Bildung widerspiegeln. Allerdings geben sie eine erste Tendenz, bedenkt man, dass Volkshochschulen einen Anteil von 22 % am Weiterbildungsgeschehen haben.³¹⁸

5. Digitalisierung und Medienkompetenz in der Volkshochschule

Digitalisierung ist das geflügelte Wort 2017, nicht nur durch die in der Bundestagswahl vorangetriebene Werbung der Parteien, sondern durch einen realen Bedarf an Fachwissen in der Wirtschaft und im Alltag, wie bspw. Online-Arbeitsplätzen und e-Komunities. Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ bestätigt diesen Befund.³¹⁹ Diese hatte sich von 2009 bis 2013, im Auftrag des Bundestags mit den Auswirkungen des Internets auf Politik und Gesellschaft beschäftigt und das Ziel ihrer Arbeit dahingehend festgelegt „[...], dazu beizutragen, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für den Erwerb von Medienkompetenz zu optimieren. Im Ergebnis soll der Einzelne befähigt und darin gestärkt werden, Medien – insbesondere die interaktiven – selbstbestimmt, kompetent und souverän zu nutzen. Dies schließt explizit auch die Fähigkeit ein, selbst Inhalte zu produzieren und zu verbreiten.“³²⁰

317 Vgl. Huntemann, Reichart, Volkshochschul-Statistik, S. 60.

318 Vgl. Ambos, Ingrid, Feller, Gisela, Weiterbildungsanbieter im Spiegel des wbmonitor 2007, S. 8, in URL: <https://www.die-bonn.de/doks/weiterbildungsanbieter.pdf>, 29.12.2017.

319 Vgl. Deutscher, Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Medienkompetenz, 2011 in: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/072/1707286.pdf>, 19.10.2017, S. 8.

320 Ebd., S. 8.

5.1 VHS 2.0

Der Deutsche Volkshochschulverband ist Mitunterzeichner des Positionspapiers „Digitale Teilhabe für Alle ermöglichen – Digitale Agenda der Bundesregierung muss Weiterbildung stärken“, der Verbände der Weiterbildung. Durch die Mediennutzung will sich die VHS breiter aufstellen und mehr Menschen den Zugang zu Bildungsinhalten ermöglichen. Die Volkshochschulen nehmen erst langsam ihren Platz in der digitalen Welt ein und bieten verschiedene Optionen an, wie die VHSMOOCs, erweiterte Lernwelten und die VHS-Cloud. Das vhsBarcamp informiert jährlich über die Möglichkeiten digitaler Lernwelten und erweiterte Lernmethoden. Die Themen des Camps werden zu Beginn der Veranstaltung von den Teilnehmern festgelegt und selbstorganisiert, so findet gleich zu Beginn ein spontaner Austausch statt, wie es auch in den MOOCs und Online-Seminaren von den Teilnehmenden gewünscht wird.³²¹ Bis jetzt ist es so, dass sich diese Angebote vor allem an die ProfiWelt³²² der VHS richten und das Ziel haben, diese zu schulen und auf die neuen „digitalen“ Aufgaben vorzubereiten (Volkshochschulen lernen online! Vhs-portal.de). Angebote welche bereits jetzt den Teilnehmern online zugänglich sind, konzentrieren sich, bis auf Ausnahmen (bspw. VHSstrickMOOC, VHSichMOOC) noch stark auf den Sprachenbereich.

Die Nachfolgenden digitalen Lehr- und Lernarrangement sind ein wichtiger Schritt für die Volkshochschulen. Diese Entwicklung ermöglicht den Anschluss an die digitale Welt und ist wichtig, um das Konzept des lebenslangen Lernens auch zukünftig, entgrenzend zu unterstützen. Die Zugangsmöglichkeiten werden durch Online-Angebote nicht nur vereinfacht, sie sprechen u. U. auch ein breiteres Publikum an, vielleicht auch bildungsungeübte Schichten.

5.1.1 VHS-MOOCs (Massive Open Online Course)

MOOCs sind Massen Online Kurse, welche über einen, meist im Vorfeld festgelegten Themenkatalog verfügen. Die Themen wechseln dabei regelmäßig. Literaturempfehlungen für die jeweiligen Themen werden von den Gastgebern zur Verfügung gestellt,

³²¹ Vgl. Will, Stefan, Impressionen des vhsBarcamps2017 in Kaiserslautern, in:

<http://blog.volkshochschule.de/impressionen-des-vhsbarcamps-2017-in-kaiserslautern/>, 17.10.2017.

³²² Mitarbeitende der Volkshochschulen und Kooperationspartner.

ebenso Vorschläge für Aufgaben, welche von den Teilnehmenden themenbezogen bearbeitet werden können. Es werden auch Lernmöglichkeiten der MOOCs vorgestellt, ebenso wird die Organisation von Lernprozessen und die Vernetzung mit anderen Teilnehmern dargestellt. Die Betreuung der einzelnen Teilnehmer ist auf Grund der Masse an Teilnehmenden nicht möglich, daher findet das Lernen eigenverantwortlich statt. Die Teilnehmer erarbeiten sich die zur Verfügung gestellten Inhalte selbst oder organisieren sich in Lerngruppen. Dies geschieht auf unterschiedliche Arten, wie z. B. durch soziale Medien (Twitter, Facebook).³²³ MOOCs haben Grundprinzipien denen sie folgen, dazu gehört u. a., dass sie meistens für alle Interessenten offen sind, demnach keinen strengen Zugangsvoraussetzungen unterliegen und oftmals kostenlos angeboten werden.³²⁴ Sie benötigen die dezentrale Infrastruktur des World Wide Webs und vernetzen dadurch die einzelnen Teilnehmer untereinander, dies geschieht durch unterschiedliche soziale Medien und RSS (Really Simple Syndication³²⁵). Beispielsweise werden Foren für den aktiven Diskurs eingerichtet, dort können auch Bilder und Grafiken geteilt werden. Die Partizipation der Teilnehmer wird bei dieser Lernform in den Mittelpunkt gestellt.³²⁶

MOOC ist jedoch nicht MOOC, man unterscheidet im Allgemeinen zwischen cMOOC, xMOOC und Blended MOOC. Im Connectivism MOOC (cMOOC) geht es um die Vernetzung der Teilnehmenden und deren Austausch, so wie den Austausch mit der Lehrkraft. Dies geschieht durch verschiedene Texte, Videos und durch die von den Teilnehmenden eingebrachten Informationen. Kennzeichnend für diese MOOC-Form sind die Beteiligungsstufen: orientieren, ordnen, beitragen und teilen.³²⁷

Der extensionMOOC (xMOOC) ist als erweitertes online-Angebot der Universitäten gedacht und arbeitet mit festgelegten Kursangeboten und vorgeschriebener Literatur, ohne eine Mitwirkung der Lernenden.³²⁸

Blended MOOCs kombinieren die verschiedenen MOOC-Arten und bieten zusätzlich

323 Vgl. Rohs, Matthias, Giehl, Christoph, Beiträge zur Erwachsenenbildung (Nr.2), Evaluationsbericht zum VHS-MOOC „Wecke den Riesen auf“, Kaiserslautern 2014, S. 1 ff.

324 Vgl. Volkshochschulinformationen, in: <https://www.vhs.info/mooc/>, 12.10.2017.

325 RSS gibt den Nutzer die Möglichkeit über Neuerungen verschiedener Websites informiert zu werden, ohne dass er die jeweilige Seite dafür aufrufen muss.

326 Vgl. Rohs, Evaluationsbericht zum VHS-MOOC, S. 2.

327 Vgl. Volkshochschulinformationen, in: <https://www.vhs.info/mooc/>, 12.10.2017.

328 Vgl. ebd.

Präsenzveranstaltungen an, welche ermöglichen, akademische CreditPoints zu sammeln.³²⁹

Der VHS-MOOCs richtete sich bis jetzt an die vhsProfiWelt (Kursleitende, Mitarbeiter, Direktoren, Vorstände und Kooperationspartner). Sie sollte allerdings nicht nur web-affine Nutzer erreichen, sondern auch solche, die nur wenig Web-Erfahrung haben. Die Themenblöcke wurden dahingehend auch für Laien verständlich aufgebaut.³³⁰ Den Nutzern sollen durch den MOOC die Möglichkeiten des Online-Lernens näher gebracht werden. Die VHS-MOOCs legen, wie auch die MOOCs anderer Anbieter, viel Wert auf den Austausch der Lernenden untereinander und arbeiten ebenfalls mit kostenlosen Diensten wie Twitter und YouTube.³³¹ Durch die Möglichkeit Teilnehmer deutschlandweit – natürlich auch weltweit – zu vernetzen, könnte VHS-MOOCs die Kursausfallrate senken, denn oftmals können Kurse nicht stattfinden, weil nicht genügend Teilnehmer daran teilnehmen, Wege und Uhrzeiten sind dabei häufig ein Problem, wie die Autorin als Mitarbeiterin einer ländlichen Volkshochschule weiß. Auch Kursleitermangel kann dadurch behoben werden, denn bei Online-Seminaren ist es egal aus welchem Bundesland der Dozent kommt.

5.1.2 VHS-Cloud

Die VHS Cloud wird vom deutschen Volkshochschulverband angeboten und bietet den Volkshochschulen bspw. die Plattform Online-Lernangebote zu ermöglichen und sich untereinander zu vernetzen, z. B. durch Gruppenbildung. Gruppen dienen der Kommunikation der VHS-Mitarbeiter untereinander, in den Kursen können sie verschiedene Lehr- und Lernszenarien realisieren. Dieses geschieht u. a. online oder als Blended Learning. In der Cloud stehen den angemeldeten Nutzern auch Lernmaterialien und Medien aus unterschiedlichen Quellen zur Verfügung³³². Diese Plattform hat das Potential die Volkshochschulen und ihre Mitarbeiter in die digitale Welt der Weiterbildung zu integrieren. Voraussetzung für den Erfolg ist einerseits, die Teilnahme der einzelnen

329 Vgl. Volkshochschulinformationen, in: <https://www.vhs.info/mooc/>, 12.10.2017.

330 Vgl. Rohs, Evaluationsbericht zum VHS-MOOC, S. 3.

331 Vgl. Brück, Dominik, Online lernen mit MOOCs. Die Volkshochschule kommt ins Wohnzimmer, in: <http://www.stern.de/digital/online/online-lernen-mit-moocs-die-volkshochschule-kommt-ins-wohnzimmer-3310202.html>, 12.10.2017.

332 Vgl. DVV e.V., in: <https://www.vhs.cloud/wws/9.php#/wws/was-ist-die-vhs-cloud.php?sid=20603795165756952651455525552040Sbc5fc17a>, 29.12.2017.

Volkshochschulen an diesem Angebot, zum anderen die direkte Auseinandersetzung mit dem Thema Online-Angebote in der eigenen Region. Dazu gehört nicht nur der potentielle Teilnehmerkreis und die Gewinnung neuer Teilnehmer, sondern auch die Prüfung der nötigen Infrastruktur. Online-Weiterbildungsangebote können nur dort erfolgreich genutzt werden, wo eine flächendeckend leistungsfähige Internetverbindung besteht.

5.1.3 Erweiterte Lernwelten e.V.

Den Verein Erweiterte Lernwelten gibt es seit 2015, er wurde von Volkshochschulmitarbeitern verschiedener Volkshochschulen gegründet. Hinter den erweiterten Lernwelten (elw) steckt die Intention, die bisherige analoge Lernpraxis durch digital Angebote zu erweitern. Digitale Lernangebote bieten den Vorteil, dass der Lernort irrelevant ist, so lange eine angemessene Netzanbindung vorhanden ist.³³³ Auch die Uhrzeit ist flexibel, da das Arbeiten mit Videos, Lernspielen oder Audiodateien dem Nutzer eine freie, zeitunabhängige Nutzung der Inhalte garantiert. Dieses gilt natürlich nicht für alle Angebote, da bspw. Diskussionsgruppen einer Echtzeitbeteiligung bedürfen. Wie auch bei den MOOCS, können die Nutzer Lernmaterialien partizipativ im Internet suchen und diese für die Nutzergruppe online stellen, damit erweitert sich das Lernmaterial, welches im voraus online gestellt wurde, der Austausch unter den Nutzer wird angeregt und sie werden zu Wissensproduzenten und Lerngestaltern. Auch fördert dieses Arbeiten interdisziplinäres Denken, da nicht nur vorgegebene Literatur genutzt wird, sondern die Fülle des Internets zur Verfügung steht. Nicht zu vergessen ist, dass diese Online-Angebote lediglich als Erweiterung des analogen Lernens gesehen werden, nicht als Ersatz. Curriculare Bestimmungen werden verknüpft mit individuellen Lernbausteinen und machen das Lernen individuell.³³⁴ In ihrem Blog informiert das Team erweiterte Lernwelten (elw) stetig über neue Methoden des Online-Unterrichts und fordert Beteiligung und einen regen Austausch zu den Themen auf Twitter.³³⁵ Online und an vier Volkshochschulen in Deutschland konnten Nutzer / Besucher 2017 die Smart Democracy Reihe erleben. Diese vier Veranstaltungen rund um das Thema Politik boten nicht nur einen tieferen Einblick in die einzelnen Themen, sondern auch die aktive Teilnahme der Zuhörer, durch

333 Vgl. Erweiterte Lernwelten e. V., in: <http://erweitertelernwelten.de/was-bedeutet-erweiterte-lernwelten/>, 16.10.2017.

334 Vgl. ebd.

335 Vgl. Will, Stefan, <http://blog.volkshochschule.de/erweiterte-lernwelten-es-geht-weiter/>, 17.10.2017.

die Möglichkeit direkte Fragen an den Dozenten stellen zu könnten. Für die Online-Zuhörer war der download einer App für die aktive Teilnahme notwendig. Diskussionen wurden aber auch auf Twitter geführt.³³⁶

Die digitalen Lehr- und Lernarrangements der Volkshochschulen befinden sich noch im Aufbau, trotzdem kann ihnen ein hohes Potential im Bezug auf Teilnehmeraktivierung zugesprochen werden. Sie bieten die Möglichkeit einer aktiven und barrierenübergreifenden Vernetzung der Teilnehmer und Lehrkräfte untereinander. Die sich daraus entwickelnden Informationen sind zudem in ihrer Pluralität gebündelt verfügbar, institutionsunabhängiger durch die aktive Mitentwicklung der Teilnehmer und in Teilnehmersprache verfasst. Durch Aktivierung einzelner Teilnehmer können weitere Interessenten erreicht werden. Geringe bis keine Zugangsbeschränkung und teilweise kostenfreie Nutzung der Angebote fördern dieses zusätzlich. Die Vernetzung kommt nicht nur den Lehrenden und Lernenden zugute, auch die einzelnen Institutionen und Kooperationspartner profitieren. Kleinere Einrichtungen können sich bei finanzstarken Einrichtung einklinken, das ist vor allem bei Vorträgen von Vorteil, da Honorare von Dozenten und Personaleinsatz verteilt werden können. Vorträge sind meistens auf dem Land nicht so hoch frequentiert, wie in größeren Stätten, wovon kleine Städte/Gemeinden bspw. bei Veranstaltungen wie smart democracy profitieren. Die Bemühungen der Volkshochschulen können zu einer aktiveren Beteiligung führen und dem Abwärtstrend der politischen Bildung entgegenwirken.

5.2 Funkkolleg

Das Funkkolleg verdient m. E. eine gesonderte Erwähnung, da es nicht nur zur Medialisierung der Weiterbildung beigetragen hat, sondern – wie auch die Abendgymnasien³³⁷ – in besonderer Weise mobilisierend wirkte.³³⁸ Zudem kommt diesem Medium gerade in unserem digitalen Zeitalter eine besondere Bedeutung zu, da es die Menschen digital

336 Vgl. DVV e. V., in <https://www.vhs.cloud/wws/9.php#/wws/smart-democracy.php?sid=20603795165756952651455525566910S2beba089>, 29.12.2017.

337 Abendgymnasien gab es schon seit den 1920ern und sollten vor allem eine Chance für begabte Arbeiterkinder auf Weiterbildung bieten. Besondere Zuwendung erfuhr das Abendgymnasium im Zuge der Bildungsreform. Vgl. Dresselhaus, Günter, Weiterbildung in Deutschland. Entwicklung und Herausforderungen am Beispiel des Zweiten Bildungsweges in Nordrhein-Westfalen, Münster 2001, S. 13 ff.

338 Vgl. Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung, S. 89.

(Podcast) erreicht. Durch das Medium „Hörfunk“ konnte ein breites Publikum angesprochen werden. Unterschiedliche Lernelemente und Lernmedien boten dem Lerner die Möglichkeit zur Selbstgestaltung des eigenen Lernprozesses. In manchen Bildungsbiographien führte die Teilnahme an einem solchen Seminar zu einem Dynamisierungsprozess. Das meint, dass die Erfahrung aus der Teilnahme Interesse an anderen Bildungsaktivitäten bedingt hat, weil sich dadurch neue Interessen aufgetan haben oder neue Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung boten.³³⁹ Das Funkkolleg, ins Leben gerufen am 05.05.1966, lief im zweiten Programm des hessischen Rundfunks (HR) und war auf drei Jahre terminiert. Ein Ziel war es, den Mangel an Lehrkräften für den Gemeinschaftskundeunterricht auszugleichen, daher bestand die Zielgruppe zu Beginn der Sendung vor allem aus Lehrkräften, zum anderen sollten Bildungsbarrieren durch den einfachen Zugang überwunden werden. Der Umfang der Seminare war insgesamt auf dreißig Stunden festgelegt, eine Unterrichtseinheit lief eine Stunde. Durch das steigende Interesse wurde ein Verbund gegründet, in den auch andere Rundfunksender mit einstiegen, aber auch das Deutsches Institut für Fernstudien (DIFF) und das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE). Die beiden letzteren sorgten für die Begleitmaterialien, die den Teilnehmern zugeschickt wurden. Volkshochschulen boten Begleitzirkel an. Zertifizierbar waren diese Seminare nach dem Ablegen einer Prüfung in einer zentralen Volkshochschule. Prüfungen und Hausarbeiten wurden auf Grund der hohen Teilnehmerzahl in Multiple-Choice (MC) Verfahren abgelegt. 1996 wurde der Verbund aufgelöst, da immer mehr Funkanstalten aus dem Verbund ausgetreten waren. Seit 1998 ist es wieder nur der HR, der in Zusammenarbeit mit dem hessischen Volkshochschulverband Funkweiterbildung anbietet, erstmals ohne Prüfungen und Zertifikate wie zwischen 1966 und 1998. Seit 2008 ist es jedoch wieder möglich beim HR Online-Zwischenprüfungen zu machen, die hessischen Volkshochschulen bieten dazu Präsenz-Abschlussprüfungen (MC) an, mit denen ein Zertifikat erlangt werden kann. Die Sendungen werden als Podcast angeboten, ein Reader ist verfügbar.³⁴⁰

339 Vgl. Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung, S. 89.

340 Vgl. Wolf, Bernhard, Funkkolleg, in: Arnold, Wörterbuch Erwachsenenpädagogik. Bad Heilbrunn/Obb., 2010, in: http://www.wb-erwachsenenbildung.de/online-woerterbuch/?title=Funkkolleg&tx_buhutbedulexicon_main%5Bentry%5D=84&tx_buhutbedulexicon_main%5Baction%5D=show&tx_buhutbedulexicon_main%5Bcontroller%5D=Lexicon&cHash=1887c1e9d4e47fe514beadaf162fe0ee, 15.08.2017.

6. Fazit

„Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein“³⁴¹

Die Entstehung der Weiterbildung / politischen Bildung geht auf die Tatsache zurück, dass die Bürger Deutschlands nach Einflussnahme und Demokratisierung strebten. Dass sie einen Platz in den Gesetzen des Bundes und der Länder bekommen hat, war der Angst der Bevölkerung und der Alliierten vor Machtmissbrauch/Diktatur, Faschismus und Xenophobie geschuldet. Die Entstehungsgeschichte der politischen Bildung geht einher mit dem gesellschaftlich-politischen Wandel von einer konstitutionellen Monarchie zu einer Republik, einem totalitären Intermezzo, gefolgt von einer zu stabilisierenden und dann stabilisierten demokratischen Bundesrepublik. Dem gegenüber steht das Jetzt. Nie war eine Epoche so friedlich.³⁴² Die Demokratie ist zur Selbstverständlichkeit geworden und die Wirtschaft gefestigt – „Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut“³⁴³! Und doch wird unsere Demokratie täglich vor alte und neue Herausforderungen gestellt. Nur eine aktive Bürgerschaft kann in der Lage sein die Demokratie zu erhalten. Nachlässigkeit birgt in diesem Zusammenhang die Gefahr, dass politische Bildung zu leicht auf ihre „Feuerwehrfunktion“³⁴⁴ reduziert wird, marktdienliche Bildungsinhalte die Oberhand gewinnen und aktive Bürgerschaft verhindern.

„Misst man die Wertschätzung der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung an den tatsächlichen Haushaltsansätzen der Bundesländer, so ist sie kaum noch erkennbar!“³⁴⁵, so Roman Jaich.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert, ausgehend von den Ergebnissen ihrer Studie, eine deutliche Verbesserung der Bildungsfinanzierungskonzepte sämtlicher Bildungsbereiche und einer finanziellen Aufstockung um min. 57 Milliarden Euro.³⁴⁶

341 Negt, Oskar, Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. 1. Aufl. Göttingen 2010, in: <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-86521-561-1>.

342 Vgl. Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 127.

343 Moscovici, Benjamin, Merkel in Haushaltsdebatte. "Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut". In: Der Tagesspiegel, 2016 in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/merkel-in-haushaltsdebatte-den-menschen-in-deutschland-ging-es-noch-nie-so-gut/14881374.html>, 16.01.2018.

344 Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 127.

345 Jaich, Finanzierung, S. 57.

346 Vgl. Jaich, Finanzierung, S. 57.

Zum Vergleich, der Verteidigungshaushalt 2017 betrug 37 Milliarden Euro.³⁴⁷ Das GEW fordert in diesem Zusammenhang die Festlegung auf 1 % des Bildungsetats für die allgemeine Erwachsenenbildung.³⁴⁸ Auch die Zahlen aus der VHS-Statistik wirken eher alarmierend als beruhigend. Die Angebotsspanne im Bereich der politischen Bildung kommt in der Bilanz dieser Arbeit schlecht weg. Politische Bildungsinhalte kommen gerade mal auf einen Anteil von 6,6 % am gesamten Programmbereich. Bei der Belegung waren es 8,4 %. Im Vergleich dazu liegt der Bereich Gesundheit bei 36,5 %. Allerdings sind dies nur die Zahlen der Volkshochschulen und Beachtung muss auch die Tatsache finden, dass genuine politische Angebote stark zurückgegangen sind und viele Kurse nicht den Weg in die Statistik gefunden haben, da sie inkorporiert wurden in Angebote zur beruflichen Bildung.³⁴⁹ Einfluss auf den geringen Anteil der politischen Bildungsangebote wird vermutlich auch die Ausbildung der für die Planung verantwortlichen hauptamtlichen Pädagogen haben, von denen höchstens ein Viertel, eher weniger, Politikwissenschaften studiert haben.³⁵⁰ Doch nicht nur im Anbieterbereich kränkt die politische Bildung, auch auf wissenschaftlicher Ebene findet die politische Bildung als eigene, von der Politikdidaktik losgelöste Didaktik nur wenige Fürsprecher, das Verhältnis der politikwissenschaftlichen Professuren liegt bei 1:40.³⁵¹

Die Entwicklung der politischen Bildung weist eine deutliche Bevorzugung beruflicher Bildungsinhalte auf. Die politische Bildung wird in sie verwoben, was in manchen Bereichen, wie bspw. in der Gewerkschaftsarbeit, Sinn machen kann; allerdings verliert sie dadurch oftmals ihren Charakter, ihr sollte jedoch das Recht auf ein eigenständiges Lernfeld zustehen.³⁵² Die Inkorporation politischer Bildung in die berufliche Weiterbildung kann dazu führen, dass das eigentliche Ziel der politischen Bildung, nämlich die Entwicklung politischer Mündigkeit, marktwirtschaftlichen Interessen unterworfen wird. Ferner besteht die Gefahr, dass – wie bereits bei der Gruppe der Migranten aufgefallen – der Zugang zur politischen Bildung erschwert wird, da er bspw. an ein betriebliche Umfeld gebunden ist. Dies wäre auch gerade für die eigentliche Zielgruppe prekär,

347 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungshaushalt, in: <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt>, 06.01.2018.

348 Vgl. Jaich, Finanzierung, S. 8.

349 Vgl. Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 122.

350 Vgl. Hufer, Wo steht die Wissenschaft von der politischen Bildung? S. 47.

351 Vgl. Hufer, Lange, Handbuch politische Erwachsenenbildung, S.8.

352 Vgl. Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 122.

denn Arbeitslose, Nichterwerbstätige oder prekär Beschäftigte, also all diejenigen, welche eine unsichere Anstellung haben oder vom Abstieg bedroht sind, werden durch diese Angebotsentwicklung immer weiter von den Bildungsangeboten ausgeschlossen. „Insofern sollte eine inhaltliche Vernetzung weder eine fördertechnische noch eine rechtliche oder organisatorische Integration implizieren.“³⁵³ Einbrüche bei der Finanzierung der Weiterbildung / politischen Bildung unterstützen die negative Entwicklung von Angeboten. Träger schlagen die fehlenden Fördermittel auf die Preise der Kurse oder kürzen ihr Programm zugunsten besser geförderter Angebote, wie bspw. für Integrationskurse. Ersteres trägt dazu bei, dass einkommensschwache Milieus vom Angebot ausgeschlossen werden. Die Einsparung beim Personal geht zu Lasten der Professionalität und dem Pluralitätsgebot, da Anbieter u. U. fusionieren.³⁵⁴ Das Zitat zu Beginn dieses Fazit macht deutlich, dass die politische Bildung stärkerer Zuwendung bedarf. Sie muss an die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse, deren Ansprüche und Standards angepasst werden – mitwachsen – ohne ihre Grundidee, ihre Daseinsberechtigung zu verlieren. Um ein kontinuierliches, professionelles „Mitwachsen“ zu ermöglichen, bedarf es auch einer diversifizierten fachlichen Öffentlichkeit, welche, wie bereits erwähnt, eher unterbesetzt daherkommt.

Was beim Schreiben dieser Arbeit auffiel, ist, dass es schwer ist an valide Zahlen zu kommen, welche ein bundesweites Bild von Angeboten zur politischen Bildung aufzeigen. Die Suche nach Angeboten, der Versuch eine Übersicht zu diesem Themenbereich zu erhalten, kann selbst schon in die Bewertung des Stellenwerts politischer Bildung einfließen. Sind die Adressaten politischer Bildungsangebote doch eher politisch uninteressierte und bildungsungewohnte Schichten, so kommt die Frage auf, wie diese Menschen erreicht werden sollen. Die Pluralität dieses Bereichs, wie sie so oft gelobt wird und zurecht besteht, kann dazu führen, dass Recherche zur Sisyphusarbeit wird, wo sie Orientierung bringen sollte. Die Verankerung der politischen Bildung in die Weiterbildung und die Bindung an ihr Budget, ist, für einen Themenbereich der sich um den Erhalt der Demokratie in Deutschland kümmert, vielleicht zu überdenken. Die aktuelle Lage, in welcher offen rechtsorientierte Parteien Einfluss auf das Bildungsbudget und die Angebote zur politischen Bildung nehmen können, wie bspw. in den Landeszentra-

353 Kalina, Erfolgreich. Politisch. Bilden, S. 122.

354 Vgl. ebd., S.121.

len für Politische Bildung³⁵⁵, ist m. E. kritisch und erfordert eine deutliche Positionierung der Kuratorien für eine demokratische Politik und eine flächendeckende politische Bildung.

Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten sprach in einem Interview mit der Europäischen Akademie Berlin über Anerkennung und Stellenwert politischer Bildung. Sie sieht die Probleme vor allem in der Anerkennung der Arbeit, welche von den Akteuren politischer Bildung geleistet werden. Die Zusammenarbeit mit der Politik auf Bundesebene ist zwiespältig, wie bereits Andreas Kalina in seiner Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung feststellte. Einerseits ist die Politik sich der Wichtigkeit politischer Bildungsarbeit bewusst und macht viele Versprechungen, die Umsetzung sei dann allerdings eher unerfreulich, so Bielenberg.³⁵⁶ Sie wünscht sich für die Zukunft eine größere Anerkennung der politischen Bildungsarbeit in der Politik und der Öffentlichkeit. Des weiteren seien ihres Erachtens eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und Richtlinien – Bürokratisierungsabbau – dringend notwendig.³⁵⁷

Der von den Volkshochschulen eingeschlagene Weg, hin zur Digitalisierung von Weiterbildungsangeboten, kann ganz klar als Chance für die politische Bildung gesehen werden mehr Menschen zu erreichen. Gerade Flächenländer wie Mecklenburg-Vorpommern, mit geringer Volkshochschuldichte und weiten Wegen für die Kursteilnehmer, kann vom Ausbau digitaler Angebote profitieren. Auch im Bezug auf den demographischen Wandel, der vor allem ländliche Teile stark betrifft³⁵⁸ und die dadurch resultierende Ausgrenzung der dort lebenden Menschen, kann dadurch positive Entwicklung erfahren. Diese Entwicklung ermöglicht eine ganz neue Teilnehmervernetzung, vor allem durch die aktive Beteiligung und Recherchearbeit der Teilnehmer bei den MOOCs, aber auch in Diskussionsrunden nach Vorträgen. Die Teilnahmemöglichkeit wird durch sozialverträgliche Kostenaufwendung, geringe Zugangsvoraussetzungen und dem Wegfall

355 Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, in: <http://www.lpb-mv.de/ueber-uns/kuratorium/>, 24.01.2018.

356 Vgl. Europäische Akademie Berlin, Politische Bildung – ein Auslaufmodell?, in: <https://www.youtube.com/watch?v=fuzNW5MIUUU>, 16.01.2018.

357 Vgl. ebd.

358 Vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Demographischer Wandel, in: https://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/02_Leben-auf-dem-Land/Demografischer-Wandel/demografischer-wandel_node.html, 24.01.2018.

weiter Anreisewege angehoben. Digitalisierung bedarf der Medienkompetenz. Es reicht nicht, Angebote zu entwickeln, ohne die Möglichkeit zu bieten, diese Kompetenz zu erlangen. Hier bleibt das Problem der allgemeinen Weiterbildung bestehen, nämlich die Menschen nicht nur zu erreichen und zu motivieren, sondern sie auch zu mobilisieren. Ein stärkerer Ausbau der Angebote zur Weiterbildung in ländlichen Gebieten bleibt weiterhin notwendig, auch wenn die Generation der *digital natives*³⁵⁹ heranwächst. Da sich die beschriebenen Online-Programme noch in der Anfangsphase befinden, können repräsentative Ergebnisse, welche auf eine positive Veränderung der Angebote und der Inanspruchnahme von Angeboten zur politischen Bildung hinweisen, noch nicht erwartet werden. Zudem ist, gerade in den Flächenländern und ländlichen Gebieten, der Zugang zu leistungsfähigem Breitbandinternet problematisch bis unmöglich. Das Funkkolleg kann als Verbindungsstück fungieren, da der Hörfunk auch die ländlichen Gebiete erreicht. Ganz auf das Internet kann auch hier nicht verzichtet werden, allerdings gibt es Begleitmaterialien und mögliche Hilfestellungen der mitwirkenden Volkshochschulen. Die Vorteile sind, wie bei den digitalen Angeboten, der sozialverträgliche Kostenaufwand und die geringen Zugangsbeschränkungen. Was fehlt ist die Vernetzung und die Mitgestaltungsmöglichkeit der Teilnehmer.

Mein Fazit für den Stellenwert politischer Bildung ist, dass sich Gesellschaft, Politik und Anbieter politischer Bildung, der Wichtigkeit der Aufgabe, trotz Finanzierungsschwierigkeiten und sinkender Angebots- und Buchungszahlen bewusst sind. Diese Aussage wird nicht nur durch die Vielzahl pluraler Angebote und Anbieter unterstützt, sondern auch durch die vielfältigen und oft provokanten Diskussionen, die dieses Thema hervorruft. Auch die Wiedereinführung der Niedersächsischen Landeszentrale ist ein Bekenntnis für die politische Bildung.

Die Volkshochschulen bemühen sich um eine stetige Erweiterung ihres Angebots, leider kommt der Bereich der politischen Bildung zu kurz und sollte mehr Anerkennung in den Reihen der Volkshochschule finden, auch bei geringen Teilnehmerzahlen. Vielleicht schaffen es die Volkshochschulen durch ihre Digitalisierungsversuche mehr Menschen zu erreichen, bis jetzt fehlt aber noch stark der Bezug zu den einzelnen Teilnehmern, ge-

359 Digital natives meinen Personen, welche mit digitalen Medien aufgewachsen sind.

Vgl. Bibliographisches Institut GmbH, *Digital Natives*, in:

https://www.duden.de/rechtschreibung/Digital_Native, 24.01.2018.

rade der MOOC-Bereich bietet großes Potential, bleibt aber eher unbekannt und ungenutzt. Die Volkshochschulen profitieren noch von ihrem Bekanntheitsgrad, dass wird sich mit der Generation der digital natives vermutlich auf Dauer ändern und es bedarf in Zukunft einer stärkeren Fokussierung auf diese Gruppe. Die Möglichkeiten der Digitalisierung und die dadurch mögliche, stärkere Zusammenarbeit können vor allem den ländlichen Volkshochschulen helfen, mehr Programmvielfalt zu wagen und auch Veranstaltungen anzubieten (online) welche vorher aus Kostengründen und auf Grund der zu erwartenden Teilnehmerzahl nicht möglich gewesen wären. Die Abhängigkeit der Volkshochschulen vom kommunalen Haushalt trifft nicht alle Volkshochschulen im gleichen Maße, da sie unterschiedliche Rechtsformen haben oder bspw. in Zweckverbänden organisiert sind. Sicher ist aber, dass weniger Geld auch immer zu weniger Angeboten führt.

Abschließend wird hier nochmals auf die eingangs formulierte Fragestellung eingegangen. Die primäre Frage ist, inwiefern Volkshochschulen noch in der Lage sind – vor dem Hintergrund einer sich stärker ausprägenden medialen Demokratie – Menschen abseits von „big data“ zu erreichen. Gerade die mediale Demokratie bedarf der Orientierung und Volkshochschulen können die Möglichkeiten, welche die Medialisierung bietet, für sich nutzbar machen, um Menschen zu erreichen und zu orientieren. Die Möglichkeiten sind jedoch bei Weitem noch nicht ausgeschöpft und es fehlt an flächendeckender Professionalität, bei Anbietern, wie auch bei Nutzern, in diesem Bereich, sowie einem leistungsstarken Breitbandinternet. Inwiefern politische Bildung einem Sparzwang unterliegt, ist klar zu beantworten. Politische Bildung ist unterfinanziert und beeinflusst damit die politische Bildung negativ. Die Angebote zur politischen Bildung sind rückläufig, genau wie die Buchungszahlen für diese Angebote. Mehr Geld, mehr Wertschätzung der politischen Bildung und die Nähe zum Teilnehmer können diesem Trend entgegenwirken. Online-Angebote und Funkkolleg sind nur eine Möglichkeit. Politische Bildung muss aktiv und präsent sein um potentielle Teilnehmer zu aktivieren.

Literaturverzeichnis

Monographien

Dagger, Steffen, Greiner, Christoph (2004): Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven. Wiesbaden, s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90144-2>.

Dresselhaus, Günter (2001): Weiterbildung in Deutschland. Entwicklungen und Herausforderungen am Beispiel des zweiten Bildungsweges in Nordrhein-Westfalen. Münster, Hamburg: Lit (Texte zur Theorie und Geschichte der Bildung, Bd. 19).

Deutscher Bildungsrat (1970): Empfehlungen der Bildungskommission. Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart.

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (2014): Trends der Weiterbildung. DIE-Trendanalyse 2014. Bielefeld: WBV (DIE-Spezial).

Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens (2004): Finanzierung lebenslangen Lernens - der Weg in die Zukunft. Schlussbericht. Bielefeld: Bertelsmann (Schriftenreihe der Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens, Bd. 6).

Faulstich, Peter; Zeuner, Christine (2010): Erwachsenenbildung. Weinheim; Basel: Beltz (Bachelor, Master). Online verfügbar unter http://eres.lb-oldenburg.de/redirect.php?url=http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783407290724.

Gay, Peter (1989): Die Republik der Aussenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Zeit in 1918 - 1933. Vom Autor durchges. Neuausg., 6. - 7. Tsd. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl. (Fischer, 4378).

Gesellschaft für Politikdidaktik und Politische Jugend- und Erwachsenenbildung (2016): Politische Bildung als Wissenschaft. Bilanz und Perspektive. Schriftenreihe der GPJE. 2nd ed. Schwalbach: Wochenschau Verlag (Schriftenreihe der GPJE, Band 1). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=4688528>.

Gierke, Willi B.; Loeber-Pautsch, Uta (2000): Die pluralen Strukturen der Erwachsenenbildung. Zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Niedersachsen ; 1947 - 1960. Teilw. zugl.: Oldenburg, Univ., Diss. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Univ.

Greven, Michael Th (2000): Kontingenz und Dezision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft. Wiesbaden, s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Studien zur politischen Gesellschaft, 3). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-663-10522-0>.

Hessische Blätter für Volksbildung 04/2010 (2010): Politische Bildung. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag (Hessische Blätter für Volksbildung 04/2010). Online verfügbar unter <http://www.die-bonn.de/id/10908>.

Hufer, Klaus-Peter (2016): Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin. 1. Auflage. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Kalina, Andreas (2014): Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V, 4). Online verfügbar unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_20184-544-1-30.pdf?140127145035.

Meyer, Thomas (2003): Was ist Politik? 2., überarb. und erw. Aufl. Opladen: Leske und Budrich (UTB, 2135).

Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. 1. Aufl. Göttingen: Steidl (Schriften, / Oskar Negt ; Bd. 4). Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-86521-561-1>.

Oeftering, Tonio (2013): Das Politische als Kern der politischen Bildung. Hannah Arendts Beitrag zur Didaktik des politischen Unterrichts. 1. Aufl. Schwalbach: Wochenschau-Verlag (Wochenschau Wissenschaft). Online verfügbar unter <http://www.wochenschau-verlag.de/das-politische-als-kern-der-politischen-bildung.html>.

Olbrich, Josef (2001): Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland. Wiesbaden, s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-95032-1>.

Petko, Dominik (2014): Einführung in die Mediendidaktik. Lehren und Lernen mit digitalen Medien. 1. Aufl. s.l.: Beltz (Pädagogik 2014). Online verfügbar unter http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok_id/1197042.

Rahner, Mechthild (1993): "Tout est neuf ici, tout est à recommencer ...". Die Rezeption des französischen Existentialismus im kulturellen Feld Westdeutschlands (1945 - 1949). Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 1992. Würzburg: Königshausen und Neumann (Epistemata Reihe Philosophie, 142).

Schach, Andreas (2013): Maß und Mitte. Weiterbildung - sozio-kulturelle und erkenntnistheoretische Reflexionen. Münster: Lit (Erziehungswissenschaft, 68).

Schlutz, Erhard (2011): Die Volkshochschule - Bildung in öffentlicher Verantwortung. Bonn: DVV.

Schröer, Andreas (2003): Change Management pädagogischer Institutionen. Wandlungsprozesse in Einrichtungen der Evangelischen Erwachsenenbildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Organisation und Pädagogik, 1). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-80967-4>.

Seitter, Wolfgang (2007): Geschichte der Erwachsenenbildung. Eine Einführung. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Bielefeld: WBV (Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung). Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-7639-1946-8>.

Sammelbände

Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (Hg.) (2013): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 7., vollständig aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.

Arnold, Rolf; Nolda, Sigrid; Nuissl, Ekkehard (Hg.) (2010): Wörterbuch Erwachsenenbildung. 2., überarb. Aufl. Bad Heilbrunn: Klinkhardt (UTB Erziehungswissenschaften, Erwachsenenpädagogik, 8425). Online verfügbar unter <http://www.wb-erwachsenenbildung.de/online-woerterbuch/>.

Dewe, Bernd (Hg.) (2003): Erwachsenenbildung und Demokratie. Dokumentation der Jahrestagung 2002 der Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft; Jahrestagung. Bielefeld: Bertelsmann (Report, 26.2003,1). Online verfügbar unter <http://www.die-bonn.de/id/495>.

Goll, Thomas; Oberle, Monika; Rappenglück, Stefan (Hg.) (2016): Herausforderung Migration. Perspektiven der politischen Bildung. Gesellschaft für Politikdidaktik und Politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach: Wochenschau Wissenschaft. Online verfügbar unter http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok_id/2142016.

Horn, Klaus-Peter; Arnold, Karl-Heinz u. A. (Hg.) (2012): Klinkhardt-Lexikon Erziehungswissenschaft. KLE. Bad Heilbrunn: Klinkhardt (UTB, 8468).

Hufer, Klaus-Peter; Lange, Dirk (Hg.) (2016): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Kant, Immanuel; Cassirer, Ernst; Brandt, Horst D. (Hg.) (1999): Was ist Aufklärung? Ausgewählte kleine Schriften. Hamburg: Meiner (Philosophische Bibliothek, 512).

Lange, Dirk; Himmelmann, Gerhard (Hg.) (2007): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung. 1. Auflage Mai 2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Langewiesche, Dieter; Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.) (1989): 1918 - 1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München: Beck (Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, ; 5).

Nuissl, Ekkehard (Hg.) (2008): 50 Jahre für die Erwachsenenbildung. Das DIE - Werden und Wirken eines wissenschaftlichen Service-Instituts. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Bielefeld: Bertelsmann.

Oppermann, Detlef; Röhrig, Paul (Hg.) (1995): 75 Jahre Volkshochschule. Vom schwierigen Weg zur Humanität, Demokratie und sozialen Verantwortung. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Bad Heilbrunn: Klinkhardt (Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung). Online verfügbar unter http://www.die-frankfurt.de/espid/dokumente/doc-1995/oppermann95_01.pdf.

Sander, Wolfgang; Steinbach, Peter (Hg.) (2014): Politische Bildung in Deutschland - Profile, Personen, Institutionen. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1449).

Schmidt, Anette (Hg.) (1994): 75 Jahre Volkshochschule Jena. 1919 bis 1994 ; Grußworte, Zur Geschichte der Volkshochschule Jena und Thüringen, Erinnerungen. 1. Aufl. Rudolstadt: Hain-Verl.

Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hg.) (2011): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 4., durchges. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Weißeno, Georg (Hg.) (2005): Politik besser verstehen. Neue Wege der politischen Bildung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Weißeno, Georg; Hufer, Klaus-Peter u. A. (2007): Wörterbuch politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-89974-248-0>.

Gesetze/Verordnungen

Deutsches Reich (1919): Die Verfassung des Deutschen Reiches ("Weimarer Reichsverfassung"). WRV. Online verfügbar unter <http://www.verfassungen.de/de/de19-33/verf19-i.htm>.

Land Nordrhein-Westfalen: Erstes Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz WbG). WbG NRW, vom in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.04.2000 geändert durch Gesetz vom 15.02.2005. Online verfügbar unter <https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Recht/Weiterbildung/Weiterbildungsgesetz/WbG.pdf>.

Graue Literatur / Berichte

Ahlheimer, Klaus (2015): Die Idee der Volkshochschule und die politische Gegenwart. Vortrag anlässlich der Veranstaltung zum 25-jährigen Gründungsjubiläum des Sächsischen Volkshochschulverbandes am 1. Oktober 2015 in der Volkshochschule Radebeul. Online verfügbar unter https://www.vhs-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Ahlheim_Idee_VHS_web.pdf.

Arnold, Rolf (2015): Porträts und Konzeptionen zur Erwachsenenbildung. 3. Auflage. Kaiserslautern.

Bellenberg, Gabriele; Reintjes, Christian: Bochumer Memorandum 2010-2015. Eine Zwischenbilanz. Hg. v. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen. Essen.

Bellenberg, Gabriele, Reintjes, Christian (2017): Bochumer Memorandum. Bilanz eines Jahrzehnts. Hg. v. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen. Essen. Online verfügbar unter <http://nrw.dgb.de/bochumer-memorandum>.

Bosch, Gerhard (2004): Finanzierung lebenslangen Lernens. Der Weg in die Zukunft: Die wichtigsten Ergebnisse der Expertenkommission. Online verfügbar unter <https://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/bwp/show/953>.

Grigat, Felix (2010): Der Europäische und der Deutsche Qualifikationsrahmen Was, warum und zu welchem Zweck – Fragen und Antworten. Online verfügbar unter <http://www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=6346>.

Herriegel, Hermann (1923/24): Der Stand der Volksbildungsfrage. Blätter der Volkshochschule Thüringen Nr. 5. Online verfügbar unter <https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2008033120969/3/GlaserNeueRichtung.pdf.txt>.

Huntemann, Hella; Reichart Elisabeth: Volkshochschul-Statistik (2015): 54. Folge, Arbeitsjahr 2015. Online verfügbar unter www.die-bonn.de/doks/2016-volkshochschule-statistik-01.pdf.

Jaich, Roman (2014): Finanzierung der gesetzlich geregelten Erwachsenenbildung durch die Bundesländer. Gutachten im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Berlin. Online verfügbar unter https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Weiterbildung/Finanzierung/GEW_Broschuere_52847_Finanzierung_Web.pdf.

Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V. (2012): Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.v., Reader politische Bildung an Volkshochschulen. Grundlagen und Praxisbeispiele. Düsseldorf. Online verfügbar unter http://vhs-nrw.de/fileadmin/redaktion/dateien-pdf-etc/referatB/Reader_Politische_Bildung_an_Volkshochschulen_V12.pdf.

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (2015): Demokratie leben. Berichtsjahr 2015. Online verfügbar unter <https://www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/pdf-publikationen/66.pdf>.

Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen (2017): Zusammenstellung der in den Einzelplänen 05, 07, 10, 11 und 15 veranschlagten Haushaltsmittel zur Förderung der Weiterbildung. Beilage 2 zu Einzelplan 05 Weiterbildungsförderung. Online verfügbar unter <http://www.haushalt.fm.nrw.de/daten/hh2017.ges/daten/pdf/2017/hh05/kapB20.pdf>.

Petersen, Jendrik (2015): Historische Grundlagen und Perspektiven der beruflichen Weiterbildung. Studienbrief EB1310 des Master-Fernstudiengangs der TU Kaiserslautern. Unveröffentlichtes Manuskript. 2. Auflage. Kaiserslautern.

Rohs, Matthias, Giehl, Christoph (2014): Beiträge zur Erwachsenenbildung (Nr. 2). Evaluationsbericht zum VHS-MOOC "Wecke den Riesen auf". Kaiserslautern. Online verfügbar unter https://www.sowi.uni-kl.de/fileadmin/fernstudien/Publikationen/Evaluationsbericht_VHS-MOOC.pdf.

Stadt Bochum (2014): Haushaltsplan 2014. Entwurf. Haushaltssicherungskonzept. Band 4. Online verfügbar unter [https://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/vwContentByKey/W299Q8XZ526BOCMDE/\\$FILE/HHPlanEntwurf%202014%20Band%204%20HSK.pdf](https://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/vwContentByKey/W299Q8XZ526BOCMDE/$FILE/HHPlanEntwurf%202014%20Band%204%20HSK.pdf).

Sutor, Bernhard (2002): Politische Bildung im Streit um die „interkulturelle Gründung“ der Bundesrepublik Deutschland. Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre (Aus Politik und Zeitgeschichte, B45/2002). Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/26627/politische-bildung-im-streit-um-die-intellektuelle-gruendung-der-bundesrepublik-deutschland?p=0>.

Hochschulschriften

Kasper, Heinz Peter: Zur Verrechtlichung in der Weiterbildung. Duisburg, Essen, Univ., Diss., 2006 (Nicht für den Austausch). Online verfügbar unter <https://d-nb.info/980223121/34>.

Schröer, Andreas (2004): Change management pädagogischer Institutionen. Zugl.: Erlangen, Nürnberg, Univ., Diss., 2003. Leske und Budrich, Opladen.

Internetdokumente

Ambos, Ingrid, Feller, Gisela (2008): Weiterbildungsanbieter im Spiegel des wbmonitor 2007. Fachtagung "Weiterbildungsanbieter im Fokus". Bonn. Online verfügbar unter <https://www.die-bonn.de/doks/weiterbildungsanbieter.pdf>,

Arbeit und Leben DGB/VHS NRW e.V.: Arbeit und Leben NRW. Online verfügbar unter <https://goo.gl/sgqfwn>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland: Bundestagswahl 2017 Deutschland. Online verfügbar unter <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml>.

Bibliographisches Institut GmbH.: Online verfügbar unter <https://www.duden.de>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Bildungswerk Deutscher Gewerkschaftsbund: Forum politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.forum-politische-bildung.de/>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Bildungswerk Deutscher Gewerkschaftsbund: Forum politische Bildung. Seminar. Online verfügbar unter <https://www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/317463157>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Bildungswerk Deutscher Gewerkschaftsbund: Forum politische Bildung. Wir über uns. Online verfügbar unter <https://www.forum-politische-bildung.de/forum/wir-ueber-uns>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Blickle, Paul, Loos, Andreas und weitere (2017): Merkel-Enttäuschte und Nichtwähler machen die AfD stark. Hg. v. Zeit Online. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/wahlverhalten-bundestagswahl-wahlbeteiligung-wahlerwanderung>.

Brück, Dominik (2013): Online lernen mit MOOCs. Die Volkshochschule kommt ins Wohnzimmer. Stern.de GmbH. Online verfügbar unter <https://www.stern.de/digital/online/online-lernen-mit-moocs-die-volkshochschule-kommt-ins-wohnzimmer-3310202.html>.

Bundesministerium der Verteidigung: Verteidigungshaushalt. Online verfügbar unter <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Bundesministerium des Inneren: Politische Bildung. Artikel Gesellschaft und Integration. Online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Politische-Bildung/politische-bildung_node.html, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: DQR und EQR. Online verfügbar unter <https://www.dqr.de/content/2323.php>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Demografischer Wandel. Online verfügbar unter https://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/02_Leben-auf-dem-

Land/Demografischer-Wandel/demografischer-wandel_node.html, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Bundeszentrale für politische Bildung: Zielgruppe. Für alle. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/veranstaltungen/zielgruppe/fuer-alle>, zuletzt geprüft am 27.01.2018.

Bundeszentrale für politische Bildung (2001): Erlass über die Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/die-bpb/51244/der-bpb-erlass>.

Bundeszentrale für politische Bildung (2003): Leitbild der Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/die-bpb/51248/leitbild-der-bpb>.

Der Deutsche Volkshochschul-Verband: Der Deutsche Volkshochschul-Verband. Der Deutsche Volkshochschul-Verband. Online verfügbar unter <https://www.dvv-vhs.de/der-verband/deutscher-volkshochschul-verband-dvv/>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Der Deutsche Volkshochschul-Verband: Volkshochschulen. Online verfügbar unter <https://www.dvv-vhs.de/der-verband/volkshochschulen/>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Der Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.: Was ist die vhs.cloud? Online verfügbar unter <https://www.vhs.cloud/wws/9.php#/wws/was-ist-die-vhs-cloud.php?sid=20603795165756952651455525552040Sbc5fc17a>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Deutscher Bundestag (2011): Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft". Medienkompetenz. Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode. Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/072/1707286.pdf>.

Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.: Smart Democracy. Online verfügbar unter <https://www.vhs.cloud/wws/9.php#/wws/smart-democracy.php?sid=20603795165756952651455525566910S2beba089>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.: Was ist die vhs.cloud? Online verfügbar unter <https://www.vhs.cloud/wws/9.php#/wws/was-ist-die-vhs-cloud.php?sid=20603795165756952651455525552040Sbc5fc17a>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (2011): Lernende fördern – Strukturen stützen. Evaluation der Wirksamkeit der Weiterbildungsmittel des Weiterbildungsgesetzes (WbG) Nordrhein-Westfalen. im Auftrag des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Bonn. Online verfügbar unter <https://www.die-bonn.de/doks/2011-evaluation-weiterbildungsgesetz-nrw-01.pdf>, zuletzt geprüft am 18.12.2017.

Erweiterte Lernwelten e. V.: Was sind erweiterte Lernwelten? Online verfügbar unter <http://erweitertelernwelten.de/was-bedeutet-erweiterte-lernwelten/>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Eul-Gombert, Bernhard: Bildungsurlaub. Online verfügbar unter http://www.bildungsurlaub.de/infos_bildungsurlaub-ein-ueberblick_17.html, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Heuer, Klaus (2017): Realistische Wende in der Erwachsenenbildung - Prerower Formel (1931). Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Online verfügbar unter <https://www.die-bonn.de/zeitzeichen/prerowerformel.aspx>.

internationale Nichtregierungsorganisationen (INGOs) (2009): Verhaltenskodex für die Bürgerbeteiligung im Entscheidungsprozess. Online verfügbar unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/06/nl13_verhaltenskodex.pdf.

Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern: Kuratorium. Online verfügbar unter <http://www.lpb-mv.de/ueber-uns/kuratorium/>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Landeszentrale für politische Bildung NRW: Demokratie leben. Aufgaben und Ziele. Online verfügbar unter <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir/ueberuns/aufgaben/index.html>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Landeszentrale für politische Bildung NRW: Weiterbildung vor Ort. Online verfügbar unter <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir/weiterbildung/index.html>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Landeszentrale für politische Bildung NRW: Wir - Arbeitsbereiche. Online verfügbar unter <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir/ueberuns/arbeitsbereiche/veranstaltungen/index.html>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Landeszentrale für politische Bildung NRW: Wir über uns. Online verfügbar unter <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir/ueberuns/index.html>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Massing, Peter (2015): Politische Stiftungen. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193401/politische-stiftungen?p=all>.

Mayer, Axel (2005): AKW Wyhl: 30 Jahre nach der Bauplatzbesetzung. Ein Rückblick. Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e. V. Regionalverband Südlicher Oberrhein. Online verfügbar unter <http://www.bund-rvso.de/akw-bauplatzbesetzung-wyhl.html>, zuletzt geprüft am 18.12.2017.

Prändl, Ingeborg (2011): Soziokulturelle Faktoren. Online verfügbar unter <http://entwicklung.pscho-wissen.net/was-beinflusst-die-entwicklung/soziokulturelle-faktoren/index.html>.

statista: Bevölkerung - Einwohnerzahl der Bundesländer in Deutschland am 31. Dezember 2016 (in 1.000). Online verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/71085/umfrage/verteilung-der-einwohnerzahl-nach-bundeslaendern/>.

Strzelewicz, Willy (2018): 60 Jahre DIE - ein Überblick über die Institutionsgeschichte. 60 Jahre Expertise für Erwachsenenbildung. Hg. v. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Online verfügbar unter <https://www.die-bonn.de/institut/wir-ueber-uns/geschichte.aspx>.

Volkshochschulinformationen: VHS-MOOC. Online verfügbar unter <https://www.vhs.info/mooc/>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Werner, Gisela (2016): Warum kommt es in Europa zum aktuellen Rechtsruck, Herr Marcinkiewicz? Interview mit Dr. Kamil Marcinkiewicz. Online-Newsletter der Universität Hamburg. Online verfügbar unter <https://www.uni->

hamburg.de/newsletter/mai-2016/warum-kommt-es-in-europa-zum-aktuellen-rechtsruck-herr-marcinkiewicz.html.

Will, Stefan: Erweiterte Lernwelten ... es geht weiter! Online verfügbar unter <http://blog.volkshochschule.de/erweiterte-lernwelten-es-geht-weiter/>, zuletzt geprüft am 28.01.2018.

Will, Stefan (2017): Impressionen des vhsBarcamps 2017 in Kaiserslautern. Erweiterte Lernwelten. Online verfügbar unter <http://blog.volkshochschule.de/impressionen-des-vhsbarcamps-2017-in-kaiserslautern/>.

Wurzel, Hanne (2016): Eröffnungsrede zur Konferenz "Populismus, politische Kultur und politische Bildung. 25. April 2016 in Kassel. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/224598/eroeffnungsrede>.

Filmdokument

Europäische Akademie Berlin (2014): Politische Bildung – ein Auslaufmodell? (europazeit). Interview mit Ina Bielenberg. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fuzNW5MIUUU>, zuletzt geprüft am 18.12.2017.

Zeitschriftenaufsatz

Müller-Schneider, Thomas (2002): Die Erlebnisgesellschaft - der kollektive Weg ins Glück? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/apuz/25689/die-erlebnisgesellschaft-der-kollektive-weg-ins-glueck?p=all>.

Zeitungsartikel

Adorno, Theodor (1956): Aufklärung ohne Phrasen. Zum Deutschen Volkshochschultag 1956 – Ersatz für das „Studium Generale“? In: *Die Zeit*, 11.10.1956. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/1956/41/aufklaerung-ohne-phrasen>.

Becker, Hellmut (1960): Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik. Das Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen. In: *Die Zeit*, 08.04.1960. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/1960/15/erwachsenenbildung-in-der-bundesrepublik>.

Hannover.de (2017): Neue Landeszentrale für politische Bildung eröffnet. Online verfügbar unter <https://www.hannover.de/Service/Presse-Medien/hannover.de/Aktuelles/Wirtschaft-Wissenschaft-2017/Neue-Landeszentrale-f%C3%Bcr-politische-Bildung-er%C3%B6ffnet>.

Moscovici, Benjamin (2016): Merkel in Haushaltsdebatte. "Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut". In: *Der Tagesspiegel*, 2016. Online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/merkel-in-haushaltsdebatte-den-menschen-in-deutschland-ging-es-noch-nie-so-gut/14881374.html>.

Eidesstattliche Erklärung

„Ich versichere, dass ich, Nicole Höhne, diese Masterarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.“

Ort, Datum

Unterschrift